

Bundesgesetzblatt

673

Teil II

G 1998

2014

Ausgegeben zu Bonn am 29. September 2014

Nr. 22

Tag	Inhalt	Seite
19. 9.2014	Gesetz zu dem Abkommen vom 2. Dezember 2010 zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits über den Gemeinsamen Luftverkehrsraum (Vertragsgesetz EU-Georgien-Luftverkehrsabkommen – EU-GEO-LuftverkAbkG) GESTA: XJ001	674
17. 9.2014	Verordnung zu dem Abkommen vom 27. Februar 2014 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Ungarn über den vorübergehenden Aufenthalt von Mitgliedern der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland und der Streitkräfte von Ungarn im Hoheitsgebiet des jeweils anderen Staats (Verordnung zum deutsch-ungarischen Streitkräfteaufenthaltsabkommen)	696
23. 9.2014	Fünfundzwanzigste Verordnung über Änderungen Internationaler Vorschriften über den Umweltschutz im Seeverkehr (Fünfundzwanzigste Verordnung Umweltschutz-See)	709
20. 8.2014	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel	717
20. 8.2014	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	717
20. 8.2014	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen	718
26. 8.2014	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung	718
26. 8.2014	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut	719
26. 8.2014	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt	719
26. 8.2014	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	720

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 2. Dezember 2010
zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits
und Georgien andererseits
über den Gemeinsamen Luftverkehrsraum
(Vertragsgesetz EU-Georgien-Luftverkehrsabkommen –
EU-GEO-LuftverkAbkG)**

Vom 19. September 2014

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 2. Dezember 2010 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Abkommen über den Gemeinsamen Luftverkehrsraum zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, Änderungen des Abkommens und des Anhangs II nach seinem Artikel 26 Absatz 1 und 2, die sich im Rahmen der Ziele des Abkommens halten, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

(2) Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, Änderungen der Anhänge I, III und IV des Abkommens nach seinem Artikel 26 Absatz 2 durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen, um die vereinbarten Dienste und festgelegten Strecken und die in Anhang III erwähnten anwendbaren Rechtsvorschriften der Europäischen Union sowie die Liste der in Anhang IV genannten Staaten an Änderungen anzupassen.

(3) Die Bundesregierung wird ermächtigt, die von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten mit weiteren Ländern der Europäischen Nachbarschaftspolitik unterzeichneten Abkommen über den Gemeinsamen Luftverkehrsraum durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen, soweit sich diese Luftverkehrsabkommen innerhalb des Inhalts und Zwecks des in Artikel 1 bezeichneten Luftverkehrsabkommens halten.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten für Änderungen der nach Absatz 3 durch Rechtsverordnung in Kraft gesetzten Abkommen und ihrer Anhänge entsprechend.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 29 Absatz 1 Satz 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Artikel 3

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 19. September 2014

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Verkehr und digitale Infrastruktur
A. Dobrindt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

**Abkommen
über den Gemeinsamen Luftverkehrsraum
zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten
und Georgien**

Das Königreich Belgien,
die Republik Bulgarien,
die Tschechische Republik,
das Königreich Dänemark,
die Bundesrepublik Deutschland,
die Republik Estland,
Irland,
die Hellenische Republik,
das Königreich Spanien,
die Französische Republik,
die Italienische Republik,
die Republik Zypern,
die Republik Lettland,
die Republik Litauen,
das Großherzogtum Luxemburg,
die Republik Ungarn,
Malta,
das Königreich der Niederlande,
die Republik Österreich,
die Republik Polen,
die Portugiesische Republik,
Rumänien,
die Republik Slowenien,
die Slowakische Republik,
die Republik Finnland,
das Königreich Schweden,
das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland,
Parteien des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, im Folgenden die „Mitgliedstaaten“, und
die Europäische Union
einerseits und
Georgien, im Folgenden „Georgien“,
andererseits

in der Erwägung, dass am 22. April 1996 ein Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits in Luxemburg unterzeichnet wurde,

von dem Wunsche geleitet, einen gemeinsamen Luftverkehrsraum zu schaffen, beruhend auf beiderseitigem Zugang zu den Luftverkehrsmärkten der Parteien bei gleichen Wettbewerbsbedingungen und Einhaltung derselben Vorschriften, auch in den Bereichen Flugsicherheit, Luftsicherheit, Flugverkehrsmanagement, soziale Aspekte und Umwelt,

von dem Wunsche geleitet, mehr Möglichkeiten für den Luftverkehr zu schaffen, auch durch die Schaffung von Luftverkehrsnetzen, die den Bedürfnissen von Fluggästen und Versendern im Hinblick auf angemessene Luftverkehrsdienste entsprechen,

in Anerkennung der Bedeutung des Luftverkehrs für die Förderung des Handels, des Fremdenverkehrs und der Investitionstätigkeit,

unter Verweis auf das Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt, das am 7. Dezember 1944 in Chicago zur Unterzeichnung aufgelegt wurde,

im Einvernehmen, dass die Regeln für den gemeinsamen Luftverkehrsraum auf den in der Europäischen Union geltenden einschlägigen Rechtsvorschriften gründen sollten, wie sie in Anhang III dieses Abkommens niedergelegt sind,

in Anerkennung der Tatsache, dass eine vollständige Einhaltung der Regeln des gemeinsamen Luftverkehrsraums die Parteien dazu berechtigt, dessen umfassende Vorteile auszuschöpfen, einschließlich des offenen Marktzugangs und der Maximierung der Vorteile für die Verbraucher, Branchen und Arbeitnehmer beider Parteien,

in Anerkennung der Tatsache, dass die Schaffung des gemeinsamen Luftverkehrsraums und die Durchführung der für ihn geltenden Vorschriften nicht ohne Übergangsvorkehrungen erreicht werden kann, wo nötig,

in Anerkennung der Bedeutung einer angemessenen Unterstützung in dieser Hinsicht,

von dem Wunsche geleitet, es den Luftfahrtunternehmen zu ermöglichen, Reisenden und Versendern wettbewerbsfähige Preise und Dienstleistungen in offenen Märkten anzubieten,

von dem Wunsche geleitet, die Vorteile eines liberalisierten Abkommens allen Bereichen der Luftverkehrsbranche und auch den Beschäftigten der Luftfahrtunternehmen zugute kommen zu lassen,

von dem Wunsche geleitet, im internationalen Luftverkehr ein Höchstmaß an Flug- und Luftsicherheit zu gewährleisten und unter Bekundung ihrer tiefen Besorgnis über Handlungen oder Bedrohungen, die sich gegen die Sicherheit von Luftfahrzeugen richten und die Sicherheit von Personen oder Eigentum gefährden, den Betrieb des Luftverkehrs beeinträchtigen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Sicherheit der Zivilluftfahrt untergraben,

von dem Wunsche geleitet, gleiche Wettbewerbsbedingungen für Luftfahrtunternehmen zu gewährleisten und ihren Luftfahrtunternehmen faire und gleiche Chancen zur Erbringung vereinbarter Luftverkehrsdiene einzuräumen,

in Anerkennung der Tatsache, dass Subventionen den Wettbewerb zwischen Luftfahrtunternehmen beeinträchtigen und die grundlegenden Ziele dieses Abkommens in Frage stellen können,

unter Bekräftigung der Bedeutung des Umweltschutzes bei der Entwicklung und Durchführung einer internationalen Luftverkehrspolitik und in Anerkennung der Rechte souveräner Staaten zur Durchführung angemessener diesbezüglicher Maßnahmen,

unter Verweis auf die Bedeutung des Verbraucherschutzes, einschließlich der diesbezüglichen Maßnahmen des Übereinkommens zur Vereinheitlichung bestimmter Vorschriften über die Beförderung im internationalen Luftverkehr, unterzeichnet am 28. Mai 1999 in Montreal,

in der Absicht, auf dem Rahmen bestehender Luftverkehrsabkommen aufzubauen, um den Zugang zu den Märkten zu öffnen und größtmöglichen Nutzen für Verbraucher, Luftfahrtunternehmen, Arbeitnehmer und Gemeinschaften beider Parteien zu erzielen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Abkommens bezeichnet – soweit nichts anderes bestimmt ist – der Ausdruck

1. „vereinbarte Dienste“ und „festgelegte Strecken“ den internationalen Luftverkehr gemäß Artikel 2 (Gewährung von Rechten) und Anhang I dieses Abkommens;
 2. „Abkommen“ das vorliegende Abkommen, seine Anhänge sowie alle diesbezüglichen Änderungen;
 3. „Luftverkehr“ öffentlich angebotene entgeltliche Beförderung von Fluggästen, Gepäck, Fracht und Post mit Luftfahrzeugen, entweder getrennt oder zusammen, einschließlich – um Zweifel auszuschließen – Linien- und Charterluftverkehr sowie Nurfracht-Dienste;
 4. „zuständige Behörden“ die Regierungsbehörden oder -stellen, die für die Verwaltungsfunktionen im Rahmen dieses Abkommens zuständig sind;
 5. „Eignung“ das Kriterium, ob ein Luftfahrtunternehmen zur Durchführung internationaler Luftverkehrsdiene geeignet ist, das heißt über eine ausreichende Finanzfähigkeit und angemessene Managementerfahrung verfügt und zur Einhaltung der Rechtsvorschriften, Bestimmungen und Anforderungen, die für den Betrieb solcher Dienste gelten, disponiert ist;
 6. „Staatszugehörigkeit“ das Kriterium, ob ein Luftfahrtunternehmen Anforderungen hinsichtlich Punkten wie Eigentum, wirksame Kontrolle und Hauptgeschäftssitz erfüllt;
 7. „ICAO-Abkommen“ das am 7. Dezember 1944 in Chicago zur Unterzeichnung aufgelegte Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt, einschließlich
 - a) aller Änderungen, die gemäß Artikel 94 Absatz a des ICAO-Abkommens in Kraft getreten sind und sowohl von Georgien als auch dem Mitgliedstaat oder den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ratifiziert wurden, sowie
 - b) aller Anhänge oder diesbezüglichen Änderungen, die gemäß Artikel 90 des ICAO-Abkommens angenommen wurden, soweit diese Anhänge oder Änderungen zu einem gegebenen Zeitpunkt sowohl für Georgien als auch den betreffenden Mitgliedstaat oder die betreffenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union gelten;
8. „Recht der 5. Freiheit“ das Recht oder Vorrecht, das ein Staat („gewährender Staat“) den Luftfahrtunternehmen eines anderen Staates („Empfängerstaat“) gewährt, internationale Luftverkehrsdiene zwischen dem Gebiet des gewährenden Staates und dem Gebiet eines Drittstaates durchzuführen, vorbehaltlich der Bedingung, dass diese Luftverkehrsdiene im Gebiet des Empfängerstaates beginnen oder enden;
 9. „Vollkosten“ die Kosten der Diensterbringung zuzüglich einer angemessenen Gebühr für Verwaltungsgemeinkosten, und – soweit zutreffend – etwaige anwendbare Gebühren für Umweltkosten, soweit diese ohne Ansehen der Nationalität angewandt werden;
 10. „internationaler Luftverkehr“ Luftverkehr, der durch den Raum über dem Gebiet von mehr als einem Staat führt,
 11. „Übereinkommen über den gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraum“ das multilaterale Übereinkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten, der Republik Albanien, Bosnien und Herzegowina, der Republik Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, der Republik Island, der Republik Montenegro, dem Königreich Norwegen, der Republik Serbien und der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Kosovo¹ zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraums;
 12. „Euromed-Land“ jedes Mittelmeerland, das an der europäischen Nachbarschaftspolitik beteiligt ist (zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Libanon, Jordanien, Israel, die palästinensischen Gebiete, Syrien und die Türkei);
 13. „Staatsangehöriger“ jede Person mit georgischer Staatsangehörigkeit für die georgische Seite, oder mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates für die europäische Seite, oder jede nichtnatürliche Person, sofern im Fall juristischer Personen für die georgische Seite die wirksame Kontrolle, sei es direkt oder durch Mehrheitsbeteiligung, stets bei Personen mit georgischer Staatsangehörigkeit und für die europäische Seite bei Personen oder juristischen Personen mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates oder eines der in Anhang IV aufgeführten Drittstaaten liegt;
 14. „Betriebsgenehmigungen“ im Fall der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten die Betriebsgenehmigungen und sonstigen einschlägigen Dokumente oder Bescheinigungen, die nach den einschlägigen geltenden EU-Rechtsvorschriften erteilt wurden, und im Fall georgischer Genehmigungen, Bescheinigungen oder Erlaubnisse solche, die nach den einschlägigen geltenden georgischen Rechtsvorschriften erteilt wurden;
 15. „Vertragsparteien“ die Europäische Union oder ihre Mitgliedstaaten bzw. die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten, entsprechend ihren jeweiligen Befugnissen (die europäische Seite) auf der einen Seite und Georgien auf der anderen Seite (die georgische Seite);
 16. „Preis“
 - i) „Flugpreise“, die für die Beförderung von Fluggästen und Gepäck im Flugverkehr an Luftfahrtunternehmen oder deren Bevollmächtigte oder an andere Flugscheinverkäufer zu zahlen sind, sowie etwaige Bedingungen, unter denen diese Preise gelten, einschließlich des Entgelts und der Bedingungen, die Agenturen und anderen Hilfsdiensten geboten werden, und
 - ii) „Luftfrachtraten“, die für die Beförderung von Fracht zu zahlen sind, sowie die Bedingungen, unter denen diese Preise gelten, einschließlich des Entgelts und der Bedingungen, die Agenturen und anderen Hilfsdiensten geboten werden.

¹ Gemäß Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen 1244 vom 10. Juni 1999.

- Diese Begriffsbestimmung deckt, wo anwendbar, auch die Bodenbeförderung in Verbindung mit internationalem Luftverkehr sowie die Bedingungen, denen ihre Anwendung unterliegt, ab;
17. „Hauptgeschäftssitz“ die Hauptverwaltung oder den eingetragenen Sitz eines Luftfahrtunternehmens im Gebiet der Vertragspartei, wo die wichtigsten Finanzfunktionen und die betriebliche Kontrolle über das Luftfahrtunternehmen, einschließlich der Leitungsaufgaben zur Aufrechterhaltung der Lufttüchtigkeit, ausgeübt werden;
 18. „gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen“ Verpflichtungen, die Luftfahrtunternehmen auferlegt werden, um für eine bestimmte Strecke eine Mindestbedienung im Linienflugverkehr zu gewährleisten, die in Bezug auf Kontinuität, Regelmäßigkeit, Preisgestaltung und Mindestkapazität festen Standards genügt, die Luftfahrtunternehmen unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht einhalten würden. Luftfahrtunternehmen können von der betreffenden Vertragspartei einen Ausgleich für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen erhalten;
 19. „Subvention“ jeden finanziellen Beitrag, der von Behörden, einer regionalen Einrichtung oder einer anderen öffentlichen Stelle gewährt wird, d. h. wenn
 - a) mit den Maßnahmen einer Regierung, einer regionalen Behörde oder einer anderen öffentlichen Stelle eine direkte Übertragung von Mitteln verbunden ist, z. B. Zuschüsse, Darlehen und Kapitalzuflüsse, potenzielle direkte Übertragungen von Geldern an das Unternehmen oder die Übernahme von Verbindlichkeiten des Unternehmens wie Darlehensbürgschaften, Kapitalzuflüsse, Beteiligungen, Schutz vor Insolvenz oder Versicherung;
 - b) eine Regierung, eine regionale Behörde oder andere öffentliche Stelle auf normalerweise zu entrichtende Beträge verzichtet, diese nicht erhebt oder unangemessen kürzt;
 - c) eine Regierung, eine regionale Behörde oder andere öffentliche Stelle Waren oder Dienstleistungen, die nicht zur allgemeinen Infrastruktur gehören, zur Verfügung stellt oder Waren oder Dienstleistungen des Unternehmens kauft, oder
 - d) eine Regierung, eine regionale Behörde oder andere öffentliche Stelle Zahlungen an einen Fördermechanismus leistet oder eine private Einrichtung mit der Wahrnehmung einer oder mehrerer der in a bis c genannten Aufgaben, die normalerweise der Regierung obliegen, beauftragt oder dazu anweist und sich diese Praktiken in keiner Weise von den Praktiken unterscheidet, die normalerweise von Regierungen ausgeübt werden;

und dadurch ein Vorteil gewährt wird;
 20. „SESAR“ die technische Umsetzung des einheitlichen europäischen Luftraums, die eine koordinierte, synchronisierte Forschung, Entwicklung und Indienststellung der neuen Generationen von Systemen für das Flugverkehrsmanagement vorsieht;
 21. „Gebiet“ für Georgien die Landgebiete und daran angrenzende Hoheitsgewässer unter seiner Souveränität, seinem Schutz oder Mandat, und für die Europäische Union die Landgebiete (Festland und Inseln), Binnengewässer und Hoheitsgewässer, auf die der Vertrag über die Europäische Union und der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung finden unter den in diesen Verträgen sowie etwaigen Nachfolgeinstrumenten festgelegten Bedingungen. Die Anwendung dieses Abkommens auf den Flughafen Gibraltar erfolgt unbeschadet der Rechtsstandpunkte des Königreichs Spanien und des Vereinigten Königreichs in der strittigen Frage der Souveränität über das Gebiet, auf dem sich der Flughafen befindet, und des fortwährenden Ausschlusses des Flughafens Gibraltar von den Luftverkehrsmaßnahmen der Europäischen Union, wie sie

am 18. September 2006 zwischen den Mitgliedstaaten gelten, gemäß der am 18. September 2006 in Cordoba vereinbarten Ministererklärung zum Flughafen von Gibraltar;

22. „Nutzergebühr“ die den Luftfahrtunternehmen für die Bereitstellung von Einrichtungen oder Dienstleistungen an Flughäfen, im Flughafenbereich, im Bereich der Flugnavigation oder der Luftsicherheit, einschließlich damit zusammenhängender Dienste und Einrichtungen, auferlegt wird.

Titel I

Wirtschaftliche Bestimmungen

Artikel 2

Gewährung von Rechten

(1) Die Vertragsparteien gewähren einander gemäß Anhang I und Anhang II für die Durchführung des internationalen Luftverkehrs durch die Luftfahrtunternehmen der jeweils anderen Vertragspartei die folgenden Rechte:

- a) das Recht, ihr Gebiet ohne Landung zu überfliegen,
 - b) das Recht, in ihrem Gebiet zu anderen Zwecken zu landen als zum Aufnehmen oder Absetzen von Fluggästen, Gepäck, Fracht und/oder Post im Luftverkehr (Landung zu nichtgewerblichen Zwecken),
 - c) beim Betrieb eines vereinbarten Dienstes auf einer festgelegten Strecke das Recht, Landungen in ihrem Gebiet zum Aufnehmen oder Absetzen von Fluggästen, Fracht und/oder Post im internationalen Flugverkehr, entweder getrennt oder zusammen, durchzuführen, und
 - d) die in diesem Abkommen anderweitig festgelegten Rechte.
- (2) Aus diesem Abkommen können nicht abgeleitet werden:
- a) für Luftfahrtunternehmen Georgiens das Recht, im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates Fluggäste, Gepäck, Fracht und/oder Post an Bord zu nehmen, die gegen Entgelt befördert werden und deren Ziel ein anderer Ort im Hoheitsgebiet desselben Mitgliedstaates ist,
 - b) für Luftfahrtunternehmen der Europäischen Union das Recht, im Gebiet Georgiens Fluggäste, Gepäck, Fracht und/oder Post an Bord zu nehmen, die gegen Entgelt befördert werden und deren Ziel ein anderer Ort im Gebiet Georgiens ist.

Artikel 3

Genehmigung

(1) Bei Eingang von Anträgen von Luftfahrtunternehmen der einen Vertragspartei für Betriebsgenehmigungen erteilen die zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei die entsprechenden Genehmigungen mit möglichst geringer verfahrensbedingter Zeitverzögerung, wenn

- a) im Fall eines Luftfahrtunternehmens Georgiens
 - das Luftfahrtunternehmen seinen Hauptgeschäftssitz in Georgien hat und über eine gültige Betriebsgenehmigung in Übereinstimmung mit den geltenden Rechtsvorschriften Georgiens verfügt und
 - die effektive Regulierungsaufsicht über das Luftfahrtunternehmen von Georgien ausgeübt und aufrechterhalten wird und
 - sofern nach Artikel 6 (Investitionen) nichts anderes bestimmt ist, das Luftfahrtunternehmen direkt oder mehrheitlich im Eigentum Georgiens und/oder seiner Staatsangehörigen steht und der effektiven Kontrolle Georgiens und/oder seiner Staatsangehörigen unterliegt;
- b) im Fall eines Luftfahrtunternehmens der Europäischen Union
 - das Luftfahrtunternehmen seinen Hauptgeschäftssitz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats hat, in dem der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union gilt, und über eine gültige Betriebsgenehmigung verfügt und

- der für die Ausstellung des Luftverkehrsbetreiberscheins zuständige Mitgliedstaat die effektive Regulierungsaufsicht über das Luftfahrtunternehmen ausübt und diese aufrechterhält und die zuständige Behörde eindeutig angegeben ist und
 - sofern nach Artikel 6 (Investitionen) nichts anderes bestimmt ist, das Luftfahrtunternehmen direkt oder mehrheitlich im Eigentum von Mitgliedstaaten und/oder Staatsangehörigen von Mitgliedstaaten oder von anderen in Anhang IV aufgeführten Staaten und/oder Staatsangehörigen dieser anderen Staaten steht,
- c) das Luftfahrtunternehmen die Bedingungen erfüllt, die nach den Rechtsvorschriften vorgeschrieben sind, die von der für den Betrieb des Luftverkehrs zuständigen Behörde üblicherweise angewendet werden, und
- d) die Bestimmungen in Artikel 14 (Flugsicherheit) und Artikel 15 (Luftsicherheit) eingehalten und angewendet werden.

Artikel 4

Gegenseitige Anerkennung der Regulierungsfeststellungen hinsichtlich Eignung, Eigentum und Kontrolle von Luftfahrtunternehmen

Nach Empfang des Genehmigungsantrags eines Luftfahrtunternehmens einer Vertragspartei erkennen die zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei die Feststellung der Eignung und/oder Staatszugehörigkeit, die von der zuständigen Behörde der ersten Vertragspartei in Bezug auf dieses Luftfahrtunternehmen gemacht wurden, an, als handele es sich um Feststellungen ihrer eigenen zuständigen Behörden, und untersuchen diese Angelegenheiten nicht weiter, außer wie in den nachstehenden Absätzen a und b vorgesehen.

- a) Falls die zuständigen Behörden der empfangenden Vertragspartei nach Empfang des Genehmigungsantrags eines Luftfahrtunternehmens oder nach Erteilung einer entsprechenden Genehmigung besonderen Anlass für Bedenken haben, dass trotz der Feststellung durch die zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei die in Artikel 3 (Genehmigung) für die Erteilung von Genehmigungen festgelegten Bedingungen nicht erfüllt sind, haben sie diese Behörden unverzüglich zu informieren und fundierte Begründungen für ihre Bedenken anzugeben. In diesem Fall kann jede Partei um Konsultationen, die Vertreter der betreffenden zuständigen Behörden einschließen können, und/oder zusätzliche einschlägige Informationen ersuchen, und solchen Ersuchen ist so bald wie möglich stattzugeben. Wird die Angelegenheit keiner Lösung zugeführt, kann jede Vertragspartei den Gemeinsamen Ausschuss damit befassen, der nach Artikel 22 (Gemeinsamer Ausschuss) eingesetzt wurde.
- b) Dieser Artikel deckt nicht die Anerkennung von Feststellungen bezüglich folgender Bereiche ab:
- Flugsicherheitsbescheinigungen oder -genehmigungen,
 - Luftsicherheitsvorkehrungen oder
 - Versicherungsschutz.

Artikel 5

Verweigerung, Widerruf, Aussetzung oder Einschränkung von Genehmigungen

(1) Die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien können Betriebsgenehmigungen verweigern, widerrufen, aussetzen oder einschränken oder den Betrieb von Luftfahrtunternehmen der jeweils anderen Vertragspartei anderweitig aussetzen oder beschränken, wenn

- a) im Fall eines Luftfahrtunternehmens Georgiens
- das Luftfahrtunternehmen seinen Hauptgeschäftssitz nicht in Georgien hat oder über keine gültige Betriebserlaubnis in Übereinstimmung mit den geltenden Rechtsvorschriften Georgiens verfügt oder

- die wirksame gesetzliche Kontrolle über das Luftfahrtunternehmen nicht von Georgien ausgeübt und aufrechterhalten wird oder
- sofern nach Artikel 6 (Investitionen) nichts anderes bestimmt ist, das Luftfahrtunternehmen nicht direkt oder mehrheitlich im Eigentum Georgiens und/oder seiner Staatsangehörigen steht und nicht der effektiven Kontrolle Georgiens und/oder seiner Staatsangehörigen unterliegt;

- b) im Fall eines Luftfahrtunternehmens der Europäischen Union

- das Luftfahrtunternehmen seinen Hauptgeschäftssitz nicht im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats hat, in dem der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union gilt, oder über keine gültige Betriebsgenehmigung verfügt oder
 - die effektive Regulierungsaufsicht über das Luftfahrtunternehmen nicht von dem für die Ausstellung des Luftverkehrsbescheinigungs- und -genehmigungsverfahrens zuständigen Mitgliedstaat ausgeübt und aufrechterhalten wird oder die zuständige Behörde nicht eindeutig angegeben ist oder
 - sofern nach Artikel 6 (Investitionen) nichts anderes bestimmt ist, das Luftfahrtunternehmen nicht direkt oder mehrheitlich im Eigentum und unter der effektiven Kontrolle von Mitgliedstaaten und/oder Staatsangehörigen von Mitgliedstaaten oder von anderen in Anhang IV aufgeführten Staaten und/oder Staatsangehörigen dieser anderen Staaten steht,
- c) das betreffende Luftfahrtunternehmen die in Artikel 7 (Einhaltung von Rechtsvorschriften) genannten Rechts- und Verwaltungsvorschriften nicht eingehalten hat oder
- d) die Bestimmungen in Artikel 14 (Flugsicherheit) und Artikel 15 (Luftsicherheit) nicht eingehalten und angewendet werden oder
- e) eine Vertragspartei die Feststellung nach Artikel 8 (Wettbewerbliches Umfeld) getroffen hat, dass die Bedingungen für ein wettbewerbliches Umfeld nicht erfüllt sind.

(2) Sofern nicht sofortige Maßnahmen unerlässlich sind, um die weitere Nichteinhaltung von Absatz 1 Buchstabe c oder d zu verhindern, werden die in diesem Artikel festgelegten Rechte nur nach Konsultation der zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei ausgeübt.

(3) Keine Vertragspartei darf ihre in diesem Artikel festgelegten Rechte nutzen, um Genehmigungen oder Erlaubnisse eines Luftfahrtunternehmens einer Vertragspartei aus dem Grund zu verweigern, zu widerrufen, auszusetzen oder einzuschränken, dass das Mehrheitseigentum und/oder die effektive Kontrolle des Luftfahrtunternehmens bei einer oder mehreren Vertragsparteien des Übereinkommens über den gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraum oder deren Staatsangehörigen liegt, sofern durch die betreffende Vertragspartei oder Vertragsparteien des Übereinkommens über den gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraum Gegenseitigkeit gewährt wird.

Artikel 6

Investitionen

Ungeachtet Artikel 3 (Genehmigungen) und Artikel 5 (Verweigerung, Widerruf, Aussetzung und Einschränkung von Genehmigungen) ist das Mehrheitseigentum an einem Luftfahrtunternehmen Georgiens oder die effektive Kontrolle darüber durch Mitgliedstaaten oder deren Staatsangehörige oder das Mehrheitseigentum an einem Luftfahrtunternehmen der Europäischen Union oder die effektive Kontrolle darüber durch Georgien oder seine Staatsangehörigen nach vorherigem Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses, der nach Artikel 22 Absatz 2 (Gemeinsamer Ausschuss) eingesetzt wurde, erlaubt.

In diesem Beschluss sind die Bedingungen anzugeben, die für die Erbringung der vereinbarten Dienste im Rahmen dieses Abkommens und für Dienste zwischen Drittstaaten und den Ver-

tragsparteien gelten. Die Bestimmungen von Artikel 22 Absatz 8 (Gemeinsamer Ausschuss) gelten für diese Art von Beschlüssen nicht.

Artikel 7

Einhaltung von Rechtsvorschriften

(1) Bei Flügen in das, in dem und aus dem Gebiet einer Vertragspartei sind die dort anwendbaren Rechtsvorschriften betreffend den Einflug in ihr Gebiet oder den Ausflug aus ihrem Gebiet der im internationalen Luftverkehr eingesetzten Luftfahrzeuge oder betreffend den Betrieb und den Verkehr dieser Luftfahrzeuge von den Luftfahrtunternehmen der anderen Vertragspartei zu beachten.

(2) Bei Flügen in das, in dem und aus dem Gebiet einer Vertragspartei sind die für dieses Gebiet geltenden Rechtsvorschriften für den Einflug in das oder den Ausflug aus dem Gebiet von Fluggästen, Besatzungen oder Fracht von Luftfahrzeugen (einschließlich Vorschriften betreffend Einreise, Abfertigung, Einwanderung, Pässe, Zoll und Quarantäne oder bei Postsendungen die hierfür geltenden Vorschriften) von diesen Fluggästen und Besatzungen – oder den in ihrem Namen handelnden Personen – sowie in Bezug auf die Fracht von Luftfahrtunternehmen der anderen Vertragspartei einzuhalten.

Artikel 8

Wettbewerbliches Umfeld

(1) Die Vertragsparteien bekräftigen, dass es ihr gemeinsames Ziel ist, ein Umfeld mit fairen Wettbewerbsbedingungen für die Erbringung von Luftverkehrsdienssten zu schaffen. Die Vertragsparteien erkennen an, dass ein lauterer Wettbewerb zwischen Luftfahrtunternehmen am ehesten möglich ist, wenn die Luftfahrtunternehmen auf einer vollständig marktwirtschaftlichen Grundlage betrieben und nicht subventioniert werden.

(2) Im Anwendungsbereich dieses Abkommens ist unbeschadet besonderer Bestimmungen des Abkommens jegliche Diskriminierung auf Grund der Nationalität verboten.

(3) Staatliche Beihilfen, die den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, indem sie bestimmte Unternehmen oder bestimmte Luftfahrterzeugnisse oder -dienste bevorzugen, sind mit der ordnungsgemäßen Durchführung des Abkommens unvereinbar, insoweit sie den Handel zwischen den Vertragsparteien im Luftfahrtbereich beeinträchtigen können.

(4) Praktiken, die diesem Artikel zuwiderlaufen, werden auf der Grundlage von Kriterien bewertet, die sich aus der Anwendung der in der Europäischen Union geltenden Wettbewerbsregeln ergeben, insbesondere aus Artikel 107 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und aus Auslegungsinstrumenten, die von den Organen der Europäischen Union erlassen wurden.

(5) Stellt eine Vertragspartei fest, dass Bedingungen im Gebiet der anderen Vertragspartei bestehen, insbesondere aufgrund einer Subvention, die die fairen und einheitlichen Wettbewerbschancen ihrer Luftfahrtunternehmen beeinträchtigen, kann sie ihre Beobachtungen der anderen Vertragspartei vorlegen. Sie kann ferner gemäß Artikel 22 (Gemeinsamer Ausschuss) eine Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses beantragen. Die Konsultationen müssen innerhalb von 30 Tagen ab dem Eingang eines solchen Antrags aufgenommen werden. Wird innerhalb von 30 Tagen nach Aufnahme der Konsultationen keine zufriedenstellende Einigung erzielt, so berechtigt dies die Vertragspartei, die die Konsultationen beantragt hat, Maßnahmen zu treffen, um die Genehmigungen für die Luftfahrtunternehmen der anderen Vertragspartei im Einklang mit Artikel 5 (Verweigerung, Widerruf, Aussetzung oder Einschränkung von Genehmigungen) zu verweigern, zu widerrufen, auszusetzen oder mit geeigneten Auflagen zu versehen.

(6) Die in Absatz 5 genannten Maßnahmen müssen zweckmäßig und verhältnismäßig sein und sich bezüglich Umfang und Dauer auf das unbedingt notwendige Maß beschränken. Sie dürfen

nen nur auf die Luftfahrtunternehmen gerichtet sein, die durch eine Subvention oder die in diesem Artikel genannten Bedingungen begünstigt werden, und präjudizieren nicht das Recht der Vertragsparteien, Maßnahmen nach Artikel 24 (Schutzmaßnahmen) zu ergreifen.

(7) Eine Vertragspartei kann sich nach Unterrichtung der anderen Vertragspartei an die zuständigen Behörden, einschließlich auf staatlicher, regionaler oder lokaler Ebene, im Gebiet der anderen Vertragspartei wenden, um Angelegenheiten, die Gegenstand dieses Artikels sind, zu erörtern.

(8) Die Rechtsvorschriften der Vertragsparteien hinsichtlich gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen in den Gebieten der Vertragsparteien werden durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 9

Kommerzielle Möglichkeiten

Vertretungen von Luftfahrtunternehmen

(1) Die Luftfahrtunternehmen beider Vertragsparteien haben das Recht, im Gebiet der anderen Vertragspartei Büros zur Verkaufsförderung sowie zum Verkauf ihrer Dienstleistungen und damit zusammenhängenden Tätigkeiten zu errichten.

(2) Die Luftfahrtunternehmen beider Vertragsparteien haben das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der jeweils anderen Vertragspartei betreffend Einreise, Aufenthalt und Beschäftigung ihr eigenes Führungs-, Verkaufs-, technisches, Betriebs- und sonstiges Fachpersonal, das zur Unterstützung bei der Erbringung von Luftverkehrsdiensten erforderlich ist, in das Gebiet der anderen Vertragspartei hineinzubringen und dort zu unterhalten.

Bodenabfertigung

- (3)
 - a) Unbeschadet des folgenden Buchstabens b hat jedes Luftfahrtunternehmen im Hinblick auf die Bodenabfertigung im Gebiet der anderen Vertragspartei das Recht,
 - i) seine eigene Bodenabfertigung durchzuführen („Selbstabfertigung“) oder nach Wahl
 - ii) für die gesamte oder einen Teil der Bodenabfertigung eine Auswahl unter den im Wettbewerb stehenden Anbietern von Bodenabfertigungsdiensten zu treffen, soweit diese Anbieter aufgrund der Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei Zugang zum Markt haben und auf dem Markt vertreten sind.
 - b) Bei folgenden Kategorien von Bodenabfertigungsdiensten, d. h. Gepäckabfertigung, Vorfelddienste, Betankungsdienste, Fracht- und Postabfertigung im Hinblick auf die Beförderung von Fracht und Post zwischen dem Abfertigungsgebäude und dem Luftfahrzeug, unterliegen die unter Buchstabe a Ziffer i) und ii) aufgeführten Rechte lediglich Beschränkungen in Bezug auf räumliche oder betriebliche Notwendigkeiten im Einklang mit den im Gebiet der anderen Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften. Wo aufgrund solcher Beschränkungen eine Selbstabfertigung ausgeschlossen ist und kein effektiver Wettbewerb zwischen Anbietern von Bodenabfertigungsdiensten besteht, müssen alle derartigen Dienste allen Luftfahrtunternehmen auf gleicher Grundlage und in nichtdiskriminierender Weise zur Verfügung stehen; die Preise für diese Dienstleistungen dürfen nicht über die Vollkosten einschließlich einer angemessenen Kapitalrendite nach Abschreibung hinausgehen.

Verkäufe, Ausgaben vor Ort und Zahlungsverkehr

(4) Jedes Luftfahrtunternehmen einer Vertragspartei kann sich am Verkauf von Flugbeförderungsleistungen im Gebiet der anderen Vertragspartei unmittelbar und/oder nach Ermessen des Unternehmens durch seine Agenten oder sonstige von dem Luftfahrtunternehmen ernannten Vermittler oder über das Internet

beteiligen. Jedes Luftfahrtunternehmen hat das Recht, derartige Beförderungsleistungen zu verkaufen, und jedermann steht es frei, derartige Beförderungsleistungen in der Währung des betreffenden Gebiets oder in frei konvertierbarer Währung entsprechend den örtlichen Währungsvorschriften zu kaufen.

(5) Jedes Luftfahrtunternehmen hat das Recht, örtliche Einnahmen vom Gebiet der anderen Vertragspartei zu konvertieren und nach seinem Land zu überweisen und auf Antrag, soweit dies nicht mit allgemein anwendbaren Rechtsvorschriften unvereinbar ist, nach dem Land oder den Ländern seiner Wahl. Die Konvertierung und die Überweisung sind ohne diesbezügliche Beschränkungen oder Besteuerung zu dem an dem Tag für Transaktionen und Überweisungen geltenden Wechselkurs, an dem das Luftfahrtunternehmen den Erstantrag auf Überweisung stellt, unverzüglich zu gestatten.

(6) Den Luftfahrtunternehmen jeder Vertragspartei wird gestattet, örtliche Ausgaben, einschließlich für den Erwerb von Treibstoff, im Gebiet der anderen Vertragspartei in Landeswährung zu zahlen. Die Luftfahrtunternehmen jeder Vertragspartei können nach eigenem Ermessen derartige Ausgaben im Gebiet der anderen Vertragspartei entsprechend den dort geltenden Währungsvorschriften in frei konvertierbaren Währungen zahlen.

Kooperationsvereinbarungen

(7) Für die Durchführung oder das Anbieten der unter das Abkommen fallenden Dienste kann jedes Luftfahrtunternehmen einer Vertragspartei Marketing-Kooperationsvereinbarungen, z. B. Blocked-Space- oder Code-Sharing-Vereinbarungen, treffen mit

- einem oder mehreren Luftfahrtunternehmen der Vertragsparteien und
- einem oder mehreren Luftfahrtunternehmen eines Drittstaats und
- Beförderungsunternehmen des Land- oder Seeverkehrs, sofern (i) alle Beteiligten derartiger Vereinbarungen über die grundeliegende Genehmigung für die entsprechende Strecke verfügen und (ii) die Vereinbarungen die Auflagen hinsichtlich Sicherheit und Wettbewerb erfüllen, die üblicherweise auf solche Vereinbarungen Anwendung finden. Beim Verkauf von Personbeförderungsdiensten im Rahmen des Code-Sharing ist der Käufer an der Verkaufsstelle oder auf jeden Fall vor dem Einsteigen darüber zu unterrichten, welcher Beförderungsanbieter die einzelnen Abschnitte der Beförderung durchführt.

(8)

- Bei Personbeförderungsdiensten werden Bodenbeförderungsanbieter nicht einzig mit der Begründung den Rechtsvorschriften für den Luftverkehr unterworfen, dass diese Bodenbeförderung von einem Luftfahrtunternehmen unter seinem Namen angeboten wird. Bodenbeförderungsanbieter können nach ihrem Ermessen Kooperationsvereinbarungen schließen. Bei Entscheidungen über eine spezifische Vereinbarung können Bodenbeförderungsanbieter unter anderem Verbraucherinteressen sowie technische, wirtschaftliche, räumliche und kapazitätsbezogene Sachzwänge in ihre Erwägungen einbeziehen.
- Ungeachtet sonstiger Bestimmungen dieses Abkommens dürfen Luftfahrtunternehmen und indirekte Anbieter von Frachtförderungen der Vertragsparteien ohne Einschränkung in Verbindung mit dem Luftverkehr jede Bodenbeförderung von Fracht nach oder von beliebigen Punkten in den Gebieten von Georgien und der Europäischen Union oder in Drittländern einsetzen, einschließlich der Beförderung nach und von allen Flughäfen mit Zolleinrichtungen und gegebenenfalls einschließlich des Rechts, Fracht unter Zollverschluss unter Beachtung der anwendbaren Rechtsvorschriften zu befördern. Diese Fracht, gleichviel, ob auf dem Boden- oder Luftweg befördert, hat Zugang zur Abfertigung durch die Zollbehörden und zu Zolleinrichtungen am Flughafen. Die Luftfahrtunternehmen können wählen, ob sie die Bodenbeförderung selbst durchführen oder ob sie sie im Rahmen von

Vereinbarungen mit anderen Bodenverkehrsträgern durchführen lassen, einschließlich der Bodenbeförderung durch andere Luftfahrtunternehmen und durch indirekte Anbieter von Luftfrachtbeförderungen. Derartige verkehrsträgerübergreifende Frachtdienste können zu einem einzigen durchgehenden Preis, der für die Beförderung in der Luft und auf dem Boden gemeinsam gilt, angeboten werden, sofern die Verender über die Umstände einer solchen Beförderung nicht irregeführt werden.

Leasing

(9)

- Die Luftfahrtunternehmen jeder Vertragspartei dürfen die vereinbarten Flugdienste mit Luftfahrzeugen und Besatzungen erbringen, die von beliebigen Luftfahrtunternehmen, einschließlich solcher aus Drittstaaten, geleast sind, sofern alle daran Beteiligten die Bedingungen erfüllen, die nach den üblicherweise von den Vertragsparteien auf solche Vorfahrten angewendeten Rechtsvorschriften vorgeschrieben sind.
- Keine Vertragspartei darf vorschreiben, dass die Luftfahrtunternehmen, die ihre Luftfahrzeuge im Leasing überlassen, über Verkehrsrechte nach diesem Abkommen verfügen müssen.
- Das Leasing mit Besatzung (Wet-Lease) eines Luftfahrzeugs eines Drittstaatsunternehmens durch ein georgisches Luftfahrtunternehmen oder eines Luftfahrzeugs eines Unternehmens aus einem anderen Drittstaat als den in Anhang IV genannten Staaten durch ein Luftfahrtunternehmen der Europäischen Union zur Wahrnehmung der in diesem Abkommen vorgesehenen Rechte muss die Ausnahme bleiben oder zur Deckung eines befristeten Bedarfs dienen. Eine solche Maßnahme bedarf der vorherigen Genehmigung durch die Genehmigungsbehörde des anmietenden Luftfahrtunternehmens sowie durch die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei.

Franchise- und Branding-Vereinbarungen

(10) Die Luftfahrtunternehmen der Vertragsparteien haben das Recht, Franchise- und Marken-(„Branding-“)Vereinbarungen mit Gesellschaften, einschließlich der Luftfahrtunternehmen der Vertragsparteien oder aus Drittstaaten, zu schließen, vorausgesetzt, dass die Luftfahrtunternehmen über die entsprechende Genehmigung verfügen und die Anforderungen erfüllen, die nach den von den Vertragsparteien üblicherweise auf solche Vereinbarungen angewandten Rechtsvorschriften gelten, insbesondere Vorschriften zur Angabe des Luftfahrtunternehmens, das den Dienst durchführt.

Artikel 10

Zölle und Steuern

(1) Bei Ankunft im Gebiet einer Vertragspartei bleiben Luftfahrzeuge, die von den Luftfahrtunternehmen der anderen Vertragspartei im internationalen Luftverkehr eingesetzt werden, ihre üblichen Ausrüstungsgegenstände, Treibstoffe, Schmieröle, technische Verbrauchsgüter, ihr Bodengerät, Ersatzteile (einschließlich Motoren), Bordvorräte (insbesondere, jedoch nicht ausschließlich, Gegenstände wie Nahrungsmittel, Getränke und alkoholische Getränke, Tabak und in begrenzten Mengen zum Verkauf an Fluggäste oder zum Verbrauch durch diese während des Fluges bestimmte sonstige Güter) und andere ausschließlich zur Verwendung im Zusammenhang mit dem Betrieb oder der Versorgung ihrer im internationalen Luftverkehr eingesetzten Luftfahrzeuge bestimmte Gegenstände auf der Grundlage der Genseitigkeit gemäß den anwendbaren Rechtsvorschriften frei von allen Einfuhrbeschränkungen, Vermögenssteuern und -abgaben, Zöllen, Verbrauchssteuern und ähnlichen Gebühren und Abgaben, die a) durch die innerstaatlichen oder lokalen Behörden oder die Europäische Union erhoben werden und b) nicht auf den Kosten für geleistete Dienste beruhen, sofern diese Ausrüstungsgegenstände und Vorräte an Bord des Luftfahrzeugs verbleiben.

(2) Außerdem werden auf der Grundlage der Gegenseitigkeit gemäß den anwendbaren Rechtsvorschriften von den in Absatz 1 genannten Steuern, Abgaben, Zöllen, Gebühren und sonstigen Abgaben außer den auf den Kosten für geleistete Dienste beruhenden Gebühren befreit:

- a) Bordvorräte, die in das Gebiet einer Vertragspartei eingeführt oder dort geliefert werden und innerhalb angemessener Grenzen zur Verwendung in abgehenden, im internationalen Luftverkehr eingesetzten Luftfahrzeugen eines Luftfahrtunternehmens der anderen Vertragspartei an Bord genommen werden, selbst wenn diese Vorräte auf dem Teil des Fluges über dem besagten Gebiet verbraucht werden,
- b) Bodengerät und Ersatzteile (einschließlich Motoren), die in das Gebiet einer Vertragspartei zur Versorgung, Wartung oder Reparatur eines im internationalen Luftverkehr eingesetzten Luftfahrzeugs eines Luftfahrtunternehmens der anderen Vertragspartei eingeführt werden,
- c) Treibstoff, Schmierstoffe und technische Verbrauchsgüter, die zur Verwendung in oder an einem im internationalen Luftverkehr eingesetzten Luftfahrzeug eines Luftfahrtunternehmens der anderen Vertragspartei in das Gebiet einer Vertragspartei eingeführt oder dort geliefert werden, selbst wenn sie auf dem Teil des Fluges über dem besagten Gebiet verbraucht werden sollen,
- d) Druckerzeugnisse entsprechend den Zollvorschriften der jeweiligen Vertragspartei, die in das Gebiet einer Vertragspartei eingeführt oder dort geliefert werden und zur Verwendung in abgehenden, im internationalen Luftverkehr eingesetzten Luftfahrzeugen eines Luftfahrtunternehmens der anderen Vertragspartei an Bord genommen werden, selbst wenn diese Erzeugnisse auf dem Teil des Fluges über dem besagten Gebiet verwendet werden sollen, und
- e) Ausrüstungen für die Flug- und Luftsicherheit zum Einsatz an Flughäfen oder in Frachtabfertigungsterminals.

(3) Ungeachtet anderer entgegenstehender Bestimmungen hindert dieses Abkommen keine Vertragspartei daran, in diskriminierungsfreier Weise Steuern, Abgaben, Zölle oder Gebühren auf Treibstoffe zu erheben, die in ihrem Gebiet für den Verbrauch durch ein Luftfahrzeug eines Luftfahrtunternehmens, das zwischen zwei Orten in seinem Gebiet eingesetzt wird, geliefert werden.

(4) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Ausrüstungsgegenstände und Vorräte können Vorschriften unterliegen, wonach sie unter der Überwachung oder Kontrolle der zuständigen Behörden gehalten werden müssen und nicht ohne Zahlung der betreffenden Zollabgaben und Steuern überlassen werden dürfen.

(5) Die in diesem Artikel vorgesehenen Befreiungen werden auch gewährt, wenn die Luftfahrtunternehmen einer Vertragspartei mit einem anderen Luftfahrtunternehmen, dem von der anderen Vertragspartei ebenfalls derartige Befreiungen gewährt werden, einen Vertrag über die Ausleihe oder Überlassung der in den Absätzen 1 und 2 genannten Gegenstände im Gebiet der anderen Vertragspartei geschlossen hat.

(6) Dieses Abkommen hindert die Vertragsparteien nicht daran, Steuern, Abgaben, Zölle oder Gebühren auf Güter zu erheben, die zu anderen Zwecken als dem Verbrauch an Bord an Fluggäste auf dem Abschnitt eines Luftverkehrsdienstes zwischen zwei Punkten innerhalb ihres Gebiets verkauft werden, an denen Ein- oder Aussteigen zulässig ist.

(7) Gepäck und Fracht in direktem Transit durch das Gebiet einer Vertragspartei sind von Steuern, Abgaben, Zöllen, Gebühren und ähnlichen Abgaben befreit, die nicht auf den Kosten für geleistete Dienste beruhen.

(8) Die Bordausrustung sowie die Materialien und Vorräte, die üblicherweise an Bord des Luftfahrzeugs eines Luftfahrtunternehmens einer Vertragspartei behalten werden, dürfen auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei nur mit Genehmigung der Zollbehörden dieses Gebiets ausgeladen werden. In diesem Fall kön-

nen sie bis zu ihrer Wiederausfuhr oder bis anderweitig über sie verfügt wird im Einklang mit den Zollbestimmungen der Aufsicht dieser Behörden unterstellt werden.

(9) Die Bestimmungen dieses Abkommens berühren nicht den Bereich der Mehrwertsteuer, ausgenommen Einfuhrumsatzsteuern. Die in den jeweiligen Abkommen zwischen einem Mitgliedstaat und Georgien enthaltenen Bestimmungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Einkommen und Kapital werden von diesem Abkommen nicht berührt.

Artikel 11

Gebühren für die Nutzung von Flughäfen, Einrichtungen und Diensten

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet, dass die Benutzungsgebühren, die ihre für die Gebührenerhebung zuständigen Behörden oder Stellen von den Luftfahrtunternehmen der anderen Vertragspartei für die Nutzung von Flugnavigations- und Flugverkehrscontrolldiensten, von Flughafen- und Luftsicherheitseinrichtungen und -diensten erheben können, gerecht, angemessen, nicht ungerechtfertigt diskriminierend und gleichmäßig auf die Benutzerkategorien verteilt sind. Diese Gebühren können sich nach den Vollkosten der für die Gebührenerhebung zuständigen Behörden oder Stellen für die Bereitstellung angemessener Flughafen- und Luftsicherheitseinrichtungen und -dienste auf dem Flughafen oder innerhalb des Flughafensystems richten, dürfen diese aber nicht überschreiten. Diese Gebühren können eine angemessene Kapitalrendite nach Abschreibung enthalten. Einrichtungen und Dienste, für die diese Benutzungsgebühren erhoben werden, werden effizient und wirtschaftlich bereitgestellt. In jedem Fall dürfen die Bedingungen für die Festlegung dieser Gebühren für die Luftfahrtunternehmen der anderen Vertragspartei nicht ungünstiger sein als die günstigsten Bedingungen, die einem anderen Luftfahrtunternehmen zum Zeitpunkt der Festlegung der Gebühren gewährt werden.

(2) Jede Vertragspartei schreibt Konsultationen vor zwischen den für die Gebührenerhebung zuständigen Behörden oder Stellen in ihrem Gebiet und den Luftfahrtunternehmen und/oder ihren Vertretungsorganen, welche die Dienste und Einrichtungen benutzen, und gewährleistet, dass die für die Gebührenerhebung zuständigen Behörden oder Stellen und die Luftfahrtunternehmen oder ihre Vertretungsorgane die Informationen austauschen, die zu einer genauen Überprüfung der Angemessenheit der Gebühren im Einklang mit den Grundsätzen in den Absätzen 1 und 2 erforderlich sind. Jede Vertragspartei gewährleistet, dass die für die Gebührenerhebung zuständigen Behörden oder Stellen die Nutzer innerhalb einer angemessenen Frist über Vorschläge zur Änderung der Nutzungsgebühren unterrichten, um diesen Behörden die Möglichkeit zu geben, die von den Nutzern geäußerten Meinungen zu berücksichtigen, bevor Änderungen vorgenommen werden.

(3) In Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten nach Artikel 23 (Streitbeilegung und Schiedsverfahren) ist von einem Verstoß einer Vertragspartei gegen eine Bestimmung dieses Artikels nur dann auszugehen, wenn die Vertragspartei

- a) es unterlässt, innerhalb eines angemessenen Zeitraums eine Überprüfung der Gebühr oder der Praktiken vorzunehmen, auf die sich die Beschwerde der anderen Vertragspartei bezieht, oder
- b) es nach einer solchen Überprüfung unterlässt, alle ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um eine Gebühr oder Praktiken zu ändern, die mit diesem Artikel unvereinbar sind.

Artikel 12

Preisgestaltung

(1) Die Vertragsparteien erlauben den Luftfahrtunternehmen die freie Preisbildung auf der Grundlage eines freien und lauteren Wettbewerbs.

(2) Sie schreiben keine Anmeldung oder Mitteilung der Preise vor.

(3) Die zuständigen Behörden können untereinander neben anderen Fragen beispielsweise erörtern, ob Preise ungerechtferigt, unangemessen, diskriminierend oder subventioniert sind.

Artikel 13

Statistiken

(1) Die Vertragsparteien übermitteln einander die aufgrund der nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften notwendigen Statistiken sowie auf Wunsch andere vorliegende statistische Informationen, die nach vernünftigem Ermessen zur Überprüfung des Luftverkehrsbetriebs angefordert werden können.

(2) Die Vertragsparteien arbeiten im Rahmen des Gemeinsamen Ausschusses gemäß Artikel 22 (Gemeinsamer Ausschuss) zusammen, um den Austausch statistischer Informationen untereinander zum Zwecke der Beobachtung der Entwicklung von Luftverkehrsdienssten im Rahmen dieses Abkommens zu erleichtern.

Titel II

Regulierungszusammenarbeit

Artikel 14

Flugsicherheit

(1) Vorbehaltlich der Übergangsbestimmungen in Anhang II handeln die Vertragsparteien im Einklang mit den Rechtsvorschriften für die Flugsicherheit, die in Teil C von Anhang III aufgeführt sind, wobei die nachstehenden Bedingungen gelten.

(2) Die Vertragsparteien arbeiten zusammen, um die Umsetzung der in Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften durch Georgien zu gewährleisten. Zu diesem Zweck wird Georgien ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens als Beobachter in die Arbeit der Europäischen Agentur für Flugsicherheit einzogen.

(3) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass Luftfahrzeuge, die bei einer Vertragspartei registriert sind, bei Verdacht auf Verstoß gegen nach dem ICAO-Abkommen erlassene internationale Flugsicherheitsstandards bei der Landung auf Flughäfen der anderen Vertragspartei, die dem internationalen Luftverkehr im Gebiet der anderen Vertragspartei offenstehen, Vorfeldinspektionen an Bord und außen am Luftfahrzeug durch die zuständigen Behörden dieser anderen Vertragspartei unterzogen werden, um sowohl die Gültigkeit der Luftfahrzeugdokumente und der Dokumente der Besatzung als auch den augenscheinlichen Zustand des Luftfahrzeugs und seiner Ausrüstung zu prüfen.

(4) Die zuständigen Behörden einer Vertragspartei können jederzeit Konsultationen über die von der anderen Vertragspartei eingehaltenen Sicherheitsstandards verlangen.

(5) Die zuständigen Behörden einer Vertragspartei ergreifen unverzüglich alle angemessenen Maßnahmen, wenn sie feststellen, dass ein Luftfahrzeug, ein Erzeugnis oder der Betrieb eines Luftfahrzeugs möglicherweise

- a) die nach dem ICAO-Abkommen oder den in Teil C von Anhang III aufgeführten Rechtsvorschriften – je nachdem, welches zutreffend ist – festgelegten Mindeststandards nicht erfüllt,
- b) Anlass zu ernsten Bedenken aufgrund einer Inspektion im Sinne von Absatz 3 gibt, dass ein Luftfahrzeug oder der Betrieb eines Luftfahrzeugs nicht die nach dem ICAO-Abkommen oder den in Teil C von Anhang III aufgeführten Rechtsvorschriften – je nachdem, welches zutreffend ist – festgelegten Mindeststandards erfüllt, oder
- c) Anlass zu ernsten Bedenken gibt, dass Mindeststandards, die nach dem ICAO-Abkommen oder den in Teil C von Anhang III aufgeführten Rechtsvorschriften festgelegt wurden – je nachdem, welches zutreffend ist –, nicht wirksam aufrechterhalten und verwaltet werden.

(6) Ergreifen die zuständigen Behörden einer Vertragspartei Maßnahmen nach Absatz 5, unterrichten sie unverzüglich die zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei davon und begründen ihre Maßnahmen.

(7) Werden Maßnahmen in Anwendung von Absatz 5 nicht aufgehoben, obwohl die Grundlage für ihr Ergreifen entfallen ist, kann jede Vertragspartei die Angelegenheit dem Gemeinsamen Ausschuss vorlegen.

Artikel 15

Luftsicherheit

(1) Vorbehaltlich der Übergangsbestimmungen in Anhang II handeln die Vertragsparteien im Einklang mit den Rechtsvorschriften der Europäischen Union für die Luftsicherheit, die in Teil D von Anhang III aufgeführt sind, wobei die nachstehenden Bedingungen gelten.

(2) Georgien kann im Einklang mit den in Anhang III aufgeführten einschlägigen Rechtsvorschriften der Europäischen Union für die Luftsicherheit einer Inspektion durch die Europäische Kommission unterzogen werden. Die Vertragsparteien schaffen die notwendigen Verfahren für den Austausch von Informationen über die Ergebnisse dieser Luftsicherheitsinspektionen.

(3) Da die Gewährleistung der Sicherheit ziviler Luftfahrzeuge, ihrer Fluggäste und Besatzungen eine Grundvoraussetzung für die Durchführung des internationalen Luftverkehrs ist, bekräftigen die Vertragsparteien ihre gegenseitige Verpflichtung, die Sicherheit der Zivilluftfahrt vor widerrechtlichen Eingriffen zu gewährleisten, insbesondere ihre Verpflichtungen aufgrund des ICAO-Abkommens, des Abkommens über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen, das am 14. September 1963 in Tokio unterzeichnet wurde, des Übereinkommens zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, das am 16. Dezember 1970 in Den Haag unterzeichnet wurde, des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt, das am 23. September 1971 in Montreal unterzeichnet wurde, des Protokolls zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen, das am 24. Februar 1988 in Montreal unterzeichnet wurde, und des Übereinkommens über die Markierung von Plastiksprengstoffen zum Zweck des Aufspürens, das am 1. März 1991 in Montreal unterzeichnet wurde, soweit beide Vertragsparteien diesen Übereinkünften beigetreten sind, sowie aufgrund aller sonstigen Übereinkünfte und Protokolle im Bereich der Sicherheit der Zivilluftfahrt, denen beide Vertragsparteien beigetreten sind.

(4) Die Vertragsparteien gewähren einander auf Verlangen jede erforderliche Unterstützung, um die widerrechtliche Inbesitznahme ziviler Luftfahrzeuge und sonstige widerrechtliche Handlungen gegen die Sicherheit solcher Luftfahrzeuge, ihrer Fluggäste und Besatzungen, von Flughäfen und Flugnavigationseinrichtungen sowie alle sonstigen Bedrohungen der Sicherheit der Zivilluftfahrt zu verhindern.

(5) Die Vertragsparteien handeln in ihren beiderseitigen Beziehungen entsprechend den Richtlinien zur Luftsicherheit und, soweit sie von ihnen angewandt werden, den Empfehlungen, die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) festgelegt und dem ICAO-Abkommen als Anhänge hinzugefügt wurden, soweit diese Sicherheitsbestimmungen auf die Vertragsparteien anwendbar sind. Beide Vertragsparteien schreiben vor, dass die Halter von in ihren Registern eingetragenen Luftfahrzeugen sowie die Halter von Luftfahrzeugen, die ihren Hauptgeschäftssitz oder ihren ständigen Aufenthalt in ihrem Gebiet haben, und die Betreiber von Flughäfen in ihrem Gebiet entsprechend diesen Luftsicherheitsbestimmungen handeln.

(6) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass in ihrem Gebiet effektive Maßnahmen zum Schutz von Luftfahrzeugen und zur Durchsuchung von Fluggästen und ihrem Handgepäck sowie zur geeigneten Kontrolle von Besatzungen, Fracht (einschließlich aufgegebenem Gepäck) und Bordvorräten vor und während des

Einstiegs und Beladens ergriffen werden und dass diese Maßnahmen angepasst werden, um stärkeren Bedrohungen zu begegnen. Die Vertragsparteien vereinbaren, dass ihre Luftfahrtunternehmen verpflichtet werden können, die in Absatz 5 genannten Sicherheitsbestimmungen der jeweils anderen Vertragspartei für den Einflug in das, den Ausflug aus dem und den Aufenthalt in dem Gebiet der jeweils anderen Vertragspartei einzuhalten.

(7) Jede Vertragspartei sagt außerdem eine wohlwollende Prüfung jedes Ersuchens der anderen Vertragspartei zu, angemessene Sicherheitsmaßnahmen zur Abwendung einer bestimmten Bedrohung zu ergreifen. Außer bei Notfällen, in denen dies nicht in angemessener Weise möglich ist, unterrichtet jede Vertragspartei die andere Vertragspartei im Voraus über besondere Sicherheitsmaßnahmen, deren Einführung sie beabsichtigt und die wesentliche finanzielle oder betriebliche Auswirkungen auf die nach diesem Abkommen erbrachten Luftverkehrsdienste haben könnten. Jede Vertragspartei kann gemäß Artikel 22 (Gemeinsamer Ausschuss) eine Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses verlangen, um solche Sicherheitsmaßnahmen zu erörtern.

(8) Bei tatsächlichem Eintreten oder Drohen einer widerrechtlichen Inbesitznahme von Zivilluftfahrzeugen oder von sonstigen widerrechtlichen Handlungen gegen die Sicherheit von Zivilluftfahrzeugen, Fluggästen, Besatzungen, Flughäfen oder Flugnavigationseinrichtungen unterstützen die Vertragsparteien einander durch Erleichterung der Kommunikation und sonstige geeignete Maßnahmen, die der schnellen und sicheren Beendigung eines solchen Zwischenfalls oder der Bedrohung dienen.

(9) Jede Vertragspartei ergreift alle nach ihrem Erachten praktikablen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass ein Luftfahrzeug, das widerrechtlich in Besitz genommen wurde oder gegen das eine sonstige widerrechtliche Handlung verübt wurde, und das sich in ihrem Gebiet am Boden befindet, am Boden festgehalten wird, sofern ein Weiterflug nicht wegen der alles andere überragenden Pflicht zum Schutz von Menschenleben erforderlich ist. Wann immer dies praktikabel ist, sind solche Maßnahmen auf der Grundlage gegenseitiger Konsultationen zu treffen.

(10) Hat eine Vertragspartei berechtigten Grund zu der Annahme, dass die andere Vertragspartei von den Luftsicherheitsbestimmungen dieses Artikels abweicht, beantragt diese Vertragspartei sofortige Konsultationen mit der anderen Vertragspartei.

(11) Unbeschadet Artikel 5 (Verweigerung, Widerruf, Aussetzung oder Einschränkung von Genehmigungen) stellt die Tatsache, dass innerhalb von fünfzehn (15) Tagen nach Eingang eines solchen Antrags keine zufriedenstellende Einigung erzielt werden konnte, einen Grund dafür dar, die Betriebsgenehmigung von Luftfahrtunternehmen der anderen Vertragspartei zu verweigern, zu widerrufen, einzuschränken oder mit Auflagen zu versehen.

(12) Wenn eine unmittelbare und außergewöhnliche Notlage dies erfordert, kann eine Vertragspartei vor Ablauf von fünfzehn (15) Tagen vorläufige Maßnahmen treffen.

(13) Die nach Absatz 11 getroffenen Maßnahmen werden eingestellt, wenn die andere Vertragspartei den Bestimmungen dieses Artikels umfassend nachkommt.

Artikel 16

Flugverkehrsmanagement (ATM)

(1) Vorbehaltlich der Übergangsbestimmungen in Anhang II handeln die Vertragsparteien im Einklang mit den Rechtsvorschriften, die in Teil B von Anhang III aufgeführt sind, wobei die nachstehenden Bedingungen gelten.

(2) Die Vertragsparteien arbeiten im Bereich des Flugverkehrsmanagements im Hinblick auf die Ausweitung des einheitlichen europäischen Luftraums auf Georgien zusammen, um die der-

zeitigen Sicherheitsstandards und die Gesamteffizienz der allgemeinen Flugsicherungsstandards in Europa zu steigern, die Kapazität zu optimieren, Verspätungen zu minimieren und die Umwelteffizienz zu erhöhen. Zu diesem Zweck wird Georgien ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens als Beobachter in den Ausschuss für den einheitlichen Luftraum einbezogen. Der Gemeinsame Ausschuss ist für die Beobachtung und Erleichterung der Zusammenarbeit im Bereich des Flugverkehrsmanagements zuständig.

(3) Um die Anwendung der Rechtsvorschriften für den einheitlichen europäischen Luftraum in ihren Gebieten zu erleichtern,

- a) trifft Georgien die erforderlichen Maßnahmen, um seine institutionellen Strukturen für das Flugverkehrsmanagement an den einheitlichen europäischen Luftraum anzupassen, insbesondere durch Einrichtung einschlägiger nationaler Aufsichtsbehörden, die zumindest funktionell unabhängig von Flugsicherungsdienstleistern sind, und
- b) assoziiert die Europäische Union Georgien bei den einschlägigen operationellen Initiativen in den Bereichen Flugnavigationssysteme, Luftraum und Interoperabilität, die sich aus dem einheitlichen europäischen Luftraum ergeben, insbesondere durch frühzeitige Einbeziehung der Bemühungen Georgiens bei der Schaffung funktioneller Luftraumblöcke oder durch angemessene Koordinierung bei SESAR.

Artikel 17

Umwelt

(1) Die Vertragsparteien erkennen die Bedeutung des Umweltschutzes bei der Entwicklung und Durchführung der Luftfahrtpolitik an. Die Vertragsparteien erkennen an, dass ein wirksames globales, regionales, nationales und/oder lokales Handeln erforderlich ist, um die Umweltauswirkungen der Zivilluftfahrt zu minimieren.

(2) Vorbehaltlich der Übergangsbestimmungen in Anhang II handeln die Vertragsparteien im Einklang mit den Rechtsvorschriften für den Luftfahrtbereich, die in Teil E von Anhang III aufgeführt sind.

(3) Die Vertragsparteien würdigen die Bedeutung der Zusammenarbeit, um im Rahmen multilateraler Gespräche den Auswirkungen des Luftverkehrs auf die Umwelt Rechnung zu tragen und zu gewährleisten, dass Maßnahmen zur Minderung nachteiliger Auswirkungen mit den Zielen dieses Abkommens vollständig zu vereinbaren sind.

(4) Dieses Abkommen schränkt in keiner Weise das Recht der zuständigen Behörden einer Vertragspartei ein, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um die Umweltauswirkungen des durchgeföhrten Luftverkehrs zu verhindern oder anderweitig gegen sie vorzugehen, soweit diese Maßnahmen gänzlich mit ihren völkerrechtlichen Rechten und Pflichten im Einklang stehen und ohne Ansehen der Nationalität angewandt werden.

Artikel 18

Verbraucherschutz

Vorbehaltlich der Übergangsbestimmungen in Anhang II handeln die Vertragsparteien im Einklang mit den Rechtsvorschriften für den Luftfahrtbereich, die in Teil G von Anhang III aufgeführt sind.

Artikel 19

Computerreservierungssysteme

Vorbehaltlich der Übergangsbestimmungen in Anhang II handeln die Vertragsparteien im Einklang mit den Rechtsvorschriften für den Luftfahrtbereich, die in Teil H von Anhang III aufgeführt sind.

Artikel 20**Soziale Aspekte**

Vorbehaltlich der Übergangsbestimmungen in Anhang II handeln die Vertragsparteien im Einklang mit den Rechtsvorschriften für den Luftfahrtbereich, die in Teil F von Anhang III aufgeführt sind.

Titel III**Institutionelle Bestimmungen****Artikel 21****Auslegung und Durchsetzung**

(1) Die Vertragsparteien treffen alle geeigneten Maßnahmen allgemeiner oder besonderer Art, um für die Erfüllung der sich aus diesem Abkommen ergebenden Verpflichtungen Sorge zu tragen, und enthalten sich aller Maßnahmen, die die Erreichung der mit diesem Abkommen verfolgten Ziele gefährden könnten.

(2) Jede Vertragspartei ist für eine ordnungsgemäße Durchsetzung dieses Abkommens in ihrem Gebiet verantwortlich, insbesondere in Bezug auf die in Anhang III aufgeführten Verordnungen und Richtlinien.

(3) Jede Vertragspartei stellt der anderen Vertragspartei bei Untersuchungen zu möglichen Verstößen gegen Bestimmungen dieses Abkommens, die diese Vertragspartei im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten gemäß diesem Abkommen durchführt, alle notwendigen Informationen zur Verfügung und leistet ihr die erforderliche Unterstützung.

(4) Handelt eine Vertragspartei im Rahmen der ihr durch dieses Abkommen übertragenen Befugnisse in Angelegenheiten, die wesentliche Interessen der anderen Vertragspartei berühren und die Behörden oder Unternehmen dieser Vertragspartei betreffen, so werden die Behörden der anderen Vertragspartei umfassend unterrichtet und erhalten Gelegenheit zur Stellungnahme, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird.

(5) Soweit die Bestimmungen dieses Abkommens und die Bestimmungen der in Anhang III aufgeführten Rechtsvorschriften substanzial identisch sind mit den entsprechenden Regeln des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sowie mit Rechtsvorschriften, die gemäß dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union erlassen wurden, sind diese Bestimmungen bei ihrer Umsetzung und Anwendung gemäß den einschlägigen Entscheidungen und Beschlüssen des Gerichtshofs und der Europäischen Kommission auszulegen.

Artikel 22**Gemeinsamer Ausschuss**

(1) Es wird ein Gemeinsamer Ausschuss aus Vertretern der Vertragsparteien (nachstehend: „Gemeinsamer Ausschuss“) eingesetzt, der für die Verwaltung dieses Abkommens zuständig ist und seine ordnungsgemäße Anwendung gewährleistet. Zu diesem Zweck spricht er Empfehlungen aus und fasst in den in diesem Abkommen vorgesehenen Fällen Beschlüsse.

(2) Die Beschlüsse des Gemeinsamen Ausschusses werden einstimmig gefasst und sind für die Vertragsparteien bindend. Sie werden von den Vertragsparteien gemäß ihren eigenen Vorschriften umgesetzt.

(3) Der Gemeinsame Ausschuss gibt sich durch Beschluss eine Geschäftsordnung.

(4) Der Gemeinsame Ausschuss tritt bei Notwendigkeit zusammen. Jede Vertragspartei kann die Einberufung einer Ausschusssitzung beantragen.

(5) Eine Vertragspartei kann auch eine Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses beantragen, um Lösungen für Fragen im Zusammenhang mit der Auslegung und Anwendung dieses Abkom-

mens zu finden. Diese Sitzung des Ausschusses muss so bald wie möglich stattfinden, spätestens jedoch zwei Monate nach Eingang des Antrags, soweit von den Vertragsparteien nicht anders beschlossen.

(6) Zur ordnungsgemäßen Durchführung dieses Abkommens tauschen die Vertragsparteien Informationen aus und halten auf Antrag einer Vertragspartei Konsultationen im Gemeinsamen Ausschuss ab.

(7) Wenn eine Vertragspartei der Auffassung ist, dass ein Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses von der anderen Vertragspartei nicht ordnungsgemäß umgesetzt wird, kann sie beantragen, dass diese Frage im Gemeinsamen Ausschuss erörtert wird. Gelangt der Gemeinsame Ausschuss nicht binnen zwei Monaten nach seiner Befassung zu einer Lösung, kann die beantragende Vertragspartei angemessene Schutzmaßnahmen gemäß Artikel 24 (Schutzmaßnahmen) treffen.

(8) Unbeschadet Absatz 2 können die Vertragsparteien, wenn der Gemeinsame Ausschuss in einer ihm vorgelegten Frage nicht binnen sechs Monaten nach seiner Befassung zu einem Beschluss gelangt ist, vorübergehend angemessene Schutzmaßnahmen gemäß Artikel 24 (Schutzmaßnahmen) treffen.

(9) Im Einklang mit Artikel 6 (Investitionen) prüft der Gemeinsame Ausschuss Fragen im Zusammenhang mit bilateralen Investitionen im Hinblick auf eine Mehrheitsbeteiligung oder Veränderungen in Bezug auf die wirksame Kontrolle von Luftfahrtunternehmen der Vertragsparteien.

(10) Der Gemeinsame Ausschuss fördert außerdem die Zusammenarbeit durch folgende Maßnahmen:

- a) Unterstützung des Austauschs von Sachverständigen bei neuen Initiativen und Entwicklungen im Bereich Rechtsetzung und Regulierung, einschließlich der Bereiche Flug- und Luftsicherheit, Umwelt, Luftfahrtinfrastruktur (einschließlich Zeitnischen), Wettbewerbsumfeld und Verbraucherschutz,
- b) Überprüfung der Marktbedingungen für die Luftverkehrsdiene im Rahmen dieses Abkommens,
- c) Beobachtung der sozialen Auswirkungen des Abkommens bei seiner derzeitigen Anwendung, insbesondere im Bereich der Beschäftigung, sowie Entwicklung geeigneter Lösungen bei berechtigten Bedenken,
- d) Überlegungen zu potenziellen Bereichen für eine Weiterentwicklung des Abkommens, einschließlich Empfehlungen für Änderungen des Abkommens,
- e) einvernehmliche Einigung über Vorschläge, Konzepte oder Dokumente verfahrenstechnischer Art, die unmittelbar mit dem Funktionieren des Abkommens im Zusammenhang stehen,
- f) Inbetrachtziehen und Ausbau einer technischen Hilfestellung in den vom Abkommen erfassten Bereichen und
- g) Förderung der Zusammenarbeit in einschlägigen internationalen Foren.

Artikel 23**Streitbeilegung und Schiedsverfahren**

(1) Bei Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien in Bezug auf die Anwendung dieses Abkommens bemühen sich die Vertragsparteien zunächst um deren Beilegung durch förmliche Konsultationen im Gemeinsamen Ausschuss gemäß Artikel 22 (Gemeinsamer Ausschuss) Absatz 5.

(2) Kann eine Streitigkeit bezüglich der Anwendung oder Auslegung dieses Abkommens nicht gemäß Absatz 1 beigelegt werden, wird sie auf Ersuchen einer der Vertragsparteien nach dem folgenden Verfahren an ein Schiedsgremium aus drei Schiedsrichtern verwiesen:

a) Jede Vertragspartei ernennt innerhalb von sechzig (60) Tagen nach Eingang der von der anderen Vertragspartei auf diplomatischem Wege übermittelten Notifizierung über den Antrag

- auf Schiedsverfahren vor dem Schiedsgremium einen Schiedsrichter; der dritte Schiedsrichter sollte innerhalb weiterer sechzig (60) Tage von den beiden anderen Schiedsrichtern ernannt werden. Hat eine Vertragspartei innerhalb der vereinbarten Frist keinen Schiedsrichter ernannt, oder wird der dritte Schiedsrichter nicht innerhalb der vereinbarten Frist ernannt, kann eine Vertragspartei den Präsidenten des Rates der ICAO ersuchen, den bzw. die erforderlichen Schiedsrichter zu ernennen.
- b) Der nach Buchstabe a ernannte dritte Schiedsrichter sollte Staatsangehöriger eines Drittstaates sein und führt den Vorsitz über das Schiedsgremium.
 - c) Das Schiedsgremium gibt sich eine Verfahrensordnung.
 - d) Vorbehaltlich der abschließenden Entscheidung des Schiedsgremiums werden die anfänglichen Kosten des Schiedsverfahrens zu gleichen Teilen von den Vertragsparteien getragen.

(3) Auf Antrag einer Vertragspartei kann das Schiedsgremium die andere Vertragspartei anweisen, bis zu seiner endgültigen Entscheidung vorübergehende Abhilfemaßnahmen zu ergriffen.

(4) Vorläufige Entscheidungen und endgültige Entscheidungen des Schiedsgremiums sind für die Vertragsparteien verbindlich.

(5) Kommt eine Vertragspartei einer gemäß den Bestimmungen dieses Artikels ergangenen Entscheidung des Schiedsgremiums nicht innerhalb von dreißig (30) Tagen nach Bekanntgabe dieser Entscheidung nach, kann die andere Vertragspartei für die Dauer dieses Verstoßes die Rechte oder Vorteile, die sie der für den Verstoß verantwortlichen Vertragspartei nach den Bestimmungen dieses Abkommens gewährt hat, beschränken, aussetzen oder zurücknehmen.

Artikel 24

Schutzmaßnahmen

(1) Die Vertragsparteien treffen alle allgemeinen oder besonderen Maßnahmen, die zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus diesem Abkommen erforderlich sind. Sie gewährleisten, dass die Ziele dieses Abkommens verwirklicht werden.

(2) Ist eine Vertragspartei der Auffassung, dass die andere Vertragspartei eine Verpflichtung aus diesem Abkommen nicht erfüllt hat, so kann sie geeignete Schutzmaßnahmen treffen. Die Schutzmaßnahmen sind hinsichtlich ihres Umfangs und ihrer Dauer auf das zur Behebung der Situation oder zur Wahrung der Ausgewogenheit dieses Abkommens unbedingt erforderliche Maß zu beschränken. Vorrang ist Maßnahmen zu geben, die das ordnungsgemäße Funktionieren des Abkommens möglichst wenig beeinträchtigen.

(3) Eine Vertragspartei, die Schutzmaßnahmen in Erwägung zieht, notifiziert unverzüglich die andere Vertragspartei durch den Gemeinsamen Ausschuss und übermittelt alle einschlägigen Informationen.

(4) Die Vertragsparteien führen unverzüglich Konsultationen im Gemeinsamen Ausschuss durch, um eine allgemein annehmbare Lösung zu finden.

(5) Unbeschadet Artikel 3 Buchstabe d (Genehmigung), Artikel 5 Buchstabe d (Verweigerung, Widerruf, Aussetzung oder Einschränkung von Genehmigungen), Artikel 14 (Flugsicherheit) und Artikel 15 (Luftsicherheit) darf die betreffende Vertragspartei bis nach Ablauf eines Monats nach der Notifizierung gemäß Absatz 3 des vorliegenden Artikels keine Schutzmaßnahmen ergreifen, sofern nicht das Konsultationsverfahren nach Absatz 4 vor Ablauf dieser Frist abgeschlossen wurde.

(6) Die betreffende Vertragspartei notifiziert dem Gemeinsamen Ausschuss unverzüglich die getroffenen Maßnahmen und übermittelt alle einschlägigen Informationen.

(7) Alle aufgrund dieses Artikels getroffenen Maßnahmen werden ausgesetzt, sobald die den Verstoß verursachende Vertragspartei die Bestimmungen dieses Abkommens erfüllt.

Artikel 25

Beziehung zu anderen Übereinkünften

(1) Die Bestimmungen dieses Abkommens gehen den einschlägigen Bestimmungen bestehender bilateraler Abkommen zwischen Georgien und den Mitgliedstaaten vor. Bestehende Verkehrsrechte, die aus diesen bilateralen Abkommen abgeleitet werden und nicht unter dieses Abkommen fallen, können jedoch weiterhin ausgeübt werden, vorausgesetzt, es findet keine Diskriminierung zwischen den Mitgliedstaaten und ihren Staatsangehörigen statt.

(2) Die Vertragsparteien beraten im Gemeinsamen Ausschuss auf Antrag einer Vertragspartei über die Empfehlung, ob Georgien dem Übereinkommen über den gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraum beitreten soll.

(3) Treten die Vertragsparteien einer multilateralen Übereinkunft bei oder billigen sie einen Beschluss der ICAO oder einer anderen internationalen Organisation, die bzw. der Belange dieses Abkommens berührt, so beraten sie in dem Gemeinsamen Ausschuss, ob das Abkommen zur Berücksichtigung derartiger Entwicklungen überarbeitet werden sollte.

Artikel 26

Änderungen

(1) Wünscht eine Vertragspartei eine Änderung dieses Abkommens, notifiziert sie dies dem Gemeinsamen Ausschuss zwecks Beschlusses.

(2) Der Gemeinsame Ausschuss kann auf Vorschlag einer Vertragspartei und in Übereinstimmung mit diesem Artikel beschließen, die Anhänge des Abkommens zu ändern.

(3) Die Änderung des Abkommens tritt nach Abschluss der jeweiligen internen Verfahren der Vertragsparteien in Kraft.

(4) Nach diesem Übereinkommen bleibt es jeder Vertragspartei unbenommen, vorbehaltlich der Einhaltung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung und der Bestimmungen dieses Abkommens im Luftfahrtbereich oder einem damit zusammenhängenden, in Anhang III aufgeführten Bereich einseitig neue Rechtsvorschriften zu erlassen oder ihre geltenden Rechtsvorschriften zu ändern.

(5) Werden neue Rechtsvorschriften oder eine Änderung bestehender Rechtsvorschriften im Luftfahrtbereich oder einem damit zusammenhängenden, in Anhang III aufgeführten Bereich von einer Vertragspartei in Erwägung gezogen, unterrichtet sie die andere Vertragspartei sobald möglich in angemessener Weise. Auf Antrag einer Vertragspartei kann ein vorläufiger Meinungsaustausch im Gemeinsamen Ausschuss erfolgen.

(6) Jede Vertragspartei informiert die andere Vertragspartei regelmäßig und so bald wie angemessen über neu erlassene Rechtsvorschriften oder Änderungen ihrer bestehenden Rechtsvorschriften im Luftfahrtbereich oder einem damit zusammenhängenden, in Anhang III aufgeführten Bereich. Auf Antrag einer Vertragspartei führt der Gemeinsame Ausschuss innerhalb von sechzig (60) Tagen einen Meinungsaustausch über die Auswirkungen solcher neuen oder geänderten Rechtsvorschriften auf das ordnungsgemäße Funktionieren dieses Abkommens durch.

(7) Nach dem Meinungsaustausch gemäß Absatz 6

- a) trifft der Gemeinsame Ausschuss einen Beschluss zur Änderung von Anhang III, um darin gegebenenfalls auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die betreffenden neuen oder geänderten Rechtsvorschriften aufzunehmen,
- b) trifft der Gemeinsame Ausschuss einen Beschluss, dass die betreffenden neuen oder geänderten Rechtsvorschriften als mit diesem Abkommen vereinbar anzusehen sind, oder

- c) empfiehlt der Gemeinsame Ausschuss eine andere Maßnahme, die innerhalb einer annehmbaren Frist zu verabschieden ist, zum Schutz des ordnungsgemäßen Funktionierens dieses Abkommens.

Artikel 27

Kündigung

Jede Vertragspartei kann der anderen auf diplomatischem Wege jederzeit schriftlich notifizieren, dass sie dieses Abkommen kündigen will. Diese Kündigung ist gleichzeitig der ICAO und dem Sekretariat der Vereinten Nationen zu übermitteln. Das Abkommen endet um Mitternacht GMT am Ende der IATA-Flugplanperiode, die ein Jahr nach dem Datum der schriftlichen Kündigung in Kraft ist, es sei denn, die Kündigung wird vor dem Ende dieses Zeitraums in beiderseitigem Einverständnis der Vertragsparteien zurückgenommen.

Artikel 28

Registrierung bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation und dem Sekretariat der Vereinten Nationen

Dieses Abkommen und alle Änderungen werden bei der ICAO und bei dem Sekretariat der Vereinten Nationen registriert.

Artikel 29

Vorläufige Anwendung und Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Datum der zuletzt eingegangenen Note im Rahmen eines diplomatischen Notenaustausches zwischen den Vertragsparteien in Kraft, in der bestätigt wird, dass alle erforderlichen Verfahren für das Inkrafttreten dieses Abkommens abgeschlossen sind. Zum Zweck dieses Notenaustauschs übermittelt Georgien dem Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union seine diplomatische Note an die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten, und das Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union übermittelt Georgien die diplomatische Note der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten. Die diplomatische Note der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten enthält Bestätigungen der einzelnen Mitgliedstaaten, dass ihre erforderlichen Verfahren für das Inkrafttreten dieses Abkommens abgeschlossen sind.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 vereinbaren die Vertragsparteien, dieses Abkommen im Einklang mit ihren internen Verfahren und/oder Rechtsvorschriften ab dem ersten Tag des Monats vorläufig anzuwenden, der auf das Datum der letzten Note folgt, mit der die Vertragsparteien einander den Abschluss der für die Anwendung dieses Abkommens erforderlichen Verfahren notifiziert haben.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterzeichnet.

Geschehen zu Brüssel am 2. Dezember 2010 in zwei Urschriften in bulgarischer, dänischer, deutscher, englischer, estnischer, finnischer, französischer, griechischer, italienischer, lettischer, litauischer, maltesischer, niederländischer, polnischer, portugiesischer, rumänischer, schwedischer, slowakischer, slowenischer, spanischer, tschechischer, ungarischer und georgischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Anhang I
Vereinbarte Dienste und festgelegte Strecken

1. Dieser Anhang unterliegt den in Anhang II dieses Abkommens aufgeführten Übergangsbestimmungen.
2. Jede Partei gewährt den Luftfahrtunternehmen der anderen Partei die Rechte für die Erbringung von Luftverkehrsdiesten auf den nachfolgend festgelegten Strecken:
 - a) Für Luftfahrtunternehmen der Europäischen Union: Jeder Punkt in der Europäischen Union – Zwischenlandepunkte in Euromed-Ländern, im gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraum oder in den in Anhang IV aufgeführten Ländern – jeder Punkt in Georgien – dahinter gelegene Punkte.
 - b) Für Luftfahrtunternehmen Georgiens: Jeder Punkt in Georgien – Zwischenlandepunkte in Euromed-Ländern, im gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraum oder in den in Anhang IV aufgeführten Ländern – jeder Punkt in der Europäischen Union.
3. Die gemäß Absatz 2 durchgeführten Dienste müssen ihren Ursprungs- oder Bestimmungsort, was Luftfahrtunternehmen Georgiens angeht, im Gebiet Georgiens und, was Luftfahrtunternehmen der Europäischen Union angeht, im Gebiet der Europäischen Union haben.
4. Jedes Luftfahrtunternehmen einer Vertragspartei kann nach eigenem Ermessen auf bestimmten oder allen Flügen
 - a) Flüge in einer oder in beiden Richtungen durchführen,
 - b) verschiedene Flugnummern innerhalb eines Fluges kombinieren,
 - c) Zwischenlandepunkte und dahinter gelegene Punkte gemäß Absatz 2 dieses Anhangs sowie Punkte in den Gebieten der Vertragsparteien in beliebiger Kombination und Reihenfolge bedienen,
 - d) auf Landungen an einem bestimmten Punkt oder bestimmten Punkten verzichten,
 - e) an jedem beliebigen Punkt Verkehr von jedem seiner Luftfahrzeuge auf ein anderes seiner Luftfahrzeuge verlagern,
 - f) Zwischenlandungen an beliebigen Punkten innerhalb oder außerhalb des Gebietes der Vertragsparteien durchführen,
 - g) Transitverkehr über das Gebiet der jeweils anderen Vertragspartei durchführen und
 - h) Verkehr ungeachtet seines Ursprungs in ein und demselben Luftfahrzeug kombinieren.
5. Jede Vertragspartei lässt es zu, dass jedes Luftfahrtunternehmen die Frequenz und Kapazität des von ihr angebotenen internationalen Luftverkehrs auf Grund marktbezogener kommerzieller Überlegungen festlegt. In Übereinstimmung mit diesem Recht begrenzt keine Vertragspartei einseitig den Umfang des Verkehrs, die Frequenz oder Regelmäßigkeit des Dienstes oder das bzw. die Muster der von Luftfahrtunternehmen der anderen Partei eingesetzten Luftfahrzeuge, außer in den Fällen, in denen dies aus zollrechtlichen, technischen, betrieblichen, ökologischen oder gesundheitlichen Gründen oder in Anwendung von Artikel 8 (Wettbewerbliches Umfeld) erforderlich ist.
6. Die Luftfahrtunternehmen jeder Vertragspartei dürfen, auch im Rahmen von Code-Sharing-Vereinbarungen, jeden Punkt in einem Drittland bedienen, der nicht auf den festgelegten Strecken liegt, sofern sie keine Rechte der fünften Freiheit ausüben.

Anhang II

Übergangsbestimmungen

1. Umsetzung und Anwendung aller Bestimmungen der Rechtsvorschriften der Europäischen Union im Luftfahrtbereich, die in Anhang III aufgeführt sind, ausgenommen die Rechtsvorschriften zur Luftsicherheit in Teil D von Anhang III, durch Georgien unterliegen einer Bewertung unter der Zuständigkeit der Europäischen Union, die durch einen Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses zu bestätigen ist. Eine solche Bewertung wird spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens vorgenommen.
2. Ungeachtet der Bestimmungen von Anhang I schließen die vereinbarten Dienste und festgelegten Strecken dieses Abkommens bis zum Zeitpunkt der Verabschiedung des in Absatz 1 genannten Beschlusses nicht das Recht ein, Rechte der fünften Freiheit auszuüben, einschließlich für Luftfahrtunternehmen Georgiens zwischen Punkten innerhalb des Gebiets der Europäischen Union.
Alle Verkehrsrechte, die jedoch durch ein bilaterales Abkommen zwischen Georgien und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union gewährt wurden, können weiterhin wahrgenommen werden, sofern keine Diskriminierung zwischen Luftfahrtunternehmen der Europäischen Union aufgrund der Nationalität stattfindet.
3. Die Umsetzung der Rechtsvorschriften zur Luftsicherheit durch Georgien unterliegt einer Bewertung unter der Zuständigkeit der Europäischen Union, die durch einen Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses zu bestätigen ist. Eine solche Bewertung wird spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens vorgenommen. In der Zwischenzeit setzt Georgien das ECAC-Dokument 30 um.
4. Am Ende des Übergangszeitraums wird vorbehaltlich einer Vereinbarung über den Austausch sensibler Sicherheitsinformationen einschließlich der Geheimhaltung unterliegender EU-Informationen der vertrauliche Teil der Rechtsvorschriften zur Luftsicherheit nach Teil D von Anhang III der zuständigen Behörde Georgiens zugänglich gemacht.
5. Der schrittweise Übergang Georgiens zur vollständigen Anwendung der in Anhang III aufgeführten Rechtsvorschriften der Europäischen Union im Luftfahrtbereich kann einer regel-

mäßigen Bewertung unterzogen werden. Die Bewertungen werden von der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit Georgien vorgenommen.

6. Ab dem Zeitpunkt des in Absatz 1 genannten Beschlusses wendet Georgien Betriebsgenehmigungsvorschriften an, die im Wesentlichen denen von Kapitel II der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. September 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft gleichwertig sind. Die Bestimmungen von Artikel 4 dieses Abkommens hinsichtlich der gegenseitigen Anerkennung von Feststellungen der Eignung und/oder Staatszugehörigkeit, die von den zuständigen Behörden Georgiens getroffen werden, werden von den zuständigen Behörden der Europäischen Union angewendet, nachdem der Gemeinsame Ausschuss bestätigt hat, dass Georgien solche Betriebsgenehmigungsvorschriften uneingeschränkt anwendet.
7. Unbeschadet eines Beschlusses im Gemeinsamen Ausschuss oder nach Artikel 24 (Schutzmaßnahmen) kann die Lufttüchtigkeit von Luftfahrzeugen, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung im Register Georgiens eingetragen sind und von Betreibern eingesetzt werden, die der Regulierungsaufsicht durch Georgien unterliegen, und für die von der EASA keine Musterzulassung gemäß den einschlägigen EU-Rechtsvorschriften in Teil C von Anhang III erteilt wurde, unter der Zuständigkeit der zuständigen Behörden Georgiens gemäß den anwendbaren nationalen Anforderungen Georgiens verwaltet werden bis
 - a) 1. Januar 2015 für bestimmte Luftfahrzeuge, die für Nurfrachtbetrieb eingesetzt werden,
 - b) 31. Dezember 2019 für bestimmte Drehflügler und Leicht- und Ultraleichtflugzeuge, die für Einsätze wie Suche und Rettung, Luftarbeit, Schulung, Notfälle, Landwirtschaftsflüge und humanitäre Hilfsflüge gemäß den Betriebszulassungen der betreffenden Luftfahrtunternehmen verwendet werden. Für solche Luftfahrzeuge werden keine zusätzlichen Rechte nach diesem Abkommen gewährt, nachdem der in Absatz 1 genannte Beschluss verabschiedet wurde.

Anhang III

(unterliegt der regelmäßigen Aktualisierung)

Anwendbare Vorschriften für die Zivilluftfahrt

Die „anwendbaren Bestimmungen“ der nachfolgenden Rechtsakte sind gemäß diesem Abkommen anwendbar, sofern in diesem Anhang oder in Anhang II (Übergangsbestimmungen) nichts anderes bestimmt ist. Gegebenenfalls sind im Folgenden bestimmte Anpassungen für einzelne Rechtsakte aufgeführt.

A. Marktzugang und zugehörige Fragen

Nr. 95/93

Verordnung (EWG) Nr. 95/93 des Rates vom 18. Januar 1993 über gemeinsame Regeln für die Zuweisung von Zeitnischen auf Flughäfen in der Gemeinschaft, geändert durch

Verordnung (EG) Nr. 894/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Mai 2002 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 95/93 des Rates

Verordnung (EG) Nr. 1554/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juli 2003 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 95/93 des Rates

Verordnung (EG) Nr. 793/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 95/93 des Rates

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 12 und Artikel 14a Absatz 2

Bezüglich der Anwendung von Artikel 12 Absatz 2 ist „Kommission“ durch den Ausdruck „Gemeinsamer Ausschuss“ in der jeweils zutreffenden Beugungsform zu ersetzen.

Nr. 96/67

Richtlinie 96/67/EG des Rates vom 15. Oktober 1996 über den Zugang zum Markt der Bodenabfertigungsdienste auf den Flughäfen der Gemeinschaft

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 25 und Anhang

Bezüglich der Anwendung von Artikel 10 ist „Mitgliedstaaten“ durch den Ausdruck „Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ zu ersetzen.

Bezüglich der Anwendung von Artikel 20 Absatz 2 ist „Kommission“ durch den Ausdruck „Gemeinsamer Ausschuss“ in der jeweils zutreffenden Beugungsform zu ersetzen.

Nr. 785/2004

Verordnung (EG) Nr. 785/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Versicherungsanforderungen an Luftfahrtunternehmen und Luftfahrzeugbetreiber

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 8 und Artikel 10 Absatz 2

Nr. 2009/12

Richtlinie 2009/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über Flughafenentgelte

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 12

B. Flugverkehrsmanagement

Nr. 549/2004

Verordnung (EG) Nr. 549/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 zur Festlegung des Rahmens für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums („Rahmenverordnung“)

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 4, 6 und 9 bis 14

Nr. 550/2004

Verordnung (EG) Nr. 550/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 über die Erbringung von Flugsicherungsdiensten im einheitlichen europäischen Luftraum („Flugsicherungsdienste-Verordnung“)

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 19, Anhänge I und II

Nr. 551/2004

Verordnung (EG) Nr. 551/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 über die Ordnung und Nutzung des Luftraums im einheitlichen europäischen Luftraum („Luftraum-Verordnung“)

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 11

Nr. 552/2004

Verordnung (EG) Nr. 552/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 über die Interoperabilität des europäischen Flugverkehrsmanagementsnetzes („Interoperabilitäts-Verordnung“)

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 12, Anhänge I bis V

Nr. 2096/2005

Verordnung (EG) Nr. 2096/2005 der Kommission vom 20. Dezember 2005 zur Festlegung gemeinsamer Anforderungen bezüglich der Erbringung von Flugsicherungsdiensten,

geändert durch:

Verordnung (EG) Nr. 1315/2007 der Kommission vom 8. November 2007 über die Sicherheitsaufsicht im Bereich des Flugverkehrsmanagements und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2096/2005 der Kommission

Verordnung (EG) Nr. 482/2008 der Kommission vom 30. Mai 2008 über die Einrichtung eines Systems zur Gewährleistung der Software-Sicherheit durch Flugsicherungsorganisationen und zur Änderung von Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 2096/2005

Verordnung (EG) Nr. 668/2008 der Kommission vom 15. Juli 2008 zur Änderung der Anhänge II bis V der Verordnung (EG) Nr. 2096/2005 der Kommission zur Festlegung gemeinsamer Anforderungen bezüglich der Erbringung von Flugsicherungsdiensten, betreffend Arbeitsmethoden und Betriebsverfahren

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 9, Anhänge I bis V

Nr. 2150/2005

Verordnung (EG) Nr. 2150/2005 der Kommission vom 23. Dezember 2005 über gemeinsame Regeln für die flexible Luftraumnutzung

Nr. 2006/23

Richtlinie 2006/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über eine gemeinschaftliche Fluglotsenlizenz

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 16, Artikel 18, 19 und 20, Anhänge I bis IV

Nr. 730/2006

Verordnung (EG) Nr. 730/2006 der Kommission vom 11. Mai 2006 über die Luftraumklassifizierung und den Zugang von Flügen nach Sichtflugregeln zum Luftraum oberhalb der Flugfläche 195

Nr. 1794/2006

Verordnung (EG) Nr. 1794/2006 der Kommission vom 6. Dezember 2006 zur Einführung einer gemeinsamen Gebührenregelung für Flugsicherungsdienste

Nr. 1033/2006

Verordnung (EG) Nr. 1033/2006 der Kommission vom 4. Juli 2006 zur Festlegung der Anforderungen zu den Verfahren für Flugpläne bei der Flugvorbereitung im Rahmen des einheitlichen europäischen Luftraums

Nr. 1032/2006

Verordnung (EG) Nr. 1032/2006 der Kommission vom 6. Juli 2006 zur Festlegung der Anforderungen an automatische Systeme zum Austausch von Flugdaten für die Benachrichtigung, Koordinierung und Übergabe von Flügen zwischen Flugverkehrskontrollstellen

Nr. 219/2007

Verordnung (EG) Nr. 219/2007 des Rates vom 27. Februar 2007 zur Gründung eines gemeinsamen Unternehmens zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation (SESAR)

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 Absätze 1, 2 sowie 5 bis 7, Artikel 2, Artikel 3, Artikel 4 Absatz 1 und Anhang

Nr. 633/2007

Verordnung (EG) Nr. 633/2007 der Kommission vom 7. Juni 2007 zur Festlegung der Anforderungen an die Anwendung eines Flugnachrichten-Übertragungsprotokolls für die Benachrichtigung, Koordinierung und Übergabe von Flügen zwischen Flugverkehrskontrollstellen

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 7, Artikel 8 Sätze 2 und 3, Anhänge I bis IV

Nr. 1265/2007

Verordnung (EG) Nr. 1265/2007 der Kommission vom 26. Oktober 2007 zur Festlegung der Anforderungen an den Luft-Boden-Sprachkanalabstand im einheitlichen europäischen Luftraum

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 9, Anhänge I bis IV

Nr. 1315/2007

Verordnung (EG) Nr. 1315/2007 der Kommission vom 8. November 2007 über die Sicherheitsaufsicht im Bereich des Flugverkehrsmanagements und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2096/2005 der Kommission

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 15

Nr. 482/2008

Verordnung (EG) Nr. 482/2008 der Kommission vom 30. Mai 2008 über die Einrichtung eines Systems zur Gewährleistung der Software-Sicherheit durch Flugsicherungsorganisationen und zur Änderung von Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 2096/2005

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 5, Anhänge I bis II

Nr. 668/2008

Verordnung (EG) Nr. 668/2008 der Kommission vom 15. Juli 2008 zur Änderung der Anhänge II bis V der Verordnung (EG) Nr. 2096/2005 der Kommission zur Festlegung gemeinsamer Anforderungen bezüglich der Erbringung von Flugsicherungsdiensten, betreffend Arbeitsmethoden und Betriebsverfahren

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 2

Nr. 1361/2008

Verordnung (EG) Nr. 1361/2008 des Rates vom 16. Dezember 2008 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 219/2007 zur Gründung eines gemeinsamen Unternehmens zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation (SESAR)

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 5 (ausgenommen Artikel 1 Absatz 6), Anhang (ausgenommen Nummern 11 und 12)

Nr. 29/2009

Verordnung (EG) Nr. 29/2009 der Kommission vom 16. Januar 2009 zur Festlegung der Anforderungen an Datalink-Dienste im einheitlichen europäischen Luftraum

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 15, Anhänge I bis VII

Nr. 30/2009

Verordnung (EG) Nr. 30/2009 der Kommission vom 16. Januar 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1032/2006 hinsichtlich der Anforderungen an automatische Systeme zum Austausch von Flugdaten bezüglich der Unterstützung von Datalink-Diensten

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 2 und Anhang

Nr. 262/2009

Verordnung (EG) Nr. 262/2009 der Kommission vom 30. März 2009 zur Festlegung der Anforderungen für die koordinierte Zuweisung und Nutzung von Modus-S-Abfragecodes im einheitlichen europäischen Luftraum

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 13, Anhänge I bis III

Nr. 1070/2009

Verordnung (EG) Nr. 1070/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 549/2004, (EG) Nr. 550/2004, (EG) Nr. 551/2004 und (EG) Nr. 552/2004 im Hinblick auf die Verbesserung der Leistung und Nachhaltigkeit des europäischen Luftverkehrssystems

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 5, ausgenommen Artikel 1 Absatz 4

C. Flugsicherheit

Nr. 3922/91

Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 des Rates vom 16. Dezember 1991 zur Harmonisierung der technischen Vorschriften und der Verwaltungsverfahren in der Zivilluftfahrt,

geändert durch:

Verordnung (EG) Nr. 2176/96 der Kommission vom 13. November 1996 zur Anpassung der Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt

Verordnung (EG) Nr. 1069/1999 der Kommission vom 25. Mai 1999 zur Anpassung der Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt

Verordnung (EG) Nr. 2871/2000 der Kommission vom 28. Dezember 2000 zur Anpassung der Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 zur Harmonisierung der technischen Vorschriften und der Verwaltungsvorschriften in der Zivilluftfahrt an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt

Verordnung (EG) Nr. 1592/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2002 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Europäischen Agentur für Flugsicherheit

Verordnung (EWG) Nr. 1899/2006 des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Harmonisierung der technischen Vorschriften und der Verwaltungsverfahren in der Zivilluftfahrt

Verordnung (EG) Nr. 1900/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 des Rates zur Harmonisierung der technischen Vorschriften und der Verwaltungsverfahren in der Zivilluftfahrt

Verordnung (EG) Nr. 8/2008 der Kommission vom 11. Dezember 2007 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 des Rates in Bezug auf gemeinsame technische Vorschriften und Verwaltungsverfahren für den gewerblichen Luftverkehr mit Flächenflugzeugen

Verordnung (EG) Nr. 859/2008 der Kommission vom 20. August 2008 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 des Rates in Bezug auf gemeinsame technische Vorschriften und Verwaltungsverfahren für den gewerblichen Luftverkehr mit Flächenflugzeugen

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 10, 12 und 13, ausgenommen Artikel 4 Absatz 1 und Artikel 8 Absatz 2 Satz 2, Anhänge I bis III

Bezüglich der Anwendung von Artikel 12 ist „Mitgliedstaaten“ durch den Ausdruck „Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ zu ersetzen.

Nr. 216/2008

Verordnung (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Europäischen Agentur für Flugsicherheit, zur Aufhebung der Richtlinie 91/670/EWG des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1592/2002 und der Richtlinie 2004/36/EG

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 68, ausgenommen Artikel 65, Artikel 69 Absatz 1 Unterabsatz 2, Artikel 69 Absatz 4, Anhänge I bis VI,

geändert durch:

Verordnung (EG) Nr. 690/2009 der Kommission vom 30. Juli 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Europäischen Agentur für Flugsicherheit, zur Aufhebung der Richtlinie 91/670/EWG des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1592/2002 und der Richtlinie 2004/36/EG

Verordnung (EG) Nr. 1108/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 216/2008 in Bezug auf Flugplätze, Flugverkehrsmanagement und Flugsicherungsdienste sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2006/23/EG

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 3 (ausgenommen Artikel 1 Absatz 7 zur Einführung der neuen Artikel 8a Absatz 5, Artikel 8b Absatz 6 und Artikel 8c Absatz 10), Anhang

Nr. 94/56

Richtlinie 94/56/EG des Rates vom 21. November 1994 über Grundsätze für die Untersuchung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 12

Nr. 2003/42

Richtlinie 2003/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2003 über die Meldung von Ereignissen in der Zivilluftfahrt

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 11, Anhänge I und II

Nr. 1321/2007

Verordnung (EG) Nr. 1321/2007 der Kommission vom 12. November 2007 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen für die Zusammenführung der gemäß der Richtlinie 2003/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ausgetauschten Informationen über Ereignisse in der Zivilluftfahrt in einem Zentralspeicher

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 4

Nr. 1330/2007

Verordnung (EG) Nr. 1330/2007 der Kommission vom 24. September 2007 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen für die Weitergabe von Informationen über Ereignisse in der Zivilluftfahrt an interessierte Kreise nach Artikel 7 Absatz 2 der Richtlinie 2003/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 10, Anhänge I bis II

Nr. 1702/2003

Verordnung (EG) Nr. 1702/2003 der Kommission vom 24. September 2003 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen für die Erteilung von Lufttüchtigkeits- und Umweltzeugnissen für Luftfahrzeuge und zugehörige Erzeugnisse, Teile und Ausrüstungen sowie für die Zulassung von Entwicklungs- und Herstellungsbetrieben,

geändert durch:

Verordnung (EG) Nr. 381/2005 der Kommission vom 7. März 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1702/2003

Verordnung (EG) Nr. 706/2006 der Kommission vom 8. Mai 2006 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1702/2003 in Bezug auf den Zeitraum, in dem die Mitgliedstaaten Genehmigungen für einen begrenzten Zeitraum ausstellen können

Verordnung (EG) Nr. 335/2007 der Kommission vom 28. März 2007 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1702/2003 hinsichtlich der Durchführungsbestimmungen für die Erteilung von Umweltzeugnissen für Luftfahrzeuge und zugehörige Erzeugnisse, Teile und Ausrüstungen

Verordnung (EG) Nr. 375/2007 der Kommission vom 30. März 2007 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1702/2003 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen für die Erteilung von Lufttüchtigkeits- und Umweltzeugnissen für Luftfahrzeuge und zugehörige Erzeugnisse, Teile und Ausrüstungen sowie für die Zulassung von Entwicklungs- und Herstellungsbetrieben

Verordnung (EG) Nr. 287/2008 der Kommission vom 28. März 2008 zur Verlängerung der in Artikel 2c Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1702/2003 vorgesehenen Gültigkeitsdauer

Verordnung (EG) Nr. 1057/2008 der Kommission vom 27. Oktober 2008 zur Änderung von Anlage II des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 1702/2003 betreffend die Bescheinigung über die Prüfung der Lufttüchtigkeit (EASA-Formular 15a)

Verordnung (EG) Nr. 1194/2009 der Kommission vom 30. November 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1702/2003 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen für die Erteilung von Lufttüchtigkeits- und Umweltzeugnissen für Luftfahrzeuge und zugehörige Erzeugnisse, Teile und Ausrüstungen sowie für die Zulassung von Entwicklungs- und Herstellungsbetrieben

Anmerkung: Berichtigt durch die Berichtigung zur Verordnung (EG) Nr. 1194/2009 der Kommission vom 30. November 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1702/2003 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen für die Erteilung von Lufttüchtigkeits- und Umweltzeugnissen für Luftfahrzeuge und zugehörige Erzeugnisse, Teile und Ausrüstungen sowie für die Zulassung von Entwicklungs- und Herstellungsbetrieben (ABl. L 321 vom 8.12.2009)

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 4 und Anhang. Die in dieser Verordnung genannten Übergangsfristen werden vom Gemeinsamen Ausschuss festgelegt.

Nr. 2042/2003

Verordnung (EG) Nr. 2042/2003 der Kommission vom 20. November 2003 über die Aufrechterhaltung der Lufttüchtigkeit von Luftfahrzeugen und luftfahrttechnischen Erzeugnissen, Teilen und Ausrüstungen und die Erteilung von Genehmigungen für Organisationen und Personen, die diese Tätigkeiten ausführen,

geändert durch:

Verordnung (EG) Nr. 707/2006 der Kommission vom 8. Mai 2006 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2042/2003 in Bezug auf befristete Zulassungen und die Anhänge I und III

Verordnung (EG) Nr. 376/2007 der Kommission vom 30. März 2007 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2042/2003 über die Aufrechterhaltung der Lufttüchtigkeit von Luftfahrzeugen und luftfahrttechnischen Erzeugnissen, Teilen und Ausrüstungen und die Erteilung von Genehmigungen für Organisationen und Personen, die diese Tätigkeiten ausführen

Verordnung (EG) Nr. 1056/2008 der Kommission vom 27. Oktober 2008 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2042/2003 über die Aufrechterhaltung der Lufttüchtigkeit von Luftfahrzeugen und luftfahrttechnischen Erzeugnissen, Teilen und Ausrüstungen und die Erteilung von Genehmigungen für Organisationen und Personen, die diese Tätigkeiten ausführen

Verordnung (EG) Nr. 127/2010 vom 5. Februar 2010 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2042/2003 über die Aufrechterhaltung der Lufttüchtigkeit von Luftfahrzeugen und luftfahrttechnischen Erzeugnissen, Teilen und Ausrüstungen und die Erteilung von Genehmigungen für Organisationen und Personen, die diese Tätigkeiten ausführen

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 6, Anhänge I bis IV
Nr. 104/2004

Verordnung (EG) Nr. 104/2004 der Kommission vom 22. Januar 2004 zur Festlegung von Vorschriften für Organisation und Besetzung der Beschwerdekammer der Europäischen Agentur für Flugsicherheit

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 7 und Anhang
Nr. 593/2007

Verordnung (EG) Nr. 593/2007 der Kommission vom 31. Mai 2007 über die von der Europäischen Agentur für Flugsicherheit erhobenen Gebühren und Entgelte,

geändert durch:

Verordnung (EG) Nr. 1356/2008 der Kommission vom 23. Dezember 2008 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 593/2007 über die von der Europäischen Agentur für Flugsicherheit erhobenen Gebühren und Entgelte

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 12, Artikel 14 Absatz 2 und Anhang

Nr. 736/2006

Verordnung (EG) Nr. 736/2006 der Kommission vom 16. Mai 2006 über die Arbeitsweise der Europäischen Agentur für Flugsicherheit bei Inspektionen zur Kontrolle der Normung

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 18

Nr. 768/2006

Verordnung (EG) Nr. 768/2006 der Kommission vom 19. Mai 2006 zur Umsetzung der Richtlinie 2004/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Erhebung und des Austauschs von Informationen über die Sicherheit von Luftfahrzeugen, die Flughäfen in der Gemeinschaft anfliegen, und der Verwaltung des Informationssystems

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 5

Nr. 2111/2005

Verordnung (EG) Nr. 2111/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2005 über die Erstellung einer gemeinschaftlichen Liste der Luftfahrtunternehmen, gegen die in der Gemeinschaft eine Betriebsuntersagung ergangen ist, sowie über die Unterrichtung von Fluggästen über die Identität des ausführenden Luftfahrtunternehmens und zur Aufhebung des Artikels 9 der Richtlinie 2004/36/EG

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 13 und Anhang

Verordnung (EG) Nr. 473/2006 der Kommission vom 22. März 2006 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen bezüglich der in Kapitel II der Verordnung (EG) Nr. 2111/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates genannten gemeinschaftlichen Liste der Luftfahrtunternehmen, gegen die in der Gemeinschaft eine Betriebsuntersagung ergangen ist

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 6, Anhänge A bis C

Verordnung (EG) Nr. 474/2006 der Kommission vom 22. März 2006 zur Erstellung der in Kapitel II der Verordnung (EG) Nr. 2111/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates

genannten gemeinschaftlichen Liste der Luftfahrtunternehmen, gegen die in der Gemeinschaft eine Betriebsuntersagung ergangen ist, in der geänderten Fassung

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 3, Anhänge A und B

D. Luftsicherheit

Nr. 300/2008

Verordnung (EG) Nr. 300/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2320/2002

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 18, Artikel 21, Anhang
Nr. 18/2010

Verordnung (EU) Nr. 18/2010 der Kommission vom 8. Januar 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 300/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Spezifikationen für nationale Qualitätskontrollprogramme im Bereich der Luftsicherheit in der Zivilluftfahrt

Nr. 272/2009

Verordnung (EG) Nr. 272/2009 der Kommission vom 2. April 2009 zur Ergänzung der im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 300/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten gemeinsamen Grundstandards für die Sicherheit der Zivilluftfahrt

Nr. 1254/2009

Verordnung (EU) Nr. 1254/2009 der Kommission vom 18. Dezember 2009 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen die Mitgliedstaaten von den gemeinsamen Grundnormen für die Luftsicherheit in der Zivilluftfahrt abweichen und alternative Sicherheitsmaßnahmen treffen können

Verordnung (EU) Nr. 185/2010 der Kommission vom 4. März 2010 zur Festlegung detaillierter Maßnahmen für die Durchführung der gemeinsamen Grundstandards für die Luftsicherheit

Beschluss (EU) Nr. K (2010) 774 der Kommission vom 13. April 2010 zur Festlegung detaillierter Maßnahmen für die Durchführung der gemeinsamen Grundstandards für die Luftsicherheit mit Informationen nach Artikel 18 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 300/2008

E. Umwelt

Nr. 2006/93

Richtlinie 2006/93/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Regelung des Betriebs von Flugzeugen des Teils II Kapitel 3 Band 1 des Anhangs 16 zum Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt, 2. Ausgabe

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 6, Anhänge I und II

Nr. 2002/30

Richtlinie 2002/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. März 2002 über Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen der Gemeinschaft, geändert oder angepasst durch die Beitrittsakte von 2003 und die Beitrittsakte von 2005

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 15, Anhänge I und II

Nr. 2002/49

Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 16, Anhänge I bis VI

F. Soziale Aspekte

Nr. 2000/79

Richtlinie 2000/79/EG des Rates vom 27. November 2000 über die Durchführung der von der Vereinigung Europäischer Flug-

gesellschaften (AEA), der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF), der European Cockpit Association (ECA), der European Regions Airline Association (ERA) und der International Air Carrier Association (IACA) geschlossenen Europäischen Vereinbarung über die Arbeitszeitorganisation für das fliegende Personal der Zivilluftfahrt

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 2 bis 3 und Anhang

Nr. 2003/88

Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 19, 21 bis 24 und 26 bis 29

G. Verbraucherschutz

Nr. 90/314

Richtlinie 90/314/EWG des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 10

Nr. 95/46

Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 34

Nr. 2027/97

Verordnung (EG) Nr. 2027/97 des Rates vom 9. Oktober 1997 über die Haftung von Luftfahrtunternehmen bei Unfällen, geändert durch

Verordnung (EG) Nr. 889/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Mai 2002 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2027/97

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 8

Nr. 261/2004

Verordnung (EG) Nr. 261/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annulierung oder großer Verspätung von Flügen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 295/91

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 17

Nr. 1107/2006

Verordnung (EG) Nr. 1107/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über die Rechte von behinderten Flugreisenden und Flugreisenden mit eingeschränkter Mobilität

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 17, Anhänge I und II

H. Sonstige Rechtsvorschriften

Nr. 80/2009

Verordnung (EG) Nr. 80/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Januar 2009 über einen Verhaltenskodex in Bezug auf Computerreservierungssysteme und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2299/89 des Rates

Anwendbare Bestimmungen: Artikel 1 bis 18, Anhänge I und II

Anhang IV

**Liste der anderen Staaten
nach Artikel 3 und 5 sowie Anhang I**

1. Republik Island (gemäß dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum)
2. Fürstentum Liechtenstein (gemäß dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum)
3. Königreich Norwegen (gemäß dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum)
4. Schweizerische Eidgenossenschaft (gemäß dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft).

**Verordnung
zu dem Abkommen vom 27. Februar 2014
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Ungarn
über den vorübergehenden Aufenthalt von Mitgliedern
der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland
und der Streitkräfte von Ungarn
im Hoheitsgebiet des jeweils anderen Staats
(Verordnung zum deutsch-ungarischen Streitkräfteaufenthaltsabkommen)**

Vom 17. September 2014

Auf Grund des Artikels 1 Absatz 1 des Streitkräfteaufenthaltsgesetzes vom 20. Juli 1995 (BGBl. 1995 II S. 554) und des Artikels 3 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes zum PfP-Truppenstatut vom 9. Juli 1998 (BGBl. 1998 II S. 1338) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Das in Budapest am 27. Februar 2014 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Ungarn über den vorübergehenden Aufenthalt von Mitgliedern der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland und der Streitkräfte von Ungarn im Hoheitsgebiet des jeweils anderen Staats (deutsch-ungarisches Streitkräfteaufenthaltsabkommen) wird hiermit in Kraft gesetzt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem das deutsch-ungarische Streitkräfteaufenthaltsabkommen nach seinem Artikel 15 Absatz 1 in Kraft tritt.
- (2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem das deutsch-ungarische Streitkräfteaufenthaltsabkommen außer Kraft tritt.
- (3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Berlin, den 17. September 2014

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin der Verteidigung
Ursula von der Leyen

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Ungarn
über den vorübergehenden Aufenthalt von Mitgliedern
der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland
und der Streitkräfte von Ungarn
im Hoheitsgebiet des jeweils anderen Staats
(deutsch-ungarisches Streitkräfteaufenthaltsabkommen)**

**Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of Hungary
concerning Temporary Stays of Members of the
Armed Forces of the Federal Republic of Germany
and of the Defence Forces of Hungary
in the Territory of the Other State
(German-Hungarian Visiting Forces Agreement)**

**Megállapodás
a Németországi Szövetségi Köztársaság Kormánya
és Magyarország Kormánya
között a Németországi Szövetségi Köztársaság fegyveres
erői és Magyarország fegyveres
erői tagjainak a másik állam
területén történő ideiglenes tartózkodásáról
(Német-magyar katonai jogállási megállapodás)**

Die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung von Ungarn
(zusammen als
„Vertragsparteien“ bezeichnet) –

im Hinblick auf das am 19. Juni 1951
in London beschlossene Abkommen zwi-
schen den Parteien des Nordatlantikvertrags
über die Rechtsstellung ihrer Truppen (im
Folgenden als „NATO-Truppenstatut“ be-
zeichnet),

in dem Bestreben, ergänzende Regelun-
gen über den vorübergehenden Aufenthalt
von Mitgliedern der deutschen Streitkräfte
in Ungarn und von Mitgliedern der Streit-
kräfte von Ungarn in der Bundesrepublik
Deutschland zu treffen,

davon ausgehend, dass dieses Abkom-
men die Rechte und Verpflichtungen der
Vertragsparteien aus völkerrechtlichen Ver-
einbarungen über die Errichtung interna-
tionaler Gerichte einschließlich des Römi-
schen Statuts des Internationalen Straf-
gerichtshofs unberührt lässt –

sind wie folgt übereingekommen:

The Government of the
Federal Republic of Germany
and
the Government of Hungary
(together referred to as the “Parties”) –

considering the Agreement between the
Parties to the North Atlantic Treaty regard-
ing the Status of their Forces, done at Lon-
don on 19 June 1951 (hereinafter: “NATO
SOFA”),

desiring to establish supplementary rules
for temporary stays of members of the
German Armed Forces in Hungary and
members of the Defence Forces of Hungary
in the Federal Republic of Germany,

considering that under the provisions
of the present Agreement, the rights and
obligations of the Parties under interna-
tional agreements establishing international
tribunals, including the Rome Statute of the
International Criminal Court, shall remain
unaffected –

have agreed as follows:

A Németországi
Szövetségi Köztársaság Kormánya
és
Magyarország Kormánya
(a továbbiakban együttesen: “Felek”),

tekintettel az Észak-atlanti Szerződés
részес államai között, fegyveres erői jogál-
lásáról 1951. június 19-én Londonban létre-
jött megállapodásra (a továbbiakban: NATO
SOFA),

attól az óhajtól vezérelve, hogy megte-
remtsék a Németországi Szövetségi Köztár-
saság fegyveres ereje tagjainak Magyar-
ország és Magyarország fegyveres ereje
tagjainak a Németországi Szövetségi Köz-
társaság területén történő ideiglenes tartóz-
kodásainak kiegészítő szabályait,

tekintettel arra, hogy jelen Megállapodás
rendelkezései nem érintik a Felek nemzet-
közi törvényszékeket létrehozó nemzetközi
megállapodásokból, beleértve a Nemzet-
közi Büntetőbíróság Római Statútumát is,
eredő jogait és kötelezettségeit,

az alábbiakban állapodtak meg:

Artikel 1**Begriffsbestimmungen**

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren, dass die in Artikel I Absatz 1 des NATO-Truppenstatuts festgelegten Begriffe und Begriffsbestimmungen für dieses Abkommen gelten.

(2) Der Begriff „Mitglieder der Streitkräfte“ bezeichnet die Angehörigen der Truppe der Vertragsparteien sowie deren ziviles Gefolge.

Artikel 2**Zweck des Abkommens**

(1) Der Zweck dieses Abkommens erstreckt sich auf die Einreise von Mitgliedern der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland (Bundeswehr) und der Streitkräfte von Ungarn (im Folgenden zusammen als „Streitkräfte“ bezeichnet) in das und ihre Ausreise aus dem Hoheitsgebiet des jeweils anderen Staats sowie ihren vorübergehenden Aufenthalt darin.

(2) Das NATO-Truppenstatut bleibt durch dieses Abkommen unberührt.

Artikel 3**Art, Umfang und Dauer des Aufenthalts**

(1) Vorübergehende Aufenthalte von Mitgliedern der Streitkräfte im Sinne dieses Abkommens werden durchgeführt für Übungen, Ausbildung von Einheiten und Durchreise auf dem Landwege sowie für die Durchführung humanitärer Aktionen und von Such- und Rettungsaktionen unter der Verantwortung der zuständigen Behörden des Aufnahmestaats mit einem Umfang von bis zu dreitausend (3 000) Mitgliedern der Streitkräfte des Entsendestaats und einer Aufenthaltsdauer, die in der Regel dreißig (30) Tage nicht überschreitet.

(2) Für einzelne Mitglieder der Streitkräfte in Verbindungs- und Beratungsfunktionen sowie zum Zweck der Ausbildung können Aufenthalte von bis zu zwei (2) Jahren mit der Möglichkeit der Verlängerung vereinbart werden.

(3) Einzelheiten zu Art, Umfang und Dauer dieser Aufenthalte werden zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien abgestimmt.

Artikel 4**Bedingungen für Einreise, Ausreise und Aufenthalt**

(1) Unbeschadet des Artikels III des NATO-Truppenstatuts gelten für die Genehmigung der Ein- und Ausreise und des vorübergehenden Aufenthalts von Mitgliedern der Streitkräfte des Entsendestaats im Sinne dieses Abkommens die innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Aufnahmestaats.

(2) Hinsichtlich der von den Streitkräften des Entsendestaats in den Aufnahmestaat

Article 1**Definitions**

(1) The Parties agree that the terms and definitions determined in Article I paragraph 1 of the NATO SOFA shall apply to the terms in the present Agreement.

(2) The term “members of the Armed Forces” shall mean the members of the force of the Parties and their civilian component.

Article 2**Purpose of the Agreement**

(1) The purpose of the present Agreement extends to the entry, exit and temporary stay of members of the Armed Forces of the Federal Republic of Germany (Bundeswehr) and the Defence Forces of Hungary (hereinafter together: “Armed Forces”) in the territory of the other State.

(2) The provisions of the NATO SOFA shall remain unaffected by the provisions of this Agreement.

Article 3**Type, Scope and Duration of Stays**

(1) Temporary stays of members of the Armed Forces under this Agreement shall serve the purpose of exercises, training of units and transit by land as well as carrying out humanitarian relief actions and search and rescue operations under the responsibility of the competent authorities of the Receiving State with up to three thousand (3,000) members of the Armed Forces of the Sending State for a duration of stay which shall as a general rule not exceed thirty (30) days.

(2) For individual members of the Armed Forces performing liaison and advisory functions and for training purposes, stays of up to two (2) years' duration with an option for extension may be agreed.

(3) Details concerning the type, scope and duration of these stays shall be coordinated between the competent authorities of the Parties.

Article 4**Terms of Entry, Exit and Stay**

(1) Notwithstanding the provisions in Article III of the NATO SOFA, authorisation for entry, exit and temporary stay of members of the Armed Forces of the Sending State under the present Agreement shall be governed by the national legal provisions of the Receiving State.

(2) With regard to the weapons imported into or carried within the Receiving State by

1. cikk**Értelmező rendelkezések**

(1) A Felek megállapodnak, hogy jelen Megállapodás tekintetében a NATO SOFA I. cikk (1) bekezdésében szereplő fogalmakat és meghatározásokat alkalmazzák.

(2) A “fegyveres erők tagjai” kifejezés alatt a Felek fegyveres erői személyi állományának katona és polgári jogállású tagjait kell érteni.

2. cikk**A Megállapodás tárgya**

(1) Jelen Megállapodás tárgya kiterjed a Németországi Szövetségi Köztársaság Fegyveres Ereje (Bundeswehr) és a Magyar Honvédség (a továbbiakban együttesen: “Fegyveres Erők”) tagjainak a másik állam területére történő beutazására, az onnan történő kiutazására és ideiglenes tartózkodására.

(2) Jelen Megállapodás rendelkezései nem érintik a NATO SOFA rendelkezéseit.

3. cikk**A tartózkodások fajtája, célja és időtartama**

(1) A Fegyveres Erők tagjainak jelen Megállapodás szerinti ideiglenes tartózkodásai gyakorlatok, katonai szervezetek kiképzéseinek, valamint szárazföldi áthalandásainak, továbbá a Fogadó Állam illetékes hatóságainak felelősségi körében végrehajtandó humanitárius segítségnyújtási tevékenységeknek és kutató-mentő műveleteknek a végrehajtását szolgálják, amely tevékenységekben a Küldő Állam fegyveres erőinek legfeljebb háromezer (3000) tagja vesz részt, általános szabályként harminc (30) napot nem meghaladó időtartamban.

(2) A Fegyveres Erők egyéni összekötői és tanácsadói beosztásokban szolgáló, valamint képzésben részt vevő egyes tagjai vonatkozásában legfeljebb két (2) év, megosszabbítatható időtartamú tartózkodásban is meg lehet állapodni.

(3) A felsorolt tartózkodások fajtának, céljának és időtartamának részleteit a Felek illetékes hatóságai egyeztetik.

4. cikk**A be- és kiutazás és a tartózkodás szabályai**

(1) A NATO SOFA III. cikkének rendelkezései nem érintve, a Küldő Állam fegyveres erői tagjainak jelen Megállapodás szerinti be- és kiutazásának és ideiglenes tartózkodásának engedélyezése tekintetében a Fogadó Állam nemzeti jogszabályait kell alkalmazni.

(2) A Küldő Állam fegyveres erői által a Fogadó Államba behozott vagy ott szállított

eingeführten oder dort mitgeführten Waffen gelten folgende Bestimmungen:

a) Die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland legen im Benehmen mit den zuständigen Stellen von Ungarn Anzahl und Art der Kriegs- und sonstigen Waffen, die in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt oder dort mitgeführt werden können, sowie die Vorgaben hinsichtlich der Erfassung beziehungsweise Meldung dieser Waffen fest. Die nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland erforderlichen kriegswaffenkontrollrechtlichen Genehmigungen für die von den Streitkräften von Ungarn ein- oder mitgeführten Kriegswaffen (nach Teil B der Kriegswaffenliste – Anlage zu § 1 Absatz 1 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen – soweit es sich bei diesen nicht um Antipersonenminen oder Streumunition handelt) sowie die außenwirtschaftlichen Genehmigungen gelten als erteilt. Atomwaffen, biologische und chemische Waffen (Teil A der Kriegswaffenliste) sowie Antipersonenminen und Streumunition dürfen von den Streitkräften von Ungarn weder in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt noch im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland mitgeführt werden.

b) Die zuständigen Behörden von Ungarn verlangen keine Genehmigungen oder Zulassungen für Waffen, die von den Streitkräften der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen dieses Abkommens in das Hoheitsgebiet von Ungarn eingeführt oder verbracht beziehungsweise in ihm mitgeführt werden. Die zuständigen Behörden von Ungarn können im Benehmen mit den zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland Anzahl und Art sowie die Vorgaben hinsichtlich der Erfassung beziehungsweise Meldung dieser Waffen festlegen. Die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland oder ihre Beauftragten sind nicht befugt, Atomwaffen, biologische oder chemische Waffen, Antipersonenminen oder Streumunition in das Hoheitsgebiet von Ungarn einzuführen oder zu verbringen beziehungsweise in ihm mitzuführen.

the Armed Forces of the Sending State, the following provisions shall apply:

a) The competent authorities of the Federal Republic of Germany shall specify, in consultation with the competent authorities of Hungary, the number and type of war weapons and other weapons imported into or carried within the Federal Republic of Germany as well as the registration and/or reporting requirements for such weapons. Licences required under the war weapons control legislation of the Federal Republic of Germany, as well as foreign trade licences, shall be deemed to have been granted for any war weapons (pursuant to Part B of the War Weapons List – Annex to section 1 paragraph 1 of the War Weapons Control Act – as far as the war weapons in question are neither antipersonnel mines nor cluster munitions) that members of the Defence Forces of Hungary will import or carry. Nuclear, biological and chemical weapons (Part A of the War Weapons List) as well as antipersonnel mines and cluster munitions, must not be imported by the Defence Forces of Hungary into the Federal Republic of Germany or carried on the territory of the Federal Republic of Germany.

b) The competent authorities of Hungary shall not require any licences or permits for weapons imported, brought into or carried within the territory of Hungary by the Armed Forces of the Federal Republic of Germany within the framework of this Agreement. The competent authorities of Hungary, in consultation with the competent authorities of the Federal Republic of Germany, may determine the quantity, type of as well as the registration and/or reporting requirements for such weapons. The Armed Forces of the Federal Republic of Germany or agents thereof are not authorised to import, bring into or carry within the territory of Hungary any nuclear, biological or chemical weapons, antipersonnel mines or cluster munitions.

fegyverekre az alábbi rendelkezések vonatkoznak:

a) A Németországi Szövetségi Köztársaság illetékes hatóságai Magyarország illetékes hatóságaival konzultálva meghatározzák a Németországi Szövetségi Köztársaságba behozható vagy annak területén szállítható háborús és egyéb fegyverek mennyiségét és típusait, valamint az e fegyverekre érvényes nyilvántartási, illetve bejelentési követelményeket. A Németországi Szövetségi Köztársaság háborús fegyverek ellenőrzéséről szóló törvényei rendelkezéseinek értelmében szükséges, valamint a külkereskedelmi engedélyeket megadottan kell tekinteni Magyarország fegyveres erői tagjai által behozatalra vagy szállításra kerülő valamennyi háborús fegyver vonatkozásában (a háborús fegyverek ellenőrzéséről szóló törvény 1 § (1) bekezdéséhez tartozó melléklet – Háborús Fegyverek Jegyzéke B része szerint), amennyiben e fegyverek nem gyalogsági taposóaknak vagy kazettás lőszerek. Magyarország fegyveres erői nem szállíthatnak be a Németországi Szövetségi Köztársaság területére vagy nem szállíthatnak a Németországi Szövetségi Köztársaság területén nukleáris, biológiai és vegyi fegyvereket (Háborús Fegyverek Jegyzéke A rész), valamint gyalogsági taposóaknakat és kazettás lőszereket.

b) Magyarország illetékes hatósai a jelen megállapodás keretében a Németországi Szövetségi Köztársaság fegyveres erői által Magyarország területére behozott, beszállított vagy Magyarország területén szállított fegyverek vonatkozásában nem követelhetnek engedélyeket vagy jóváhagyásokat. Magyarország illetékes hatóságai a Németországi Szövetségi Köztársaság illetékes hatóságaival konzultálva meghatározzák e fegyverek mennyiségét és típusait, valamint az e fegyverekre érvényes nyilvántartási, illetve bejelentési követelményeket. A Németországi Szövetségi Köztársaság fegyveres erői vagy az annak nevében eljáró személyek nem jogosultak Magyarország területére nukleáris, biológiai és vegyi fegyvereket, valamint gyalogsági taposóaknakat és kazettás lőszereket behozni, beszállítani vagy Magyarország területén szállítani.

Artikel 5

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Wird die öffentliche Sicherheit oder Ordnung des Aufnahmestaats durch ein Mitglied der Streitkräfte des Entsendestaats gefährdet, so kann der Aufnahmestaat die unverzügliche Entfernung dieses Mitglieds aus dem Hoheitsgebiet des Aufnahmestaats verlangen. Die Behörden des Entsendestaats kommen solchen Entfernungsersuchen innerhalb von dreißig (30) Tagen nach.

Article 5

Public Security and Order

Should public security and order of the Receiving State be threatened by a member of the Sending State's Armed Forces, the Receiving State may demand the immediate removal of that member from the territory of the Receiving State. The Sending State's authorities shall comply with such demands for removal within thirty (30) days.

5. cikk

Közrend és közbiztonság

Amenyiben a Küldő Állam fegyveres erejének valamely tagja veszélyezteti a Fogadó Állam közbiztonságát vagy közrendjét, úgy a Fogadó Állam jogosult az érintett személynek a Fogadó Állam területéről való haladéktalan távozását kérni. A Küldő Állam hatóságai a távozásra vonatkozó igényeknek harminc (30) napon belül eleget tesznek.

Artikel 6**Gesundheitswesen**

(1) Der Entsendestaat verpflichtet sich zur Beachtung der internationalen Gesundheitsvorschriften und der Gesundheitsvorschriften des Aufnahmestaats. Bei der Einreise zum Zweck des vorübergehenden Aufenthalts kann die Vorlage eines von den Behörden des Entsendestaats ausgestellten amtlichen Gesundheitszeugnisses verlangt werden, aus dem hervorgeht, dass einreisende Mitglieder der Streitkräfte nicht an übertragbaren Krankheiten leiden. Die zuständigen militärischen Behörden des Aufnahmestaats unterrichten die zuständigen militärischen Behörden des Entsendestaats spätestens dreißig (30) Tage vor der geplanten Einreise über entsprechende Erfordernisse.

(2) Die zuständigen militärischen Behörden der Vertragsparteien sorgen für die gegenseitige Erleichterung des Informationsaustausches nach Absatz 1.

(3) Zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten bei Menschen, Tieren und Pflanzen sowie zur Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse im Aufnahmestaat gelten die einschlägigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Aufnahmestaats. Die zuständigen Behörden des Aufnahmestaats ergreifen Maßnahmen im Rahmen des Infektionsschutz-, Tierseuchen- und Lebensmittelrechts, pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen bezüglich Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und sonstigen Ge genständen sowie arzneimittel-, medizinprodukte- und hygienerechtliche Maßnahmen in Übereinstimmung mit Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Vereinbarungen.

Artikel 7**Strafgerichtsbarkeit und Zwangsmaßnahmen**

(1) In den Fällen, in denen dem Aufnahmestaat nach Artikel VII Absatz 3 Buchstabe b des NATO-Truppenstatuts das Vorecht auf Ausübung der Strafgerichtsbarkeit über Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats zusteht, sehen die zuständigen Behörden des Aufnahmestaats von der Ausübung dieser Strafgerichtsbarkeit ab, es sei denn, dass wesentliche Belange der Rechtspflege des Aufnahmestaats die Ausübung seiner Strafgerichtsbarkeit erfordern.

(2) Wesentliche Belange der Rechtspflege können die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit insbesondere in folgenden Fällen erfordern:

- strafbare Handlungen von erheblicher Bedeutung gegen die Sicherheit des Aufnahmestaats,
- strafbare Handlungen, durch die der Tod eines Menschen verursacht wird, sowie schwerwiegende Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit und die sexuelle Selbstbestimmung.

Article 6**Public Health**

(1) The Sending State undertakes to observe international and the Receiving State's national health regulations. Members of its Armed Forces may upon entry into the Receiving State for the purpose of their temporary stay be requested to present an official health certificate issued by the authorities of the Sending State, confirming that they do not suffer from communicable diseases. The competent military authorities of the Receiving State shall notify the competent military authorities of the Sending State of any existing requirements to that effect not later than thirty (30) days prior to the scheduled date of entry.

(2) The competent military authorities of the Parties shall ensure that information exchange pursuant to paragraph 1 above is mutually facilitated.

(3) As regards the prevention and control of communicable diseases in humans, animals and plants as well as the control of organisms harmful to plants and plant products in the Receiving State, the relevant national legislation of the Receiving State shall apply. The competent authorities of the Receiving State shall take measures under infection protection, epizootic disease control and food laws, phytosanitary measures with regard to plants, plant products and other articles as well as measures pursuant to drug, medical devices and sanitary control laws in compliance with obligations under international agreements.

Article 7**Criminal Jurisdiction and Coercive Measures**

(1) In cases when, in accordance with Article VII paragraph 3 sub-paragraph b of the NATO SOFA, the Receiving State has the primary right to exercise criminal jurisdiction over members of the Armed Forces of the Sending State, the competent authorities of the Receiving State shall waive this right unless essential interests of the Receiving State's administration of justice make such exercise of criminal jurisdiction imperative.

(2) Essential interests of administration of justice may make the exercise of criminal jurisdiction imperative in particular in the following cases:

- criminal offences of significant importance detrimental to the security of the Receiving State,
- criminal offences causing the death of a human being as well as serious offences against physical integrity and sexual autonomy.

6. cikk**Közegészségügy**

(1) A Küldő Állam vállalja a nemzetközi és a Fogadó Államban alkalmazandó nemzeti egészségügyi szabályok tiszteletben tartását. A Küldő Állam fegyveres erejének tagjaitól a Fogadó Állam területére ideiglenes tartózkodás céljából való belépésükkel megkövetelhetik a Küldő Állam hatóságai által kiállított, a fertőző betegségektől való mentességet igazoló hivatalos egészségügyi tanúsítvány bemutatását. A Fogadó Állam illetékes katonai hatóságai legalább harminc (30) nappal a belépés tervezett időpontját megelőzően értesítik az igazolási kötelezettséggel kapcsolatos valamennyi követelményről a Küldő Állam illetékes katonai hatóságait.

(2) A Felek illetékes katonai hatóságai biztosítják az (1) bekezdés tárgyát érintő információcsere kölcsönös elősegítését.

(3) A Fogadó Állam területén az emberek, állatok és növények hordozta fertőző betegségek megelőzése és a növényeket valamint a növényi eredetű termékeket veszélyeztető organizmusok kezelése tekintetében a Fogadó Állam megfelelő nemzeti jogszabályait kell alkalmazni. A Fogadó Állam illetékes hatóságai a járvány megelőzési, fertőző járvány kezelési és élelmiszerügyi jogszabályai keretében teendő intézkedéseiket, a növényekre és növényi eredetű és egyéb termékekre vonatkozó növény egészségügyi intézkedéseiket, valamit gyógyszerekkel, gyógyászati eszközökkel és közegészségügyi ellenőrzéssel kapcsolatos jogszabályai keretében teendő intézkedéseiket a nemzetközi szerződésekben vállalt kötelezettségeikkel összhangban hozzák meg.

7. cikk**Büntető joghatóság és kényszerítő intézkedések**

(1) Azon esetekben, amikor a NATO SOFA VII. cikk (3) bekezdés b) pontja szereint a Fogadó Állam elsődleges joga a büntető joghatóság gyakorlása a Küldő Állam fegyveres erejének tagjai felett, a Fogadó Állam illetékes hatóságai lemondanak e joguk gyakorlásáról, kivéve ha a Fogadó Állam alapvető igazságszolgáltatási érdekei a büntető joghatóság gyakorlását szükségesé teszik.

(2) Az alapvető igazságszolgáltatási érdekek különösen az alábbi esetekben tehetik a büntető joghatóság gyakorlását szükségesé:

- a Fogadó Állam biztonságát veszélyeztető jelentős súlyú bűncselekmények,
- halált okozó, a testi épség és a nemi élet szabadsága elleni súlyos bűncselekmények.

Die Strafbarkeit der in den Buchstaben a und b aufgeführten Handlungen richtet sich nach dem Recht des Aufnahmestaats.

(3) Wird von der Ausübung der Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so entfernt der Entsendestaat den Tatverdächtigen auf Ersuchen des Aufnahmestaats unverzüglich aus dem Hoheitsgebiet des Aufnahmestaats. Nach einem Verzicht auf die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit kann der (frühere) Aufnahmestaat hinsichtlich der Tatverdächtigen, die in den Entsendestaat zurückgekehrt sind, in einzelnen, besonderen Fällen eine Bitte um Unterrichtung über das Strafverfahren äußern.

(4) Die zuständigen Gerichte und Behörden der Staaten der Vertragsparteien leisten einander im Rahmen ihres jeweiligen innerstaatlichen Rechts sowie der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Vereinbarungen Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren. Sieht der Aufnahmestaat nicht von der Ausübung der Strafgerichtsbarkeit ab, so wirkt der Entsendestaat im Rahmen seiner Rechtsordnung darauf hin, dass sich Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts im Aufnahmestaat eine Straftat begangen zu haben, den Gerichten und Behörden des Aufnahmestaats stellen, soweit sie dazu nach dem Recht des Aufnahmestaats verpflichtet sind. Ist der Tatverdächtige in den Entsendestaat zurückgekehrt und liegt ein Fall nach Absatz 3 nicht vor, so unterbreitet der Entsendestaat den Fall auf Ersuchen des Aufnahmestaats seinen zuständigen Behörden zur Entscheidung über die Einleitung eines Strafverfahrens.

(5) Die Gerichte und Behörden des Aufnahmestaats sind im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Befugnisse berechtigt, Zwangsmaßnahmen gegenüber Mitgliedern der Streitkräfte des Entsendestaats während ihres Aufenthalts im Aufnahmestaat anzuordnen und durchzuführen.

(6) Wird ein Mitglied der Streitkräfte des Entsendestaats durch die Behörden des Aufnahmestaats festgenommen oder werden andere Zwangsmaßnahmen angewendet, die den Entzug der Freiheit zur Folge haben, so unterrichtet die zuständige Behörde des Aufnahmestaats unverzüglich die diplomatische Vertretung des Entsendestaats im Aufnahmestaat. Dabei wird mitgeteilt, welches Gericht oder welche Behörde für das weitere Verfahren zuständig ist.

(7) Die Gerichte und Behörden des Entsendestaats üben ihre Strafgerichtsbarkeit nicht im Aufnahmestaat aus.

(8) Ist im Rahmen eines Strafverfahrens im Aufnahmestaat gegen ein Mitglied der Streitkräfte des Entsendestaats zu entscheiden, ob eine Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes erfolgt ist, so ist für diese Entscheidung das Recht des Entsendestaats maßgebend. Auf Ersuchen des Aufnahmestaats kann hierüber durch eine vom Entsendestaat benannte Behörde eine Bescheinigung erstellt werden, die der Aufnahmestaat seinen zuständigen Behörden vorlegt und die von diesen im Rahmen

Criminal liability for the offences mentioned in sub-paragaphs a and b above shall be governed by the law of the Receiving State.

(3) If the exercise of criminal jurisdiction is waived, the Sending State shall, at the request of the Receiving State, remove the suspect from the territory of the Receiving State without delay. Having waived the exercise of criminal jurisdiction, the (former) Receiving State may request in specific isolated cases to be informed of the criminal proceedings against the suspects who returned to the Sending State.

(4) The competent courts and authorities of the Parties' States shall, within the limits imposed by their respective national legislation and obligations under international agreements, render each other legal assistance in support of criminal proceedings. If the Receiving State does not waive the exercise of criminal jurisdiction, the Sending State shall use its influence, to the extent that its legal system permits, to induce members of its Armed Forces suspected of having committed a criminal offence while staying in the Receiving State, to turn themselves in to the courts and authorities of the Receiving State, insofar as the law of the Receiving State obliges them to do so. If the suspect has returned to the Sending State and paragraph 3 does not apply, the Sending State shall, at the request of the Receiving State, submit the case to the competent authorities of the Sending State for a decision to initiate criminal proceedings.

(5) The courts and authorities of the Receiving State shall have the right, within the limits of their jurisdiction and competence, to order and carry out coercive measures against members of the Armed Forces of the Sending State during their stay in the Receiving State.

(6) When a member of the Armed Forces of the Sending State has been arrested by the authorities of the Receiving State or other coercive measures are taken resulting in detention, the competent authority of the Receiving State shall notify the Sending State's diplomatic mission in the Receiving State without delay. This notification shall state which court or authority has competence over the further proceedings.

(7) The courts and authorities of the Sending State shall not exercise their criminal jurisdiction in the Receiving State.

(8) Whenever, in the course of criminal proceedings in the Receiving State against a member of the Armed Forces of the Sending State, it becomes necessary to determine whether an act or omission was done in the performance of official duty, such determination shall be made in accordance with the law of the Sending State. An authority designated by the Sending State may, at the request of the Receiving State, issue a certificate thereon for submission by the Receiving State to its competent

Az a) és b) pontban felsorolt bűncselekmények tekintetében a büntetőjogi felelősséget a Fogadó Állam joga szabályozza.

(3) A büntető joghatóság gyakorlásáról való lemondás esetén, a Fogadó Állam kérelmére, a Küldő Állam a terheltet haladéktalanul eltávolítja a Fogadó Állam területéről. A büntető joghatóság gyakorlásáról való lemondást követően a (korábbi) Fogadó Állam meghatározott egyedi esetekben tájékoztatást kérhet a Küldő Államba viszszatérítésével szembeni büntetőeljárásról.

(4) A Felek államainak illetékes bíróságai és hatóságai a vonatkozó nemzeti jogszabályai és a nemzetközi szerződésekben vállalt kötelezettségeik keretein belül kölcsönösen jogsegélyt nyújtanak egymásnak a büntető eljárások támogatása érdekében. Amennyiben a Fogadó Állam nem mond le a büntető joghatóság gyakorlásáról, a Küldő Állam a nemzeti jogrendszere által lehetővé tett mértékig minden megtesz, hogy a fegyveres erejének azon tagjait, akiket a Fogadó Állam területén való tartózkodásuk idején elkövetett bűncselekményel gyanúsítanak, róbírja a Fogadó Állam bíróságai és hatóságai előtti megjelenésre, amennyiben őket erre a Fogadó Állam joga kötelezi. Amennyiben a terhelt a Küldő Államba viszszatérít, és a (3) bekezdés rendelkezései nem alkalmazandóak, a Fogadó Állam kérelmére a Küldő Állam az ügyet a Küldő Állam illetékes hatóságai elé terjeszti a büntetőeljárás megindításával kapcsolatos döntés meghozatala érdekében.

(5) A Fogadó Állam bíróságai és illetékes hatóságai joghatóságuk és illetékességük keretei között a Küldő Állam fegyveres erejének tagjaival szemben a Fogadó Állam területén való tartózkodásuk idején kényszerítő intézkedéseket rendelhetnek el és hajthatnak végre.

(6) Ha a Küldő Állam fegyveres ereje tagját a Fogadó Állam hatóságai őrizetbe vették vagy vele szemben személyi szabadságot korlátozó egyéb kényszerítő intézkedést hoztak, a Fogadó Állam illetékes hatósága haladéktalanul értesíti a Küldő Államnak a Fogadó Államban működő diplomáciai képviseletét. Az értesítés tartalmazza, hogy az ügyben a további eljárásra mely bíróság vagy hatóság illetékes.

(7) A Küldő Állam bíróságai és hatóságai büntető joghatóságukat a Fogadó Államban nem gyakorolhatják.

(8) Amennyiben a Fogadó Államban a Küldő Állam fegyveres erejének tagjával szemben a Fogadó Államban folyamatban lévő büntetőeljárás során szükségessé válik annak megállapítása, hogy valamely cselekményt vagy mulasztást szolgáltat feladat végrehajtása során követtek-e el, úgy ennek megállapítása során kell eljárni. Erről a Fogadó Állam kérelmére a Küldő Állam által kijelölt hatóság a Fogadó Állam illetékes hatóságához történő benyújtás céljából igazolást

ihres nationalen Rechts angemessen berücksichtigt wird.

Artikel 8

Telekommunikation

(1) Für die Inanspruchnahme von öffentlich angebotenen Telekommunikationsdienstleistungen im Aufnahmestaat gelten neben den allgemeinen Vorschriften des Aufnahmestaats die jeweiligen Geschäftsbedingungen des Dienstleistungserbringers; dies gilt insbesondere für die Art und Weise der Berechnung der Entgelte, der Rechnungserstellung und der Begleichung der Rechnungen.

(2) Die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats können, soweit dies zur Ereichung des Aufenthaltszwecks erforderlich ist, vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Behörden des Aufnahmestaats vorübergehend Telekommunikationsanlagen einschließlich Funkanlagen errichten und betreiben.

(3) Funkanlagen sowie Telekommunikationsendeinrichtungen der Streitkräfte des Entsendestaats, die im Hoheitsgebiet des Aufnahmestaats betrieben oder an Anschlüsse oder Übertragungswege der öffentlichen Telekommunikationsnetze angeschaltet werden sollen, müssen die grundlegenden technischen Anforderungen erfüllen, die nach dem Recht des Aufnahmestaats allgemein für Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen gelten. Die Erfüllung dieser Anforderungen muss in einem Konformitätsbewertungsverfahren nachgewiesen und die Einrichtungen müssen entsprechend gekennzeichnet sein.

(4) Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats benutzen während ihres Aufenthalts im Aufnahmestaat nur Funkfrequenzen, die ihnen von den zuständigen Behörden des Aufnahmestaats zugeteilt sind, es sei denn, die Einrichtungen arbeiten auf Frequenzen, die ohne individuelle Nutzungsrechte nutzbar sind. Der entsprechende Antrag auf Zuteilung von Funkfrequenzen ist spätestens zweiundvierzig (42) Tage vor der geplanten Inanspruchnahme zu stellen. Am Ende des Aufenthalts gehen die Funkfrequenzen an die zuständigen Behörden des Aufnahmestaats zurück.

(5) Die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um Störungen der Telekommunikationsnetze im Aufnahmestaat durch ihre Telekommunikations- oder anderen elektrischen Anlagen zu vermeiden. Verursachten Funkstellen der Streitkräfte des Entsendestaats schädliche Funkstörungen bei Funkstellen außerhalb des Aufnahmestaats oder werden sie von solchen Funkstellen in schädlicher Weise gestört, so verfahren die zuständigen Behörden des Aufnahmestaats nach der jeweils gültigen Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion sowie der Vollzugsordnung für den Funkdienst. Die zuständigen Behörden des Aufnahmestaats treffen im Rahmen der geltenden Vorschriften alle erforderlichen Maß-

authorities which shall take it into appropriate account in accordance with their national law.

Article 8

Telecommunications

(1) The use of publicly offered telecommunications services in the Receiving State shall be subject both to the general regulations of the Receiving State and the respective terms of business of the provider of the services; this applies in particular to the way in which charges are calculated and accounts rendered and settled.

(2) Subject to the approval of the competent authorities of the Receiving State, members of the Armed Forces of the Sending State may, insofar as this is necessary to achieve the purpose of their stay, set up and operate telecommunications facilities, including radio systems, on a temporary basis.

(3) Radio systems and telecommunications terminal equipment of the Sending State's Armed Forces that are to be operated in the territory of the Receiving State or hooked up to connections or transmission lines of the public telecommunications networks shall meet the basic technical requirements generally applicable to radio systems and telecommunications terminal equipment under the law of the Receiving State. Compliance with these requirements shall be proven in a conformity assessment procedure and markings to that effect shall be affixed to the equipment.

(4) Members of the Armed Forces of the Sending State, while staying in the Receiving State, shall only use radio frequencies which they have been assigned by the competent authorities of the Receiving State unless the equipment operates on frequencies usable without individual rights of use. The relevant request for radio frequency assignment shall be filed not later than forty-two (42) days prior to the scheduled beginning of use. At the end of the stay, the radio frequencies shall be returned to the competent authorities of the Receiving State.

(5) The members of the Armed Forces of the Sending State shall take all necessary measures to avoid interference to the Receiving State's telecommunications networks by their own telecommunications or other electrical installations. Where radio stations of the Armed Forces of the Sending State cause harmful radio interference with radio stations located outside the Receiving State or suffer harmful interference from such stations, the competent authorities of the Receiving State shall act in accordance with the provisions of the Constitution and Convention of the International Telecommunication Union, as amended, and the Radio Regulations. The competent authorities of the Receiving State shall take all necessary measures, to the extent

állíthat ki, amelyet azok a nemzeti jogszabályaiknak megfelelően vesznek figyelembe.

8. cikk

Távközlés

(1) A Fogadó Államban biztosított nyilvános távközlési szolgáltatások használatára egyaránt vonatkoznak a Fogadó Állam általános szabályai és a szolgáltató megfelelő általános szerződési feltételei is. E rendelkezés hatálya különösképpen a díjak kiszámításának, elszámolásának és megtérítésének módjaira terjed ki.

(2) A Küldő Állam fegyveres erejének tagjai, amennyiben ezt a tartózkodásuk céljának elérése szükségesse teszi, a Fogadó Állam illetékes hatóságainak engedélyével, ideiglenes jelleggel távközlési létesítményeket, beleértve a rádió rendszereket is, telepíthetnek és üzemeltethetnek.

(3) A Fogadó Állam területén a Küldő Állam fegyveres ereje által üzemeltetendő vagy a nyilvános távközlő hálózat kapcsolati vagy átviteli vonalaihoz csatlakoztatandó rádió rendszereinek és távközlő végberendezéseknek meg kell felelniük a Fogadó Állam jogszabályai szerint, a rádió rendszerekre és távközlő végberendezésekre általános vonatkozó alapvető műszaki követelményeknek. A követelményeknek való megfelelést megfelelőségi értékelési eljárás során kell tanúsítani, és a megfelelőségi jelöléseket az eszközökön el kell helyezni.

(4) A Küldő Állam fegyveres erejének tagjai a Fogadó Államban való tartózkodásuk idején kizárálag a Fogadó Állam illetékes hatóságai által részükre kijelölt rádiófrekvenciákat használhatják, kivéve, ha az eszközök az egyéni engedélyhez nem kötött frekvenciákon működnek. A rádiófrekvenciák kijelöléséhez szükséges kérelmet legkésőbb negyvenkét (42) nappal az üzemeltetés megkezdésének tervezett időpontja előtt kell benyújtani. A tartózkodás befejezésekor a rádiófrekvenciákat vissza kell adni a Fogadó Állam illetékes hatóságainak.

(5) A Küldő Állam fegyveres erejének tagjai minden szükséges intézkedést megtesznek annak érdekében, hogy a Fogadó Állam távközlő rendszereinek az ó távközlő vagy egyéb elektronikus berendezések általi zavarását elkerüljék. Amennyiben a Küldő Állam fegyveres erejének rádióallo-másai károsan zavarják a Fogadó Állam területén kívüli rádióállomásokat, illetve azok általi zavarásnak vannak kitéve, úgy a Fogadó Állam illetékes hatóságai a Nemzetközi Távközlési Egyesület egységes szerkezetbe foglalt Alapokmánya és Egyezménye és Rádiószabályzata szerint járnak el. A Fogadó Állam illetékes hatóságai a hatályos rendelkezések biztosította hatáskörük mértékéig megtesznek minden szükséges intézkedést a Küldő Állam fegyveres ereje távközlő be-

nahmen, um Störungen der Telekommunikationseinrichtungen der Streitkräfte des Entsendestaats durch Telekommunikations- oder andere elektrische Anlagen des Aufnahmestaats zu vermeiden. Im Fall von elektromagnetischen Störungen werden die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über die elektromagnetische Verträglichkeit von Geräten angewendet. Ergibt sich hieraus die Notwendigkeit einer Außerbetriebnahme der Störquelle, so muss diese durch die Streitkräfte des Entsendestaats unverzüglich vorgenommen werden.

Artikel 9

Umweltschutz

(1) Die Vertragsparteien erkennen und anerkennen die Bedeutung des Umweltschutzes bei Tätigkeiten der Mitglieder ihrer Streitkräfte im Hoheitsgebiet des jeweils anderen Staats. Die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats halten die Rechtsvorschriften des Aufnahmestaats zum Schutz der Umwelt ein.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien arbeiten in allen Fragen des Umweltschutzes, insbesondere bei der Vorbereitung von Übungen, eng zusammen.

(3) Auch über die Einhaltung der Rechtsvorschriften des Aufnahmestaats hinaus sind Umweltbeeinträchtigungen zu vermeiden und bei unvermeidbaren Umweltbeeinträchtigungen angemessene Umweltschutzmaßnahmen zum Ausgleich dieser Beeinträchtigungen zu treffen.

(4) Für den Transport von Waffen, schwerem Gerät oder Gefahrgut wird dem Schienen- und dem Wasserweg Vorrang eingeräumt. Die Transportwege und -mittel werden zwischen den Verteidigungsministerien in Abstimmung mit den zuständigen Behörden des Aufnahmestaats vereinbart.

(5) Die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats verwenden für den Betrieb ihrer Luft-, Wasser- und Landfahrzeuge im Aufnahmestaat, soweit dies mit den technischen Erfordernissen dieser Fahrzeuge vereinbar ist, nur Treibstoffe, Schmierstoffe und Zusatzstoffe, die schadstoffarm nach den Vorschriften des Aufnahmestaats sind. Bei Personenkraftfahrzeugen und Nutzfahrzeugen werden die Vorschriften des Aufnahmestaats über die Begrenzung von Lärm- und Abgasemissionen eingehalten, soweit dies nicht eine unzumutbare Belastung darstellt.

(6) Bei der Benutzung von Übungseinrichtungen beachten die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats die jeweiligen Benutzungsordnungen, insbesondere die Sicherheitsbestimmungen, die Brandschutzbestimmungen und die Bestimmungen zum Schutz der Umwelt. Gleicht gilt bezüglich der Verwaltungsvorschriften der Streitkräfte des Aufnahmestaats für Übungen. Die Verteidigungsministerien der Staaten der Vertragsparteien treffen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich besondere

authorised by existing regulations, to avoid interference to telecommunications facilities of the Sending State's Armed Forces by telecommunications or other electrical installations of the Receiving State. In the event of electro-magnetic interference, the national regulations concerning electromagnetic compatibility of equipment shall apply. If this results in the need to take the source of interference out of operation, the Armed Forces of the Sending State shall do so without delay.

Article 9

Environmental Protection

(1) The Parties recognise and acknowledge the importance of environmental protection in the context of activities performed by the members of their Armed Forces in the territory of the other State. The members of the Armed Forces of the Sending State shall comply with the Receiving State's legal provisions for the protection of the environment.

(2) The competent authorities of the Parties shall work closely together in all matters of environmental protection, in particular in the preparation of exercises.

(3) Compliance with the legal provisions of the Receiving State notwithstanding, degradation of the environment shall be avoided, and where degradation of the environment cannot be avoided, appropriate environmental protection measures shall be taken to offset such degradation.

(4) For the movement of weapons, heavy equipment or hazardous material, preference shall be given to rail and water transport. Transport routes and means shall be agreed between the Ministries of Defence in coordination with the competent authorities of the Receiving State.

(5) The members of the Armed Forces of the Sending State shall operate their aircraft, vessels and vehicles in the Receiving State only with fuels, lubricants and additives classified as low-pollutant under the regulations of the Receiving State, provided that this is compatible with the technical requirements of such aircraft, vessels and vehicles. With respect to passenger cars and utility vehicles, the regulations of the Receiving State concerning the limitation of noise and exhaust gas emissions shall be observed insofar as this is not an undue burden.

(6) When using training installations, the members of the Armed Forces of the Sending State shall observe the applicable rules for their use, in particular safety, fire protection and environmental regulations. The same applies with respect to the administrative regulations of the Armed Forces of the Receiving State relating to exercises. The Ministries of Defence of the Parties' States shall establish special administrative measures within their respective areas of competence for night firing and firing on

rendezéseinek a Fogadó Állam távközlő vagy egyéb elektronikai eszközei általi zavarásának elkerülése érdekében. Elektromágneses interferencia esetén az eszközök elektromágneses kompatibilitására vonatkozó nemzeti szabályokat kell alkalmazni. Amennyiben ennek eredményeként a zavarárás forrását üzemen kívül kell helyezni, úgy a Küldő Állam fegyveres ereje ezt haladéktalanul végrehajtja.

9. cikk

Környezetvédelem

(1) A Felek elismerik és elfogadják a környezetvédelem jelentőségét a fegyveres erőik tagjai által a másik állam területén végrehajtott tevékenységeik során. A Küldő Állam fegyveres erejének tagjai kötelesek betartani a Fogadó Állam környezetvédelmi jogszabályait.

(2) A Felek illetékes hatóságai szorosan együttműködnek a környezetvédelmi ügyekben, különösen a gyakorlatok előkészítése során.

(3) A Fogadó Állam jogszabályi előírása in túlmenően is el kell kerülni a környezet károsítását, illetve ahol a környezet károsítása nem elkerülhető a károsítás kiegyenlítése érdekében megfelelő környezetvédelmi intézkedéseket kell foganatosítani.

(4) A fegyverzeti eszközök, nehéz technikai eszközök és veszélyes anyagok szállítását elsődlegesen vasúton és vízi úton kell biztosítani. A védelmi miniszteriumok a Fogadó Állam illetékes hatóságaival egyeztetve megállapodnak a szállítási útvonalakban és eszközökben.

(5) A Küldő Állam fegyveres erejének tagjai légiójárműveket, vízi járműveket és gépjárműveket a Fogadó Államban kizárálag a Fogadó Állam szabályozói szerinti alacsony szennyezőanyag kibocsátású üzem- és kenőanyagokkal, valamint adalékokkal üzemeltetik, amennyiben ezek megfelelnek a légiójárművekre, vízi járművekre és gépjárművekre vonatkozó műszaki követelményeknek. A személy- és haszonjárművek alkalmazása során be kell tartani a Fogadó Állam zajártalom és kipufogógáz kibocsátás korlátozására vonatkozó jogszabályait, amennyiben azok betartása nem jelent indokolatlan terhet.

(6) A kiképzési létesítmények igénybe vétele során a Küldő Állam fegyveres erejének tagjai kötelesek betartani az igénybe vételi, különösen a biztonsági, tűzvédelmi és környezetvédelmi rendszabályokat. A Fogadó állam fegyveres erejének adminisztratív rendelkezései tekintetében ugyanez vonatkozik a gyakorlatokra is. A Felek védelmi miniszteriumai saját hatáskörükben eljárva, külön adminisztratív szabályokban állapodnak meg az éjszakai, szombati, vasárnap és ünnepnapló lővészetekre vonatkozóan.

Verwaltungsmaßnahmen für Nachtschießen sowie für Schießen an Sonnabenden, Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen.

(7) Die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats halten die Vorschriften des Aufnahmestaats zur umweltverträglichen Verwertung oder sonstigen Entsorgung von Abfällen ein. Eine Beseitigung von Restbeständen an Kampfmitteln durch Sprengung oder Verbrennung in hierfür nicht genehmigten Anlagen ist nicht zulässig.

Artikel 10

Verkehr mit

Fahrzeugen der Streitkräfte des Entsendestaats sowie Benutzung der Flugplätze des Aufnahmestaats

(1) Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger der Streitkräfte des Entsendestaats werden von der zuständigen Behörde des Entsendestaats für den Verkehr registriert und zugelassen.

(2) Transporte und Beförderungen, die von den Mitgliedern der Streitkräfte des Entsendestaats im Rahmen der innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Aufnahmestaats und geltender völkerrechtlicher Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden technischen Vereinbarungen und Verfahren sowie von Rechtsakten der Europäischen Union durchgeführt werden, gelten als genehmigt. Soweit Sonder- oder Ausnahmeerlaubnisse sowie Befreiungen für den Transport von Gefahrgut für militärische Bewegungen und Transporte erforderlich sind, werden sie von den zuständigen Behörden des Aufnahmestaats bearbeitet. Die zuständigen Behörden des Entsendestaats teilen den militärischen Behörden des Aufnahmestaats rechtzeitig die technischen Einzelheiten der Bewegungen und Transporte mit.

(3) Die militärischen Behörden des Aufnahmestaats koordinieren die Wahrnehmung militärischer Interessen des Entsendestaats zur Abwicklung von Transporten gegenüber den zivilen Behörden und Unternehmen.

(4) Betreffend die Registrierung eigener Güter- und Reisezugwagen des Entsendestaats, die für Transporte von Mitgliedern der Streitkräfte und militärischem Gerät des Entsendestaats benötigt werden, die Nutzung der Eisenbahn-Infrastruktur des Aufnahmestaats sowie die damit zusammenhängenden Sicherheitsbestimmungen gelten die Rechtsvorschriften der Europäischen Union und deren Umsetzung in die Rechtsvorschriften des Aufnahmestaats sowie das Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF). Sofern hinsichtlich der Anforderungen an Beschaffenheit und Nutzung der Eisenbahnfahrzeuge des Entsendestaats von den gesetzlichen Vorschriften des Aufnahmestaats abgewichen werden soll, beantragt das Eisenbahnunternehmen des Entsendestaats die erforderlichen Genehmigungen bei den Verkehrsbehörden des Aufnahmestaats.

Saturdays, Sundays and public holidays.

(7) The members of the Armed Forces of the Sending State shall comply with the regulations of the Receiving State concerning environmentally safe recycling or other disposal of waste. Disposal of non-expended munitions by detonation or incineration at installations not approved for this purpose shall not be permitted.

(7) A Küldő Állam fegyveres erejének tagjai a Fogadó Állam hulladékok környezetbarát újrahasznosítására vagy egyéb kezelésére vonatkozó jogszabályai szerint járnak el. A fel nem használt lőszerek robbantással vagy égetéssel történő megsemmisítése a nem erre kijelölt létesítmények területén nem engedélyezett.

Article 10

Operation of

Vehicles of the Sending State's Armed Forces and Use of the Receiving State's Airfields

(1) Motor vehicles and trailers of the Armed Forces of the Sending State shall be registered and licensed for road use by the competent authority of the Sending State.

(2) Transports and movements carried out by the members of the Armed Forces of the Sending State within the scope of the national legal provisions of the Receiving State and applicable international agreements between the Parties, including related technical arrangements and procedures, as well as legal acts of the European Union, shall be deemed approved. In cases where special or exceptional authorisations and exemptions for the transportation of hazardous material are required for military movements and transports, they shall be processed by the competent authorities of the Receiving State. The competent authorities of the Sending State shall inform the military authorities of the Receiving State concerning the technical details of the movements and transports in due time.

(3) The military authorities of the Receiving State shall coordinate the representation of the Sending State's military interests in administering transportation vis-à-vis civilian authorities and enterprises.

(4) With regard to the registration of the Sending State's own railway freight and passenger cars needed for transports of members of the Armed Forces and military equipment of the Sending State, the use of the Receiving State's railway infrastructure and the pertinent safety regulations, European Union regulations and their translation into the Receiving State's regulations as well as the Convention concerning International Carriage by Rail (COTIF) shall apply. Where it is intended to deviate from the Receiving State's legal provisions in respect of the requirements for the qualitative condition and the use of the Sending State's railway vehicles, the railway company of the Sending State shall apply to the transport authorities of the Receiving State for the necessary permits.

10. cikk

A Küldő Állam fegyveres ereje gépjárműveinek üzemeltetése és a Fogadó Állam repülőtereinek igénybevétele

(1) A Küldő Állam fegyveres erejének gépjárműveit és vontatmányait a Küldő Állam illetékes hatósága a közúti forgalomban való részvétel céljából nyilvántartásba veszi és engedélyezi.

(2) A Küldő Állam fegyveres ereje tagjainak a Fogadó Állam hatályos nemzeti jogszabályai, a Felek között létrejött vonatkozó nemzetközi megállapodások, beleértve a megfelelő technikai megállapodások és eljárási szabályok, valamint az Európai Unió jogszabályai szerint végrehajtott szállításait és mozgásait engedélyezettnek kell tekinteni. Amennyiben a katonai szállítások és mozgások végrehajtásához a veszélyes anyagok szállítása miatti külön vagy rendkívüli jóváhagyások és engedélyek megadása szükséges, úgy ezek kiadását a Fogadó Állam illetékes hatóságai végezik. A Küldő Állam illetékes hatóságai megfelelő időben tájékoztatják a Fogadó Állam katonai hatóságait a mozgások és szállítások technikai részleteiről.

(3) A Fogadó Állam katonai hatóságai koordinálják a Küldő Állam katonai érdekeinek képviseletét a szállítások megszerzése során a polgári hatóságok és vállalkozások irányában.

(4) A Küldő Állam saját, a fegyveres erői tagjainak és hadfelszerelésének szállításához szükséges teher- és személyszállító vasúti kocsijainak nyilvántartása, továbbá a Fogadó Állam vasúti infrastruktúrájának igénybe vételét szabályozó és arra vonatkozó biztonsági előírások tekintetében az Európai Unió jogi aktusait és azok Fogadó Állam nemzeti jogába általánosított rendelkezéseit, valamint a Nemzetközi Vasúti Fuvarozási Egyezmény (COTIF) rendelkezéseit kell alkalmazni. Amennyiben fennáll a Fogadó Államnak a Küldő Állam vasúti járműveinek minőségi állapotára és alkalmazására vonatkozó jogszabályaitól való eltérés szándéka, úgy a Küldő Állam vasúttársasága a szükséges engedélyek kiadását a Fogadó Állam közlekedési hatóságainál kérlemezi.

(5) Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats halten die Verkehrsvorschriften des Aufnahmestaats einschließlich der Vorschriften über das Verhalten am Unfallort und der Vorschriften über den Transport von Gefahrgut ein. Die zuständigen Behörden des Aufnahmestaats überwachen die Einhaltung dieser Vorschriften. Die zuständigen Behörden des Entsendestaats unterstützen die Durchführung dieser Überwachung. Der Entsendestaat beachtet grundlegende Verkehrssicherheitsvorschriften des Aufnahmestaats; innerhalb dieses Rahmens können die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats ihre eigenen innerstaatlichen Normen auf die Planung, den Bau, die Ausführung und die Ausrüstung von Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeuganhängern, Binnenschiffen und Luftfahrzeugen anwenden. Die Behörden der Vertragsparteien arbeiten bei der Umsetzung dieser Bestimmungen eng zusammen.

(6) Der Verkehr mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, deren Abmessungen, Achslast, Gesamtgewicht oder Anzahl die nach dem Straßenverkehrsrecht des Aufnahmestaats geltenden Begrenzungen überschreiten, bedarf, außer in Notfällen, der Erlaubnis der zuständigen Behörden des Aufnahmestaats. Außerhalb von Übungsplätzen werden Kettenfahrzeuge grundsätzlich auf der Schiene oder, soweit erforderlich, auf Tiefladern bewegt. Ein Befahren öffentlicher Straßen und Wege mit Kettenfahrzeugen ohne Kettenpolster ist unzulässig.

(7) Außer in Notfällen dürfen Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats mit militärischen Luftfahrzeugen, die vom Entsendestaat als solche registriert worden sind, zivile oder für zivile und militärische Zwecke gebrauchsfähige Verkehrsflugplätze im Aufnahmestaat nur mit Erlaubnis der zuständigen Behörden des Aufnahmestaats benutzen, die nach den im Aufnahmestaat geltenden Bestimmungen erteilt wird.

(8) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien koordinieren alle von ihnen errichteten und betriebenen Kontrollsysteme für den Luftverkehr und die dazu gehörenden Fernmeldesysteme, soweit dies erforderlich ist, um die Sicherheit des Luftverkehrs und die Erreichung des Aufenthaltszwecks der Mitglieder ihrer Streitkräfte zu gewährleisten.

Artikel 11

Schadensabwicklung

(1) Die Vertragsparteien teilen einander die für die Schadensabwicklung zuständigen Behörden mit. Diese Behörden arbeiten vertrauenvoll zusammen. Sie gewähren einander jede mögliche Unterstützung, um die Einhaltung von Urteilen und Verwaltungsakten der Gerichte und Behörden des Aufnahmestaats im Zusammenhang mit zivilrechtlichen Verpflichtungen der Mitglieder der Streitkräfte und ihres zivilen Gefolges sicherzustellen.

(5) Members of the Armed Forces of the Sending State shall observe the Receiving State's traffic regulations, including the regulations concerning behaviour at the scene of an accident and the regulations on the transportation of hazardous material. The competent authorities of the Receiving State shall monitor observance of these regulations. The competent authorities of the Sending State shall assist in the conduct of such monitoring. The Sending State shall observe basic traffic safety regulations of the Receiving State; within the limits imposed by these regulations, the members of the Sending State's Armed Forces may apply their own national standards to the planning, construction, design and equipment of motor vehicles, trailers, inland waterway vessels and aircraft. The authorities of the Parties shall consult closely on the implementation of these provisions.

(6) The operation of motor vehicles and trailers whose dimensions, axle load, total weight or numbers exceed limitations under the Receiving State's road traffic law shall, except in cases of emergency, be subject to the permission of the competent authorities of the Receiving State. Outside training areas, tracked vehicles shall as a general rule not be moved other than by rail or, if required, by flatbed trailer. Driving tracked vehicles on public roads and trails without track pads shall not be permitted.

(7) Except in cases of emergency, members of the Armed Forces of the Sending State may use civilian airports or airports usable for civilian and military purposes in the Receiving State with military aircraft registered as such by the Sending State only with the permission of the competent authorities of the Receiving State granted in accordance with the regulations in force in the Receiving State.

(8) The competent authorities of the Parties shall coordinate all air traffic control and related communications systems set up and operated by them to the extent necessary to ensure air traffic safety and achievement of the purpose of the stay of the members of their Armed Forces.

Article 11

Settlement of Claims

(1) The Parties shall inform each other which authorities are competent to settle claims. These authorities shall cooperate in good faith. They shall render each other all possible assistance to ensure compliance with judgments and administrative acts of the courts and authorities of the Receiving State in connection with obligations of the members of the Armed Forces and their civilian component under civil law.

(5) A Küldő Állam fegyveres erejének tagjai betartják a Fogadó Állam közlekedési szabályait, beleértve a baleseti helyszínen való magatartást és a veszélyes anyagok szállítását szabályozó rendelkezésekét is. A Fogadó Állam illetékes hatóságai felügyelik az előzőekben felsorolt szabályok betartását. A Küldő Állam illetékes hatóságai segítséget nyújtanak e felügyelet végrehajtásához. A Küldő Állam figyelembe veszi a Fogadó Állam közlekedésbiztonsági szabályait. Az e szabályok által lehetővé tett kezretek között a Küldő Állam fegyveres erejének tagjai alkalmazhatják a gépjárművek, vontatmányok, belvízi vízi járművek és légi járművek tervezésére, gyártására, kialakítására és felszerelésére vonatkozó nemzeti szabványaiat. A Felek hatóságai szoros egyeztetést folytatnak az előzőekben felsorolt rendelkezések alkalmazásának tárgyában.

(6) A Fogadó Állam közúti közlekedési jogszabályai rögzített méretekre, tengelyterhelésre, össztömegre vagy mennyiségre vonatkozó korlátozásokon túllépő gépjárművek és vontatmányok üzemeltetése, a szükséghelyzeteket kivéve, a Fogadó Állam illetékes hatóságainak engedélyével történhet. Általános rendelkezésként a lánctalpas járművek a gyakorlóterek területén kívül kizárolag vasúton vagy szükség esetén nyitott tréleren mozgathatóak. Gumibetétes láncalppal nem rendelkező lánctalpas járművekkel közúton tilos közlekedni.

(7) A szükséghelyzeteket kivéve a Küldő Államban ilyenként bejegyzett katonai légi járművekkel a Fogadó Állam polgári vagy polgári és katonai rendeltetésű repülőtereinek a Küldő Állam fegyveres erejének tagjai általi igénybe vételére kizárolag a Fogadó Állam illetékes hatósága által, a Fogadó Állam hatállyos jogszabályaival összhangban kiadott engedéllyel kerülhet sor.

(8) A Felek illetékes hatóságai koordinálják az általuk telepített és üzemeltetett repülésirányítási és a kapcsolódó híradó rendszereket a légiközlekedés biztonságának szavatolásához és a fegyveres erők tagjai tartózkodásának céljai eléréséhez szükséges mértékben.

11. cikk

Kárigények rendezése

(1) A Felek kölcsönösen tájékoztatják egymást a kárigények rendezésében illetékes hatóságaikról. E hatóságok a jóhiszeműség elve alapján együttműködnek. A hatóságok minden lehetséges segítséget megadnak egymásnak annak érdekében, hogy biztosítsák a Fogadó Állam bíróságai és hatóságai által a fegyveres erők személyi állományának katona és polgári jogállású tagjai polgári jogi kötelezettségeivel kapcsolatosan hozott ítéletek és közigazgatási határozatok teljesítését.

(2) Für die Abwicklung von Schäden Dritter gelten über die Bestimmungen des Artikels VIII Absätze 5 bis 7 des NATO-Truppenstatuts hinaus folgende Bestimmungen, wobei das in Artikel VIII Absatz 6 Buchstaben a bis c vorgesehene Verfahren durch die Regelung des nachstehenden Buchstabens f ergänzt wird.

- a) Die Behörde des Aufnahmestaats, die für die Entgegennahme und Prüfung des Entschädigungsantrags zuständig ist, führt nach Eingang des Antrags unverzüglich ihre eigenen Ermittlungen durch.
- b) Die Behörde des Aufnahmestaats teilt der Behörde des Entsendestaats so bald als möglich den Eingang des Entschädigungsantrags mit, spätestens jedoch innerhalb von vier Wochen nach Eingang des Antrags. In der Mitteilung werden soweit möglich das Aktenzeichen der Behörde des Aufnahmestaats, Name und Anschrift des Antragstellers, eine kurze Schilderung des Vorfalls unter Angabe von Zeit und Ort, der geforderte Entschädigungsbetrag, die Art des Schadens, die Namen der am Vorfall beteiligten Mitglieder der Streitkräfte sowie die Bezeichnung der am Vorfall beteiligten Einheit angegeben. Die Mitteilung wird in zweifacher Ausfertigung übersandt.
- c) Die Behörde des Entsendestaats bestätigt der Behörde des Aufnahmestaats den Eingang der Mitteilung und über sendet ihr innerhalb von sechs Wochen nach Eingang der Mitteilung alle verfügbaren Informationen und Beweismittel. Liegen der Behörde des Entsendestaats keine derartigen Informationen und Beweismittel vor, so teilt sie dies der Behörde des Aufnahmestaats mit. Die Behörde des Entsendestaats teilt der Behörde des Aufnahmestaats ferner mit, ob der Schaden nach ihrer Auffassung durch eine Handlung oder Unterrichtung, für die die Streitkräfte des Entsendestaats rechtlich verantwortlich sind, und/oder im Zusammenhang mit der Benutzung eines Fahrzeugs der Truppe verursacht worden ist und ob die Fahrzeugbenutzung befugt oder unbefugt war.
- d) Die Behörde des Aufnahmestaats entscheidet nach Auswertung aller verfügbaren Informationen und Beweismittel, ob und in welcher Höhe der Anspruch nach dem Recht des Aufnahmestaats begründet ist.
- e) Die Behörde des Aufnahmestaats zahlt den Entschädigungsbetrag in ihrer Währung. Sie fordert die Behörde des Entsendestaats zur Erstattung des Betrags auf, der dem Entsendestaat nach Artikel VIII Absatz 5 Buchstabe e des NATO-Truppenstatuts in Rechnung gestellt wird. Die Behörde des Entsendestaats erstattet den Betrag innerhalb von drei Monaten. Sofern nach dem Recht des Aufnahmestaats eine Entschädigung in Form einer Rente ge-

(2) For the settlement of third party claims, the following provisions shall apply in addition to Article VIII, paragraphs 5 to 7, of the NATO SOFA, with the procedure provided for in Article VIII paragraph 6 subparagraphs a to c being supplemented by the procedure set out in sub-paragraph f below:

- a) The authority of the Receiving State which is responsible for taking delivery of and examining the request for compensation shall upon receipt of the request conduct its own investigations without delay.
- b) The authority of the Receiving State shall notify the authority of the Sending State of the receipt of the request for compensation as soon as possible, within four weeks of receipt of the request at the latest. The notification shall contain the reference number assigned by the authority of the Receiving State, the claimant's name and address, a brief description of the incident and when and where it occurred, the amount of compensation demanded, the nature of the damage, the names of the members of the Armed Forces and the designation of the unit involved in the incident, as applicable. The notification shall be in duplicate.
- c) The authority of the Sending State shall acknowledge receipt of the notification and send the authority of the Receiving State within six weeks of its receipt all available information and evidence. Where such information and evidence is unavailable to the authority of the Sending State, it shall inform the authority of the Receiving State to that effect. The authority of the Sending State shall further inform the authority of the Receiving State whether in its opinion the damage has been caused by acts or omissions for which the Armed Forces of the Sending State are legally responsible, and/or in connection with the use of a vehicle of the force, and whether that use was authorised or unauthorised.
- d) Once it has analysed all available information and evidence, the authority of the Receiving State shall decide whether and in what amount the claim is justified under the law of the Receiving State.
- e) The authority of the Receiving State shall pay the amount of compensation in its currency. It shall request the authority of the Sending State to reimburse the amount chargeable to the Sending State under Article VIII paragraph 5 sub-paragraph e of the NATO SOFA. The authority of the Sending State shall reimburse the amount due within three months. If, under the law of the Receiving State, compensation is granted in the form of a pension, the

(2) Harmadik fél kárigényének rendezésére a NATO SOFA VIII. cikk (5) – (7) bekezdések rendelkezésein túl, a VIII. cikk (6) bekezdés a)-c) pontjaiban meghatározott, és jelen bekezdés f) pontjában foglaltakkal kiegészített eljárásban, az alábbi rendelkezésekkel kell alkalmazni:

- a) A Fogadó Állam kártérítési igény átvétele és kivizsgálására jogosult hatósága a kártérítési igény kézhezvételét követően haladéktalanul megkezdi saját vizsgálatát.
- b) A Fogadó Állam hatósága a lehető leghamarabb, de legkésőbb a kártérítési igény kézhezvételét követő négy héten belül értesíti a Küldő Állam hatóságát a kártérítési igény kézhezvételéről. Az értesítés szükség szerint tartalmazza a Fogadó Állam hatósága által adott nyilvántartási számot, a kárigényt bejelentő nevét és címét, az esemény rövid leírását, bekövetkezésének helyét és időpontját, az igényelt kártérítés összegét, a kár jellegét, valamint a fegyveres erők káreseményben érintett tagjainak nevét és az alegység megnevezését. Az értesítést két példányban kell kiállítani.
- c) A Küldő Állam hatósága visszaigazolja az értesítés beérkezését, és a kézhezvételt követő hat héten belül megküldi a Fogadó Állam hatóságának az összes rendelkezésre álló információt és bizonyítékot. Amennyiben ezek az információk és bizonyítékok nem állnak rendelkezésre, úgy erről a tényről a Küldő Állam hatósága értesíti a Fogadó Állam hatóságát. A Küldő Állam hatósága továbbá tájékoztatja a Fogadó Állam hatóságát, hogy a megítélése szerint a kár olyan tevékenység vagy mulasztás okozta, amely tekintetében a Küldő Állam fegyveres ereje jogilag felelős, vagy a fegyveres erők gépjárműveinek igénybevételével kapcsolatosan következett-e be a káresemény, illetve hogy jogszerrű vagy jogszervű volt-e a gépjármű igénybevétele.
- d) A rendelkezésre álló összes információ és bizonyíték elemzését követően a Fogadó Állam hatósága a Fogadó Állam jogszabályai szerint dönt a kárigény jogszervűségéről, illetve annak jogos mértékéről.
- e) A Fogadó Állam hatósága nemzeti valtájában fizeti meg a kártérítés összegét. A Fogadó Állam a NATO SOFA VIII. cikk (5) bekezdés e) pontja szerint kéri a Küldő Állam hatóságától a Küldő Államot terhelő összeg megtérítését. A Küldő Állam hatósága az összeg megtérítését három hónapon belül teljesíti. Amennyiben a Fogadó Állam jogszabályai szerint a kártérítés járadék formájában fizetendő, úgy a két Állam illetékes hatóságai megállapodhatnak egy tőké-

währt wird, können die zuständigen Behörden beider Staaten die Erstattung eines Kapitalbetrags nach den im Aufnahmestaat geltenden Bestimmungen vereinbaren.

- f) Bei der Abwicklung von Schäden, die nicht in Ausübung des Dienstes verursacht worden sind, fertigt die Behörde des Aufnahmestaats einen Bericht für die Behörden des Entsendestaats, die diesen unverzüglich prüfen und entscheiden, ob und bejahendenfalls in welcher Höhe sie eine Entschädigung oder eine Abfindung ohne Anerkennung einer Rechtspflicht (ex gratia payment) anbieten. Die Behörde des Aufnahmestaats kann – unabhängig von der Entscheidung des Entsendestaats – dem Antragsteller den ihm zukommenden Betrag ohne Anerkennung einer Rechtspflicht als Abfindung anbieten. Wird dieses Angebot von dem Antragsteller als volle Befriedigung seines Anspruchs angenommen, so nimmt die Behörde des Aufnahmestaats die Zahlung vor. Die Behörde des Entsendestaats erstattet den Behörden des Aufnahmestaats diesen Betrag. Die Buchstaben a bis d finden weiterhin Anwendung.

Artikel 12

Übungen

(1) Für Übungen gelten die gesetzlichen Bestimmungen des Aufnahmestaats und die Dienstvorschriften seiner Streitkräfte.

(2) Übungen zu Lande finden grundsätzlich auf Truppenübungsplätzen, Schießplätzen und in anderen militärischen Ausbildungseinrichtungen statt.

(3) Für Übungen im Luftraum gelten die Vorschriften des Aufnahmestaats über den Einflug in seinen Luftraum und dessen Benutzung sowie die Inanspruchnahme von Anlagen und Einrichtungen der Luftfahrt und die geltenden Anmeldungs-, Zustimmungs- und Koordinierungsverfahren, wie sie in den entsprechenden Vorschriften des Aufnahmestaats enthalten sind. Die Vorschriften des jeweiligen Aufnahmestaats umfassen das deutsche und das ungarische Luftverkehrsgesetz in der jeweils geltenden Fassung und die hierzu erlassenen deutschen und ungarischen Verordnungen und Verwaltungsregelungen ziviler und militärischer Art. Die an einer Übung teilnehmenden Luftfahrzeugbesatzungen sowie das daran beteiligte Flugsicherungs- und Luftverteidigungskontrollpersonal müssen die englische Sprache beherrschen, soweit dies aus Gründen der Flugsicherheit oder Flugsicherung erforderlich ist.

(4) Für Übungen von Kriegs- und Hilfs Schiffen im Küstenmeer und in den inneren Gewässern gelten die Vorschriften des Aufnahmestaats.

(5) Vor der Durchführung von Übungen legen die zuständigen Behörden der Vertragsparteien die zu erbringenden Leistungen und die entstehenden Kosten im Einzelnen fest.

competent authorities of both States may agree on the payment of a capitalised amount in accordance with the provisions applicable in the Receiving State.

- f) In the case of damage not caused in the performance of official duty, the authority of the Receiving State shall prepare a report for the authorities of the Sending State which shall examine it without delay and decide whether they shall offer compensation or ex gratia payment in settlement of the claim and if so of what amount. The authority of the Receiving State may offer the claimant – notwithstanding the decision of the Sending State – an ex gratia payment in settlement of his claim. If that offer is accepted by the claimant in full satisfaction of his claim, the authority of the Receiving State shall make the payment. The authority of the Sending State shall reimburse the authorities of the Receiving State for this sum. The provisions of sub-paragraphs a to d above shall continue to apply.

sített összeg kifizetéséről a Fogadó Államban alkalmazandó rendelkezések szerint.

- f) A nem szolgálati feladat vérehajtása során okozott kár esetén a Fogadó Állam hatósága jelentést készít a Küldő Állam hatóságának, amelyik haladéktalanul megvizsgálja azt, és dönt az esetleges kártérítés felajánlásáról vagy a kárigénynek a kárfelelősségg elismerésével nem járó (ex gratia) juttatással való rendezéséről, illetve kedvező döntés esetén annak mértékéről. A Fogadó Fél hatósága, a Küldő Állam döntésétől függetlenül, a károsultaknak a kárrendezés érdekében ex gratia juttatást ajánlhat fel. Amennyiben a károsult a felajánlást kárigényének maradéktalan rendezéseként elfogadja, a Fogadó Állam hatósága teljesít a kifizetést. A Küldő Állam hatósága az így kifizetett összeget megtéríti a Fogadó Állam hatóságának. A jelen cikk a)-d) pontjainak rendelkezéseit továbbra is alkalmazni kell.

Article 12

Exercises

(1) Exercises shall be governed by the legal provisions of the Receiving State and the service regulations of its Armed Forces.

(2) Exercises on land shall as a general rule take place at military training areas, firing ranges and other military training facilities.

(3) Exercises conducted in the airspace shall be governed by the Receiving State's regulations on the entry into and use of its airspace and the utilisation of aviation installations and facilities as well as applicable notification, approval and coordination procedures contained in the relevant regulations of the Receiving State. The regulations of the respective Receiving State involve the German Air Traffic Act and the Hungarian Air Traffic Act, as amended, and applicable German and Hungarian regulations and administrative arrangements of the civilian and military sector. Aircrew members participating in an exercise as well as the air traffic services and air defence control personnel involved in such an exercise must have a good command of the English language, insofar as this is necessary for reasons of flight safety or air traffic control.

(4) Exercises of naval and auxiliary vessels in coastal and internal waters shall be governed by the regulations of the Receiving State.

(5) Prior to the conduct of training exercises, the competent authorities of the Parties shall specify in detail the services to be provided and the costs involved.

12. cikk

Gyakorlatok

(1) A gyakorlatokat a Fogadó Állam jogszabályai és fegyveres erejének szolgálati szabályzatai szerint kell végrehajtani.

(2) Általános szabályként a szárazföldi gyakorlatokat katonai gyakorlótereken, lőtereken és egyéb katonai kiképzési létesítményekben kell végrehajtani.

(3) A légtérben a gyakorlatokat a Fogadó Államnak a légtérébe való bérpülést, légtérének használatát, a repülési létesítményeinek igénybe vételét szabályozó előírásai, valamint a Fogadó Állam vonatkozó szabályában meghatározott értesítési, engedélyezési és koordinációs eljárások szerint kell végrehajtani. A mindenkor Fogadó Állam szabályozói magukban foglalják a hatályos német és a magyar légiközlekedési törvényt, valamint az alkalmazandó német és magyar polgári és katonai szabályzatokat és közigazgatási rendelkezéseket. A gyakorlatot végrehajtó hajózó személyzetnek, valamint a gyakorlatban résztvevő légiforgalmi és légyédelmi irányító szolgálat állományának a repülésbiztonsági és repülésirányítási követelményeknek megfelelő angol nyelvismerettel kell rendelkezniük.

(4) Hadihajókkal és katonai úszólétesítményekkel a parti tengereken és belföldi víziutakon a Fogadó Állam jogszabályai szerint kell végrehajtani a gyakorlatokat.

(5) A gyakorlatok végrehajtása előtt a Felek illetékes hatóságai részletesen meghatározzák a biztosítandó szolgáltatásokat és keletkező költségeket.

Artikel 13**Beilegung von Streitigkeiten**

Streitigkeiten über die Anwendung oder Auslegung dieses Abkommens, die sich nicht auf die Auslegung oder Anwendung des NATO-Truppenstatuts erstrecken, werden durch Konsultationen gütlich beigelegt und nicht zur Schlichtung an Dritte verwiesen.

Artikel 14**Durchführung**

Vereinbarungen zur Durchführung dieses Abkommens können zwischen den zuständigen Ministerien der Staaten der Vertragsparteien getroffen werden.

Artikel 15**Inkrafttreten,
Änderung und Kündigung**

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Für den Beginn dieser Frist ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation maßgebend.

(2) Dieses Abkommen kann jederzeit in gegenseitigem Einvernehmen der Vertragsparteien schriftlich geändert oder ergänzt werden. Die Änderungen und Ergänzungen treten nach Absatz 1 in Kraft und sind Bestandteil dieses Abkommens.

(3) Dieses Abkommen bleibt auf unbegrenzte Zeit in Kraft. Das Abkommen kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Weg schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang wirksam.

Geschehen zu Budapest am 27. Februar 2014 in zwei Urschriften, jede in deutscher, ungarischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des ungarischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Article 13**Settlement of Disputes**

Any dispute concerning the application or interpretation of the present Agreement that does not extend to the interpretation or application of the NATO SOFA shall be settled amicably by consultation and shall not be referred to a third party for settlement.

Article 14**Implementation**

Arrangements concerning the implementation of the present Agreement may be established between the competent ministries of the Parties' States.

Article 15**Entry into Force,
Amendment and Termination**

(1) This Agreement shall enter into force one month from the date on which the Parties have notified each other that the national requirements for such entry into force have been fulfilled. The period of notice shall commence on the date of receipt of the last notification.

(2) This Agreement may be amended or supplemented at any time in writing with the mutual consent of the Parties. The amendments and supplements shall enter into force in accordance with paragraph 1 of this Article and shall form the inseparable part of this Agreement.

(3) The present Agreement shall remain in force for an unlimited period. The Agreement may be terminated by either Party giving written notice thereof through diplomatic channels. Termination shall take effect one year after receipt of that notice.

Done at Budapest on 27 February 2014 in duplicate, each in the German, Hungarian and English languages, each text being authentic. In case of any divergent interpretation of the German and the Hungarian texts, the English text shall prevail.

13. cikk**Viták rendezése**

Jelen Megállapodás alkalmazásából és értelmezéséből eredő, a NATO SOFA alkalmazására és értelmezésére ki nem terjedő vitákat a Felek békés úton, konzultációk útján, harmadik fél bevonása nélkül rendezik.

14. cikk**Végrehajtási rendelkezések**

Jelen Megállapodás végrehajtásával kapcsolatos rendelkezésekben a Felek államainak illetékes miniszteriumai állapodhatnak meg.

15. cikk**Hatálybalépés,
módosítás és megszűnés**

(1) Jelen Megállapodás attól a naptól számított egy hónap múlva lép hatályba, amelyen a Felek kölcsönösen tájékoztatják egymást a hatálybalépéshez szükséges belső jogi követelmények teljesüléséről. Ezen értesítési időszak az utolsó értesítés készhevételének időpontjával kezdődik.

(2) Jelen Megállapodás a Felek kölcsönös egyetértésével írásban bármikor módosítható vagy kiegészíthető. A módosítások és kiegészítések jelen cikk (1) bekezdésének rendelkezései szerint lépnek hatályba, és ezek jelen Megállapodás elválaszthatatlan részét képezik.

(3) Jelen Megállapodás határozatlan időre jön létre. Jelen Megállapodást bármelyik Féle diplomáciai úton tett írásbeli nyilatkozatával felmondhatja. A felmondás a nyilatkozat készhevételétől számított egy év elteltével lép hatályba.

Készült Budapest -n, 2014.02.27 két eredeti példányban, mindenkitől német, magyar és angol nyelven, valamennyi szöveg egyaránt hiteles. A német és a magyar nyelvű szövegek eltérő értelmezése esetén az angol nyelvű változat az irányadó.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany
a Németországi Szövetségi Köztársaság Kormánya nevében

Dr. Matei Ion Hoffmann

Für die Regierung von Ungarn
For the Government of Hungary
Magyarország Kormánya nevében

Dr. István Dankó

**Fünfundzwanzigste Verordnung
über Änderungen Internationaler Vorschriften
über den Umweltschutz im Seeverkehr
(Fünfundzwanzigste Verordnung Umweltschutz-See)***

Vom 23. September 2014

Auf Grund des

- § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und 4, jeweils in Verbindung mit Absatz 2 Satz 1 Nummer 1, und § 9c des Seeaufgabengesetzes, von denen § 9 Absatz 1 Satz 1 durch Artikel 1 Nummer 8 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa des Gesetzes vom 8. April 2008 (BGBl. I S. 706) neugefasst und zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 Nummer 6 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa des Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 868) und § 9c durch Artikel 1 Nummer 9 des Gesetzes vom 8. April 2008 (BGBl. I S. 706) geändert worden ist,
 - Artikels 2 Absatz 1 des MARPOL-Gesetzes, der zuletzt durch Artikel 5 Nummer 1 des Gesetzes vom 2. Juni 2008 (BGBl. 2008 II S. 520) geändert worden ist,
- jeweils in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 17. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4310), verordnet das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur:

Artikel 1

Die vom Ausschuss für den Schutz der Meeresumwelt der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation in London am 17. Mai 2013 mit den Entschließungen MEPC.235(65) und MEPC.238(65) angenommenen Änderungen der Anlagen I und II des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und des Protokolls von 1978 zu diesem Übereinkommen (BGBl. 1982 II S. 2, 4, 24; 1996 II S. 399, Anlageband; 2009 II S. 995, 996), zuletzt geändert durch die Entschließung MEPC.193(61) vom 1. Oktober 2010 (BGBl. 2013 II S. 1098, 1099), werden hiermit in Kraft gesetzt. Die Entschließungen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 2014 in Kraft. Die Entschließung MEPC.235(65) tritt für die Bundesrepublik Deutschland am 1. Oktober 2014 in Kraft, die Entschließung MEPC.238(65) am 1. Januar 2015.

Berlin, den 23. September 2014

**Der Bundesminister
für Verkehr und digitale Infrastruktur
A. Dobrindt**

* Notifiziert gemäß der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 204 vom 21.07.1998, S. 37), zuletzt geändert durch Artikel 26 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 (ABl. L 316 vom 14.11.2012, S. 12).

Entschließung MEPC.235(65)

angenommen am 17. Mai 2013

Änderungen

der Anlage des Protokolls von 1978

zu dem Internationalen Übereinkommen von 1973

zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe

(Änderungen der Formblätter

A und B der Nachträge

zum IOPP-Zeugnis nach

Anlage I von MARPOL)

Resolution MEPC.235(65)

(adopted on 17 May 2013)

Amendments

to the Annex of the Protocol of 1978

relating to the International Convention

for the Prevention of Pollution from Ships, 1973

(Amendments to Form

A and Form B of Supplements

to the IOPP Certificate

under MARPOL Annex I)

Résolution MEPC.235(65)

adoptée le 17 mai 2013

Amendements

à l'Annexe du Protocole de 1978

relatif à la Convention internationale de 1973

pour la prévention de la pollution par les navires

(Amendements au modèle

A et au modèle B de Supplément

au Certificat IOPP délivré en

vertu de l'Annexe I de MARPOL)

(Übersetzung)

The marine environment protection committee,

recalling Article 38(a) of the Convention on the International Maritime Organization concerning the functions of the Marine Environment Protection Committee conferred upon it by international conventions for the prevention and control of marine pollution,

noting article 16 of the International Convention for the Prevention of Pollution from Ships, 1973 (hereinafter referred to as the "1973 Convention") and article VI of the Protocol of 1978 relating to the International Convention for the Prevention of Pollution from Ships, 1973 (hereinafter referred to as the "1978 Protocol") which together specify the amendment procedure of the 1978 Protocol and confer upon the appropriate body of the Organization the function of considering and adopting amendments to the 1973 Convention, as modified by the 1978 Protocol (MARPOL),

Le comité de la protection du milieu marin,

rappelant l'article 38 a) de la Convention portant création de l'Organisation maritime internationale, qui a trait aux fonctions conférées au Comité de la protection du milieu marin aux termes des conventions internationales visant à prévenir et à combattre la pollution des mers,

notant l'article 16 de la Convention internationale de 1973 pour la prévention de la pollution par les navires (ci-après dénommée la «Convention de 1973») et l'article VI du Protocole de 1978 relatif à la Convention internationale de 1973 pour la prévention de la pollution par les navires (ci-après dénommé le «Protocole de 1978»), lesquels énoncent ensemble la procédure d'amendement du Protocole de 1978 et confèrent à l'organe compétent de l'Organisation la fonction d'examiner et d'adopter des amendements à la Convention de 1973, telle que modifiée par le Protocole de 1978 (MARPOL),

Der Ausschuss für den Schutz der Meeressumwelt –

gestützt auf Artikel 38 Buchstabe a des Übereinkommens über die Internationale Seeschifffahrts-Organisation betreffend die Aufgaben, die dem Ausschuss für den Schutz der Meeressumwelt durch internationale Übereinkünfte zur Verhütung und Bekämpfung der Meeresverschmutzung übertragen werden;

im Hinblick auf Artikel 16 des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe (im Folgenden als „Übereinkommen von 1973“ bezeichnet) sowie auf Artikel VI des Protokolls von 1978 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe (im Folgenden als „Protokoll von 1978“ bezeichnet), in denen das Änderungsverfahren für das Protokoll von 1978 festgelegt und dem zuständigen Gremium der Organisation die Aufgabe der Prüfung von Änderungen des Übereinkommens von 1973 in der durch das Protokoll von 1978

having considered draft amendments to Form A and Form B of Supplements to the IOPP Certificate under Annex I of MARPOL,

1. adopts, in accordance with article 16(2)(d) of the 1973 Convention, the amendments to Form A and Form B of Supplements to the IOPP Certificate under Annex I of MARPOL, the text of which is set out in the annex to the present resolution;
2. determines, in accordance with article 16(2)(f)(iii) of the 1973 Convention, that the amendments shall be deemed to have been accepted on 1 April 2014 unless, prior to that date, not less than one third of the Parties or Parties the combined merchant fleets of which constitute not less than 50 per cent of the gross tonnage of the world's merchant fleet, have communicated to the Organization their objection to the amendments;
3. invites the Parties to note that, in accordance with article 16(2)(g)(ii) of the 1973 Convention, the said amendments shall enter into force on 1 October 2014 upon their acceptance in accordance with paragraph 2 above;
4. requests the Secretary-General, in conformity with article 16(2)(e) of the 1973 Convention, to transmit to all Parties to MARPOL certified copies of the present resolution and the text of the amendments contained in the annex;
5. requests further the Secretary-General to transmit to the Members of the Organization which are not Parties to MARPOL copies of the present resolution and its annex.

ayant examiné le projet d'amendements au modèle A et au modèle B de Supplément au Certificat IOPP délivré en vertu de l'Annexe I de MARPOL,

1. adopte, conformément à l'article 16 2) d) de la Convention de 1973, les amendements au modèle A et au modèle B de Supplément au Certificat IOPP délivré en vertu de l'Annexe I de MARPOL dont le texte figure en annexe à la présente résolution;
2. décide que, conformément à l'article 16 2) f) iii) de la Convention de 1973, ces amendements seront réputés avoir été acceptés le 1^{er} avril 2014, à moins que, avant cette date, une objection à ces amendements n'ait été communiquée à l'Organisation par un tiers au moins des Parties à MARPOL ou par des Parties dont les flottes marchandes représentent au total au moins 50 % du tonnage brut de la flotte mondiale des navires de commerce;
3. invite les Parties à noter que, conformément à l'article 16 2) g) ii) de la Convention de 1973, lesdits amendements entreront en vigueur le 1^{er} octobre 2014, après avoir été acceptés dans les conditions prévues au paragraphe 2 ci-dessus;
4. prie le Secrétaire général de transmettre, en application de l'article 16 2) e) de la Convention de 1973, à toutes les Parties à MARPOL des copies certifiées conformes de la présente résolution et du texte des amendements qui y est annexé;
5. prie également le Secrétaire général de transmettre des copies de la présente résolution et de son annexe aux Membres de l'Organisation qui ne sont pas Parties à MARPOL.

geänderten Fassung (MARPOL) sowie die Beschlussfassung darüber übertragen wird;

nach Prüfung des Änderungsentwurfs zu den Formblättern A und B der Nachträge zum IOPP-Zeugnis nach Anlage I von MARPOL –

1. beschließt nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe d des Übereinkommens von 1973 die Änderungen der Formblätter A und B der Nachträge zum IOPP-Zeugnis nach Anlage I von MARPOL, deren Wortlaut in der Anlage dieser Entschließung wiedergegeben ist;
2. bestimmt nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe f Ziffer iii des Übereinkommens von 1973, dass die Änderungen als am 1. April 2014 angenommen gelten, sofern nicht vor diesem Zeitpunkt mindestens ein Drittel der Vertragsparteien oder aber Vertragsparteien, deren Handelsflotten insgesamt mindestens 50 vom Hundert des Bruttoraumgehalts der Welthandelsflotte ausmachen, der Organisation ihren Einspruch gegen die Änderungen übermittelt haben;
3. fordert die Vertragsparteien auf, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Änderungen nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe g Ziffer ii des Übereinkommens von 1973 nach ihrer Annahme gemäß Nummer 2 dieser Entschließung am 1. Oktober 2014 in Kraft treten;
4. ersucht den Generalsekretär, nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe e des Übereinkommens von 1973 allen Vertragsparteien von MARPOL beglaubigte Abschriften dieser Entschließung und des Wortlauts der in der Anlage enthaltenen Änderungen zuzuleiten;
5. ersucht den Generalsekretär ferner, den Mitgliedern der Organisation, die nicht Vertragsparteien von MARPOL sind, Abschriften dieser Entschließung und ihrer Anlage zuzuleiten.

Annex	Annexe	Anlage
Amendments to Form A and Form B of Supplements to the IOPP Certificate under MARPOL Annex I	Amendements aux modèles A et B de Supplément au Certificat IOPP délivré en vertu de l'Annexe I de MARPOL	Änderungen der Formblätter A und B der Nachträge zum IOPP-Zeugnis nach Anlage I von MARPOL
1 Amendments to the Supplement to the IOPP Certificate (Form A) The existing paragraph 3.2.1 is replaced by the following: “3.2.1 Incinerator for oil residues (sludge)”	1 Amendements au Supplément au Certificat IOPP (modèle A) L'actuel paragraphe 3.2.1 est remplacé par ce qui suit: «3.2.1 Incinérateur pour résidus d'hydrocarbures (boues)»	1 Änderungen des Nachtrags zum IOPP-Zeugnis (Formblatt A) Die bisherige Nummer 3.2.1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt: „3.2.1 Verbrennungsanlage für Ölrückstände (Ölschlamm)“
2 Amendments to the Supplement to the IOPP Certificate (Form B) The existing paragraph 3.2.1 is replaced by the following: “3.2.1 Incinerator for oil residues (sludge)”	2 Amendements au Supplément au Certificat IOPP (modèle B) L'actuel paragraphe 3.2.1 est remplacé par ce qui suit: «3.2.1 Incinérateur pour résidus d'hydrocarbures (boues)»	2 Änderungen des Nachtrags zum IOPP-Zeugnis (Formblatt B) Die bisherige Nummer 3.2.1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt: „3.2.1 Verbrennungsanlage für Ölrückstände (Ölschlamm)“

Entschließung MEPC.238(65)

angenommen am 17. Mai 2013

Änderungen

der Anlage des Protokolls von 1978

zu dem Internationalen Übereinkommen von 1973

zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe

(Änderungen
der Anlagen I und II
von MARPOL mit dem Ziel, den
RO-Code verbindlich vorzuschreiben)

Resolution MEPC.238(65)

(adopted on 17 May 2013)

Amendments

**to the Annex of the Protocol of 1978
relating to the International Convention
for the Prevention of Pollution from Ships, 1973**

(Amendments
to MARPOL Annexes I and II
to make the RO Code mandatory)

Résolution MEPC.238(65)

adoptée le 17 mai 2013

Amendements

**à l'Annexe du Protocole de 1978
relatif à la Convention internationale de 1973
pour la prévention de la pollution par les navires**

(Amendements
aux Annexes I et II de MARPOL
visant à rendre obligatoire le Code
régissant les organismes reconnus)

(Übersetzung)

The marine environment Protection Committee,

recalling Article 38(a) of the Convention on the International Maritime Organization concerning the functions of the Marine Environment Protection Committee conferred upon it by international conventions for the prevention and control of marine pollution,

noting article 16 of the International Convention for the Prevention of Pollution from Ships, 1973 (hereinafter referred to as the "1973 Convention") and article VI of the Protocol of 1978 relating to the International Convention for the Prevention of Pollution from Ships, 1973 (hereinafter referred to as the "1978 Protocol") which together specify the amendment procedure of the 1978 Protocol and confer upon the appropriate body of the Organization the function of considering and adopting amendments to the 1973 Convention, as modified by the 1978

Le Comité de la protection du milieu marin,

rappelant l'article 38 a) de la Convention portant création de l'Organisation maritime internationale, qui a trait aux fonctions conférées au Comité de la protection du milieu marin aux termes des conventions internationales visant à prévenir et à combattre la pollution des mers,

notant l'article 16 de la Convention internationale de 1973 pour la prévention de la pollution par les navires (ci-après dénommée la «Convention de 1973») et l'article VI du Protocole de 1978 relatif à la Convention internationale de 1973 pour la prévention de la pollution par les navires (ci-après dénommé le «Protocole de 1978»), lesquels énoncent ensemble la procédure d'amendement du Protocole de 1978 et confèrent à l'organe compétent de l'Organisation la fonction d'examiner et d'adopter des amendements à la Convention de 1973,

Der Ausschuss für den Schutz der Meeressumwelt –

gestützt auf Artikel 38 Buchstabe a des Übereinkommens über die Internationale Seeschifffahrts-Organisation betreffend die Aufgaben, die dem Ausschuss für den Schutz der Meeressumwelt durch internationale Übereinkünfte zur Verhütung und Bekämpfung der Meeresverschmutzung übertragen werden;

im Hinblick auf Artikel 16 des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe (im Folgenden als „Übereinkommen von 1973“ bezeichnet) sowie auf Artikel VI des Protokolls von 1978 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe (im Folgenden als „Protokoll von 1978“ bezeichnet), in denen das Änderungsverfahren für das Protokoll von 1978 festgelegt und dem zuständigen Gremium der Organisation die Aufgabe der Prüfung

Protocol (MARPOL),

having considered the draft amendments to Annexes I and II of MARPOL to make the RO Code mandatory,

1. adopts, in accordance with article 16(2)(d) of the 1973 Convention, the amendments to Annexes I and II of MARPOL, the text of which is set out in the annex to the present resolution;
2. determines, in accordance with article 16(2)(f)(iii) of the 1973 Convention, that the amendments shall be deemed to have been accepted on 1 July 2014 unless, prior to that date, not less than one third of the Parties or Parties the combined merchant fleets of which constitute not less than 50 per cent of the gross tonnage of the world's merchant fleet, have communicated to the Organization their objection to the amendments;
3. invites the Parties to note that, in accordance with article 16(2)(g)(ii) of the 1973 Convention, the said amendments shall enter into force on 1 January 2015 upon their acceptance in accordance with paragraph 2 above;
4. requests the Secretary-General, in conformity with article 16(2)(e) of the 1973 Convention, to transmit to all Parties to MARPOL certified copies of the present resolution and the text of the amendments contained in the annex;
5. requests further the Secretary-General to transmit to the Members of the Organization which are not Parties to MARPOL copies of the present resolution and its annex.

telle que modifiée par le Protocole de 1978 (MARPOL),

ayant examiné le projet d'amendements aux Annexes I et II de MARPOL visant à rendre obligatoire le Code régissant les organismes reconnus,

1. adopte, conformément à l'article 16 2 d) de la Convention de 1973, les amendements aux Annexes I et II de MARPOL dont le texte figure à l'annexe de la présente résolution;
2. décide que, conformément à l'article 16 2) f) iii) de la Convention de 1973, ces amendements seront réputés avoir été acceptés le 1^{er} juillet 2014, à moins que, avant cette date, une objection à ces amendements n'ait été communiquée à l'Organisation par un tiers au moins des Parties à MARPOL ou par des Parties dont les flottes marchandes représentent au total au moins 50 % du tonnage brut de la flotte mondiale des navires de commerce;
3. invite les Parties à noter que, conformément à l'article 16 2) g) ii) de la Convention de 1973, lesdits amendements entreront en vigueur le 1^{er} janvier 2015, après avoir été acceptés dans les conditions prévues au paragraphe 2 ci-dessus;
4. prie le Secrétaire général de transmettre, en application de l'article 16 2) e) de la Convention de 1973, à toutes les Parties à MARPOL des copies certifiées conformes de la présente résolution et du texte des amendements qui y est annexé;
5. prie également le Secrétaire général de transmettre des copies de la présente résolution et de son annexe aux Membres de l'Organisation qui ne sont pas Parties à MARPOL.

von Änderungen des Übereinkommens von 1973 in der durch das Protokoll von 1978 geänderten Fassung (MARPOL) sowie die Beschlussfassung darüber übertragen wird;

nach Prüfung des Entwurfs zu Änderungen der Anlagen I und II von MARPOL mit dem Ziel, den RO-Code verbindlich vorzuschreiben –

1. beschließt nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe d des Übereinkommens von 1973 die Änderungen der Anlagen I und II von MARPOL, deren Wortlaut in der Anlage dieser Entschließung wiedergegeben ist;
2. bestimmt nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe f Ziffer iii des Übereinkommens von 1973, dass die Änderungen als am 1. Juli 2014 angenommen gelten, sofern nicht vor diesem Zeitpunkt mindestens ein Drittel der Vertragsparteien oder aber Vertragsparteien, deren Handelsfлотen insgesamt mindestens 50 vom Hundert des Bruttoraumgehalts der Welthandelsflotte ausmachen, der Organisation ihren Einspruch gegen die Änderungen übermittelt haben;
3. fordert die Vertragsparteien auf, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Änderungen nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe g Ziffer ii des Übereinkommens von 1973 nach ihrer Annahme gemäß Nummer 2 dieser Entschließung am 1. Januar 2015 in Kraft treten;
4. ersucht den Generalsekretär, nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe e des Übereinkommens von 1973 allen Vertragsparteien von MARPOL beglaubigte Abschriften dieser Entschließung und des Wortlauts der in der Anlage enthaltenen Änderungen zuzuleiten;
5. ersucht den Generalsekretär ferner, den Mitgliedern der Organisation, die nicht Vertragsparteien von MARPOL sind, Abschriften der Entschließung und ihrer Anlage zuzuleiten.

Annex Amendments to MARPOL Annexes I and II	Annexe Amendements aux Annexes I et II de MARPOL	Anlage Änderungen der Anlagen I und II von MARPOL
Amendments to MARPOL Annex I Regulation 6 The existing text of the last sentence of paragraph 3.1 is replaced by the following: "Such organizations, including classification societies, shall be authorized by the Administration in accordance with the provisions of the present Convention and with the Code for recognized organizations (RO Code), consisting of part 1 and part 2 (the provisions of which shall be treated as mandatory) and part 3 (the provisions of which shall be treated as recommendatory), as adopted by the Organization by resolution MEPC.237(65), as may be amended by the Organization, provided that: .1 amendments to part 1 and part 2 of the RO Code are adopted, brought into force and take effect in accordance with the provisions of article 16 of the present Convention concerning the amendment procedures applicable to this annex; .2 amendments to part 3 of the RO Code are adopted by the Marine Environment Protection Committee in accordance with its Rules of Procedure; and .3 any amendments referred to in .1 and .2 adopted by the Maritime Safety Committee and the Marine Environment Protection Committee are identical and come into force or take effect at the same time, as appropriate."	Amendements à l'Annexe I de MARPOL Règle 6 Le texte actuel de la dernière phrase du paragraphe 3.1 est remplacé par le suivant: «Ces organismes, y compris les sociétés de classification, doivent être habilités par l'Autorité conformément aux dispositions de la présente Convention et au Code régissant les organismes reconnus, comportant une partie 1 et une partie 2 (dont les dispositions doivent être considérées comme obligatoires) et une partie 3 (dont les dispositions doivent être considérées comme des recommandations), tel qu'adopté par l'Organisation par la résolution MEPC.237(65) et tel qu'il pourra être modifié par l'Organisation, à condition que : .1 les amendements à la partie 1 et à la partie 2 du Code régissant les organismes reconnus soient adoptés, soient mis en vigueur et prennent effet conformément aux dispositions de l'article 16 de la présente Convention relatives aux procédures d'amendement applicables à la présente Annexe; .2 les amendements à la partie 3 du Code régissant les organismes reconnus soient adoptés par le Comité de la protection du milieu marin conformément à son Règlement intérieur; et .3 tous amendements visés aux alinéas .1 et .2 adoptés par le Comité de la sécurité maritime et par le Comité de la protection du milieu marin soient identiques et entrent en vigueur ou prennent effet à la même date, selon le cas.»	Änderungen der Anlage I von MARPOL Regel 6 Der bisherige Wortlaut des Absatzes 3.1 Satz 3 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt: „Diese Stellen, einschließlich Klassifikationsgesellschaften, bedürfen der Ermächtigung durch die Verwaltung nach diesem Übereinkommen und nach dem von der Organisation mit der Entschließung MEPC.237(65) angenommenen Code über anerkannte Stellen (RO-Code), bestehend aus den Teilen 1 und 2 (die verbindlichen Charakter haben) und Teil 3 (der empfehlenden Charakter hat), in der von der Organisation möglicherweise geänderten Fassung, wobei gilt, dass .1 Änderungen des Teils 1 und des Teils 2 des RO-Codes nach den Bestimmungen des Artikels 16 dieses Übereinkommens betreffend die auf diese Anlage anzuwendenden Änderungsverfahren beschlossen, in Kraft gesetzt und wirksam werden müssen; .2 Änderungen des Teils 3 des RO-Codes vom Ausschuss für den Schutz der Meeresumwelt im Einklang mit seiner Geschäftsordnung angenommen werden müssen; .3 alle vom Schiffssicherheitsausschuss und dem Ausschuss für den Schutz der Meeresumwelt beschlossenen beziehungsweise angenommenen Änderungen, auf die in den Unterabsätzen .1 und .2 Bezug genommen wird, identisch sein und gleichzeitig in Kraft treten beziehungsweise wirksam werden müssen.“
Amendments to MARPOL Annex II Regulation 8 The existing text of paragraph 2.2 is replaced by the following: "Such organizations, including classification societies, shall be authorized by the Administration in accordance with the provisions of the present Convention and with the Code for recognized organizations (RO Code), consisting of part 1 and part 2 (the provisions of which shall be treated as mandatory) and part 3 (the provisions of which shall be treated as recommendatory), as adopted by the Organization by resolution MEPC.237(65), as may be amended by the Organization, provided that: .1 amendments to part 1 and part 2 of the RO Code are adopted, brought into force and take effect in accordance with the provisions of article 16 of the present Convention concerning the amendment procedures applicable to this annex; .2 amendments to part 3 of the RO Code are adopted by the Marine Environment Protection Committee in accordance with its Rules of Procedure; and .3 any amendments referred to in .1 and .2 adopted by the Maritime Safety Committee and the Marine Environment Protection Committee are identical and come into force or take effect at the same time, as appropriate."	Amendements à l'Annexe II de MARPOL Règle 8 Le texte actuel du paragraphe 2.2 est remplacé par ce qui suit: «Ces organismes, y compris les sociétés de classification, doivent être habilités par l'Autorité conformément aux dispositions de la présente Convention et aux dispositions du Code régissant les organismes reconnus, comportant une partie 1 et une partie 2 (dont les dispositions doivent être considérées comme obligatoires) et une partie 3 (dont les dispositions doivent être considérées comme des recommandations), tel qu'adopté par l'Organisation par la résolution MEPC.237(65) et tel qu'il pourra être modifié par l'Organisation, à condition que: .1 les amendements à la partie 1 et à la partie 2 du Code régissant les organismes reconnus soient adoptés, soient mis en vigueur et prennent effet conformément aux dispositions de l'article 16 de la présente Convention relatives aux procédures d'amendement applicables à la présente Annexe;	Änderungen der Anlage II von MARPOL Regel 8 Der bisherige Wortlaut des Absatzes 2.2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt: „Diese Stellen, einschließlich Klassifikationsgesellschaften, bedürfen der Ermächtigung durch die Verwaltung nach diesem Übereinkommen und nach dem von der Organisation mit der Entschließung MEPC.237(65) angenommenen Code über anerkannte Stellen (RO-Code), bestehend aus den Teilen 1 und 2 (die verbindlichen Charakter haben) und Teil 3 (der empfehlenden Charakter hat), in der von der Organisation möglicherweise geänderten Fassung, wobei gilt, dass .1 Änderungen des Teils 1 und des Teils 2 des RO-Codes nach den Bestimmungen des Artikels 16 dieses Übereinkommens betreffend die auf diese Anlage anzuwendenden Änderungsverfahren beschlossen, in Kraft gesetzt und wirksam werden müssen; .2 Änderungen des Teils 3 des RO-Codes vom Ausschuss für den Schutz der Meeresumwelt im Einklang mit seiner Geschäftsordnung angenommen werden müssen; .3 alle vom Schiffssicherheitsausschuss und dem Ausschuss für den Schutz der Meeresumwelt beschlossenen beziehungsweise angenommenen Änderungen, auf die in den Unterabsätzen .1 und .2 Bezug genommen wird, identisch sein und gleichzeitig in Kraft treten beziehungsweise wirksam werden müssen.“

- ment procedures applicable to this annex;
- .2 amendments to part 3 of the RO Code are adopted by the Marine Environment Protection Committee in accordance with its Rules of Procedure; and
- .3 any amendments referred to in .1 and .2 adopted by the Maritime Safety Committee and the Marine Environment Protection Committee are identical and come into force or take effect at the same time, as appropriate.”
- de la présente Convention relatives aux procédures d'amendement applicables à la présente Annexe;
- .2 les amendements à la partie 3 du Code régissant les organismes reconnus soient adoptés par le Comité de la protection du milieu marin conformément à son Règlement intérieur; et
- .3 tous amendements visés aux alinéas .1 et .2 adoptés par le Comité de la sécurité maritime et par le Comité de la protection du milieu marin soient identiques et entrent en vigueur ou prennent effet à la même date, selon le cas.»
- verfahren beschlossen, in Kraft gesetzt und wirksam werden müssen;
- .2 Änderungen des Teils 3 des RO-Codes vom Ausschuss für den Schutz der Meeresumwelt im Einklang mit seiner Geschäftsordnung angenommen werden müssen;
- .3 alle vom Schiffssicherheitsausschuss und dem Ausschuss für den Schutz der Meeresumwelt beschlossenen beziehungsweise angenommenen Änderungen, auf die in den Unterabsätzen .1 und .2 Bezug genommen wird, identisch sein und gleichzeitig in Kraft treten beziehungsweise wirksam werden müssen.“

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel**

Vom 20. August 2014

Das am 15. August 1996 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Abkommen zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel (BGBl. 1998 II S. 2498, 2500; 2002 II S. 2411, 2412; 2004 II S. 600, 601) wird nach seinem Artikel XIV Absatz 2 Buchstabe c für

Burundi	am 1. Oktober 2014
Ruanda	am 1. September 2014

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 29. August 2013 (BGBl. II S. 1292).

Berlin, den 20. August 2014

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen der Vereinten Nationen
über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**

Vom 20. August 2014

Das Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BGBl. 2008 II S. 1419, 1453) ist nach seinem Artikel 13 Absatz 2 für

Gabun	am 26. Juli 2014
-------	------------------

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. Mai 2014 (BGBl. II S. 436).

Berlin, den 20. August 2014

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen

Vom 20. August 2014

Das Internationale Übereinkommen vom 20. Dezember 2006 zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (BGBl. 2009 II S. 932, 933; 2011 II S. 848) ist nach seinem Artikel 39 Absatz 2 für

Togo am 20. August 2014
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 4. Februar 2014 (BGBl. II S. 154).

Berlin, den 20. August 2014

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung
und der Weitergabe von Antipersonenminen
und über deren Vernichtung**

Vom 26. August 2014

Das Übereinkommen vom 18. September 1997 über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (BGBl. 1998 II S. 778, 779) wird nach seinem Artikel 17 Absatz 2 für

Oman am 1. Februar 2015
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. März 2014 (BGBl. II S. 274).

Berlin, den 26. August 2014

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr,
Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut**

Vom 26. August 2014

Das Übereinkommen vom 14. November 1970 über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut (BGBl. 2007 II S. 626, 627) ist nach seinem Artikel 21 für

Bahrain am 7. Juni 2014
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. März 2014 (BGBl. II S. 292).

Berlin, den 26. August 2014

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt

Vom 26. August 2014

Das Übereinkommen vom 23. November 1972 zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt (BGBl. 1977 II S. 213, 215) ist nach seinem Artikel 33 für die

Bahamas am 15. August 2014
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 4. Februar 2013 (BGBl. II S. 322).

Berlin, den 26. August 2014

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Postanschrift: 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
Schriftleitungen des Bundesgesetzesblatts Teil I und Teil II
Postanschrift: 53094 Bonn
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbindische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:
Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78
E-Mail: bgbli@bundesanzeiger.de
Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbli.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 52,00 €.
Bezugspreis dieser Ausgabe: 5,85 € (4,80 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten).
Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln
Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme
im Ausland in Zivil- oder Handelssachen**

Vom 26. August 2014

Das Haager Übereinkommen vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1472) wird nach seinem Artikel 39 Absatz 5 im Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu
Brasilien
in Kraft treten.

am 14. September 2014

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. Mai 2014 (BGBl. II S. 438).

Berlin, den 26. August 2014

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney